

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Sie machen vor nichts halt

Die „blutige Woche“ von Paris, in der die Kommune abgeschlachtet wurde, dauerte vom 21. bis zum 28. Mai 1871. Offiziell waren 17 000 Menschen zu Tode gekommen, in Wirklichkeit mehr als 30 000 – die meisten durch Mord. Im „Plan einer Vorlesung über die Kommune“ notierte Lenin 1905 unter „Lehren“: „Die Bourgeoisie wird vor

verkünden: „Man muß diese ungewaschenen Mäuler auf das Pflaster schlagen, im Namen der Kultur. Unsere Zivilisation begründet sich auf das Eigentum, es muß geschützt werden um jeden Preis. Wenn nur ein Meer von Blut Paris von seinem Ungeziefer befreien kann, so muß es eben ein Meer von Blut sein.“ 30 Jahre nach der Konterrevolution in Mit-



In Anwesenheit vieler Berliner wurde am 5.4.71 in einem feierlichen Akt die zum Ostbahnhof führende Fruchtstraße in Straße der Pariser Kommune umbenannt. ©: ADN-Zentralbild

nichts haltmachen. Heute Liberale, Radikale, Republikaner, morgen Verrat, Erschießungen.“ (Lenin, Werke, Band 8, Seite 197). Nicht vergessen sei: Ohne deutsche Hilfe wäre das Massaker nicht möglich gewesen. Erst als Bismarck den Raubfrieden von Frankfurt am Main mit einer ungeheuerlichen Kontribution Frankreichs in der Tasche hatte, ließ er die französischen Regierungstruppen zum Blutbad durch die preußischen Linien. Bis dahin war die Kommune für ihn ein Druckmittel in den Verhandlungen.

Die Bestialität der französischen Bourgeoisie und ihrer deutschen Helfershelfer stand den Revolutionären des 20. Jahrhunderts vor Augen und prägte ihre Konzepte für die Machtübernahme – von Lenin bis Fidel Castro. Die Schlußfolgerung war: Der Feind im Innern muß angegriffen, Widerstand muß unterdrückt, Banken müssen sofort übernommen werden. Bertolt Brecht faßte das Entweder-Oder in seinem Stück „Die Tage der Commune“ in den Satz des Delegierten Langevin: „Es gibt blutige Hände oder abgehauene Hände.“ Der Dichter ließ zudem von Adolphe Thiers, dem faktischen Regierungschef Frankreichs,

tel- und Osteuropa sowie der Sowjetunion lautet die vorläufige Bilanz: Die antisozialistischen Bewegungen wurden vor allem von kleinbürgerlichen Schichten getragen. Bis auf Ausnahmen blieb Gewalt aus – an Bürgerkrieg war der Imperialismus nicht interessiert. Das Morden wurde ausgelagert. Alle Länder außer Rußland und Belarus beteiligten sich an den „Koalitionen der Willigen“, die der Westen für seine endlosen Kriege schmiedete. Die Todesopfer dieser 30 Jahre seit dem Irak-Krieg von 1991 zählen nach Millionen. Aber die Koalitionen sind gescheitert. Der Versuch, eines der wichtigsten Resultate der Oktoberrevolution – die Befreiung der kolonial unterdrückten Völker – rückgängig zu machen, ist mißlungen. Wenn aber nun nach 20 Jahren westlichem Staatsterrorismus unter dem Etikett „Krieg gegen den Terror“ der neue US-Präsident Joseph Biden einen Truppenrückzug aus Afghanistan ankündigt, dann nicht wegen Frieden, sondern wegen Krieg. Das „Handelsblatt“ kommentierte den Abzug am 16. April mit den Worten, die USA wollten „sich wichtigeren Problemen widmen als dem Partisanenkrieg am Hindukusch“.

Die wichtigeren „Probleme“ sind China und Rußland.

Wie schnell bei diesem „großen Spiel“ mit dem Feuer die Explosionsgefahr wächst, haben die Wochen seit Februar gezeigt. Am 17. April beurteilte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele die Lage so: „Die Kriegsgefahr, auch die Kriegsgefahr in Europa, ist so groß wie in Hochzeiten des kalten Kriegs.“ Die Regierung der Ukraine will den Westen in einen bewaffneten Konflikt mit Rußland hineinziehen. Washington, Berlin, Brüssel etc. sind nicht abgeneigt, reagieren aber widersprüchlich: Mal wird die antirussische Hetze bis zur Forderung nach Atomwaffen für die Kiewer Marionettenregierung hochgefahren, mal werden im Schwarzen Meer angekündigte US-Kriegsschiffe zurückgerufen. Das Scheitern des „Kriegs gegen den Terror“ ist daher kein Grund zur Freude, besagt aber: Es kann gelingen, den Imperialismus zu stoppen – zeitweilig. Daran sei gerade am Tag der Befreiung vom Faschismus 2021 erinnert.

Marx sah die Niederlage der Pariser Kommune im April vor 150 Jahren voraus. Seinem Briefpartner Ludwig Kugelmann schrieb er: „Wie die Sache auch unmittelbar verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit ist gewonnen.“ Das gilt, wie sich in diesen Wochen zeigt, auch für die Konterrevolution von 1989 bis 1991: Der Imperialismus währte sich als der endgültige Sieger. Seine Mordfeldzüge seither haben ihn geschwächt, aber kriegsversessener gemacht. Die Weltlage ist so gefährlich wie lange nicht. Die Bourgeoisie kennt kein Halten.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Der Donbass ist nah	2
Regelbasiert	3
Putin zur „Lage der Nation“	4
Kalter Krieg gegen China	7
Rettungskoffer für Venezuela	8
Opposition in Nicaragua	9
Ernst Thälmanns 135. Geburtstag	11
Abrücken vom Marxismus	14
Die Diktatur des Proletariats	16
Das Erbe der Pariser Kommune	18
Zur Gründung der SED	22
Moskaus Wandel	24
Eigentor Mietendeckel	25
Leserbriefe	29

Der Donbass ist näher, als viele glauben wollen

Die Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Biden und seines Teams Ende Januar hatte nicht nur unmittelbare Folgen für die USA, sondern auch für Europa. Zur stellvertretenden Außenministerin für politische Angelegenheiten wurde Victoria Nuland ernannt. Sie hatte 2013/14 den Sturz der ukrainischen Regierung und all das, was sich um den sogenannten Maidan ereignete, maßgeblich zu verantworten. Man erinnere sich auch an ihren berühmterberühmten Ausspruch „Fuck the EU“ (eine Übersetzung macht diesen Satz nicht besser). Damals, in der Obama-Administration, für Rußland und Europa verantwortlich, hat sie sich die Meriten für eine nunmehr globale Verantwortung erworben. Nun könnte sie sich durchaus zu „Fuck China“ oder gar „Fuck the World“ hinreißen lassen. Daß sie zu denen gehört, welche die Interessen der USA definieren, ist ihr nicht vorzuwerfen. Nur sollte sie dann wenigstens die Möglichkeiten dieser USA einigermaßen real einschätzen. An dieser Fähigkeit sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht.

Die dominierenden politischen und wirtschaftlichen Eliten in den USA möchten erklärtermaßen allerspätestens in 10 Jahren das 21. Jahrhundert wieder zu einem amerikanischen machen. Dazu sollen die USA erneut zur alles beherrschenden Weltmacht werden. China und Rußland müssen für dieses Ziel im laufenden Jahrzehnt eingegrenzt und mit inneren und/oder äußeren Problemen „beschäftigt“ werden. Für diese Zwecke bieten sich aus US-Sicht gegenüber Rußland die Ukraine und Syrien in besonderer Weise an. Seit Beginn dieses Jahres werden deshalb die nationalistischen und offen faschistischen Kreise in der Ukraine ermutigt und geradezu angestachelt, ihre aggressiven Ziele gegenüber dem Donbass und Rußland auf der Krim mit Waffengewalt zu verfolgen. Entgegen den Minsker Vereinbarungen zum Donbass und mit stiller Duldung der KSZE-Beobachter vor Ort, konzentriert die Ukraine seit drei Monaten starke Truppenverbände entlang der Frontlinie zu Lugansk und Donezk und entlang der Grenze zu Rußland auf der Krim. Der Beschuß des Donbass wurde ebenso verstärkt, wie der Zufluß von immer mehr Waffen und „Ausbildern“ aus den USA, Großbritannien und der Türkei in die Ukraine. Auch Gruppen der Spezialkräfte dieser Staaten operieren mittlerweile in der Ukraine. Über all diese Entwicklungen wurde in den regierungskonformen Medien der westlichen Länder so gut wie nichts berichtet.

Die zu erwartende Reaktion Rußlands und der Streitkräfte des Donbass wurde dann jedoch ganz schnell zum Thema in den Massenmedien der NATO-Staaten. „Der Igel stellt seine Stacheln auf! Wie schrecklich!“ An Verlogenheit ist diese seit Wochen laufende, westliche Propagandakampagne kaum zu übertreffen. Allerdings ist sie, wie schon so oft in der Geschichte, untrennbarer Bestandteil von Kriegsvorbereitungen. Gerade in Deutschland sollte man sich doch noch an Gleiwitz erinnern.

Rußland bemüht sich seit einiger Zeit sehr aktiv und öffentlich, die westlichen Nebelschleier über dem Donbass wegzupusten. Präsident Putin bat den Präsidenten Macron und Kanzlerin Merkel erst kürzlich um ein Video-Gipfeltreffen. Entgegen deutscher Medienmeldungen ging es nicht um Corona-Impfstoffe, sondern um die mittlerweile akuten Risiken eines Krieges im Osten Euro-



pas. Niemand weiß, in welche Richtung sich so ein Krieg entwickeln kann. Zu viele Staaten haben mittlerweile ihre Soldaten in diese Region geschickt. Die Kriegsparteien sehen diese Entwicklung gern. Es geht nicht darum, daß NATO-Soldaten oder die der Ukraine eine Chance gegen die russischen Streitkräfte hätten. Die haben sie nicht. Dazu sind diese toterweiheten Soldaten auch nicht da – sie sollen der Stolperdraht sein, den Rußland fürchtet und sich abwärtschen läßt. Nur, was, wenn Rußland seine Bürger und sein Territorium verteidigt? Wer in den USA und Westeuropa will dann die Verantwortung übernehmen und dem selbst angezettelten Wahnsinn Einhalt gebieten?

Deshalb fährt Rußland gemeinsam mit Weißrußland sozusagen zweigleisig. Sie zeigen allen, die Krieg wollen, um damit eigene politische Interessen zu erzwingen, was sie gegebenenfalls erwartet. Und sie machen den Ernst der Lage öffentlich, mit allem, was sie zur Verfügung haben. Putin hat zum Thema Ukraine-Donbass weitere Telefonate mit Kanzlerin Merkel geführt, um möglichst den deutschen Einfluß in der Ukraine in die Waagschale einer friedlichen Konfliktlösung zu werfen. Ob es etwas bringt? Gott sei Dank scheint es in den USA und Westeuropa Menschen zu geben, die mittlerweile die Lage und die eigenen Möglichkeiten, aber auch die unberechenbaren Risiken realistischer einschätzen, als zuvor. Dennoch kann man nur hoffen, daß die Zahl dieser Menschen deutlich zunimmt und daß sich die politische Waage innerhalb der NATO nicht zugunsten derer neigt, die einen Krieg in Europa entfesseln wollen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Die USA machen nun mal als Weltmacht Globalpolitik. Damit sind sie keinesfalls allein.

Auch Rußland und China denken und handeln global. Einige weitere Staaten tun dies in großem regionalen Maßstab. Sie werden nicht still dasitzen und abwarten, sollte aus dem großen europäischen Bogen von Weißrußland über den Donbass bis auf die russische Krim tatsächlich ein Feuerbogen werden. Auch China macht den USA gegenüber deutlich, daß sie besser die globalen Folgen ihrer regionalen Handlungen vorher bedenken sollten. Am Ende sind es jedoch die USA, die sich entscheiden müssen.

Der Donbass ist kein Problem, das für Deutschland weit weg ist. Krieg dort bedeutet nicht nur Leid und Tod der Menschen dieser Region. Hunderttausende werden sich in diesem Fall in Bewegung setzen. Wohin, ist leicht zu erraten. Lieferketten in ganz Europa werden zusammenbrechen und unermeßliche Kosten auf alle Länder dieses Kontinents zukommen. Gerade in Deutschland sollte „man“ das ja aus fernerer und ganz naher Vergangenheit kennen. Und das wäre im Fall eines Krieges noch die günstigste Variante. Wir alle wären davon betroffen. Es ist in Zeiten etlicher Wahlgänge in Deutschland durchaus angebracht, zu bedenken, welche Parteien und Politiker für Frieden und ausbalancierte Zusammenarbeit und welche für Hetze und moralische Kreuzzüge eintreten. Die Antwort auf diese Fragen kann wieder einmal ganz unmittelbar über das künftige Wohl und Wehe der Wähler und Wählerinnen und ihrer Kinder entscheiden.

Lutz Vogt

Unser Autor war Leiter des Sektors Abrüstung im Außenministerium der DDR.

Den Helden der Roten Armee

Was wäre Deutschland ohne den Sieg der Roten Armee?
Doch das Kapital rüstet wieder zum Krieg.
So viel Blut ist geflossen,
auch für uns.
Darum laßt uns gedenken
der großen Taten
heldenhafter Sowjetsoldaten.
Doch soll man den Blick auch lenken
auf die Gründung der DDR.
An diesen Staat sollten wir denken,
der die Befreier ehrte,
während die BRD uns das verwehrt.
Denn das Kapital braucht den Krieg
wie die Wolke den Regen.
Wir müssen etwas bewegen!
Es muß uns gelingen,
den Kapitalismus im eigenen Land
zu bezwingen!

Eva Ruppert, Bad Homburg

Spiel mit dem Feuer

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky wirbt für einen schnellen Beitritt seines Landes in die NATO. Das ist ein Spiel mit dem Feuer. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß die aggressivste und stärkste Militärmacht der Welt, die USA, seit Jahren Rußland und China einkreist. Da auch Rußland und China imperiale Mächte sind, muß sich jeder klar Denkende die Frage stellen, wie lange das gut gehen kann.

Was Rußland angeht: Man kann sich vorstellen, wie Gorbatschow sich fühlt, wenn er sieht, was passiert, nachdem der Warschauer Pakt aufgelöst und die russischen Truppen aus Osteuropa abgezogen wurden. Gäbe es so etwas wie ein geschichtliches Bewußtsein und einen Funken Anstand in der Berliner Außenpolitik, dann wüßten Merkel, Maas und

die übrigen US-Vasallen, daß es nach über 27 Millionen Toten, die der Krieg Hitlers in der Sowjetunion zur Folge hatte, (...) die Pflicht Deutschlands wäre, sich dieser aggressiven US-Politik zu widersetzen. Aber das Gegenteil passiert: Die Kriegshetze gegenüber Rußland und in zunehmendem Maße auch gegenüber China in Politik und Medien nimmt zu.

Während das gegen Rußland gerichtete Manöver „Defender Europe 2021“ mit 30 000 Soldaten aus 26 Ländern läuft – darunter befinden sich auch mit der Ukraine und Georgien zwei Staaten, die unmittelbar an der russischen Grenze liegen –, jammern die westlichen Medien wieder über die aggressive Moskauer Politik, weil Rußland seine Truppen an der ukrainischen Grenze verstärkt. Das Lügen geht weiter: Die Einkreisung Rußlands ist

„Verteidigung“. Offensichtlich sind die westlichen „Sicherheitspolitiker“ unfähig, sich vorzustellen, was passieren würde, wenn russische oder chinesische Truppen in Kanada oder Mexiko stationiert würden.

Dabei wäre es im unübersehbaren Interesse Deutschlands und Europas, in dieser neuen weltpolitischen Situation eine vermittelnde Rolle zwischen den USA auf der einen Seite und Rußland und China auf der anderen Seite einzunehmen. Wenn die europäischen Regierungen das nicht bald erkennen, dann gilt Gorbatschows Satz: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Oskar Lafontaine

Erschienen auf nachdenkseiten.de am 7. April

Regelbasiert?

Immer dann, wenn im diplomatischen Sprachgebrauch ein neuer Begriff auftaucht, heißt es, die Ohren zu spitzen und die Augen zu öffnen. Besonders ratsam ist zu hinterfragen, in welchem Kontext die Begriffe gestellt werden. Mit einer solchen Wortschöpfung wollen wir uns heute befassen, weil sie vorzugsweise von unserem Außenminister Heiko Maas strapaziert wird: „Regelbasierte Weltordnung“. Was hat es damit auf sich? Es gibt doch die Charta der Vereinten Nationen? Die in ihr zusammengeschlossenen Völker haben sich in diesem Dokument verpflichtet, die „Gleichberechtigung aller Nationen, „ob groß oder klein zu bekräftigen“. Und – ganz wichtig – „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“. Da diese Grundsätze von der USA und ihren NATO-Vasallen im von ihnen reanimierten Kalten Krieg eingeschmolzen wurden, sollen nun Pflöcke eingeschlagen werden, um der „internationalen Ordnung“ ein mit westlichen Werten geliftetes Gesicht zu geben. Deren Maskenbildner haben nichts anderes in ihrem Besteck als den Auftrag, alle Beschlüsse der USA/NATO/EU mit einem demokratisch verkleisterten Tarnanstrich zu versehen und als weltweit gültiges Recht zu verkaufen. Dafür erfand man den Begriff „Regelbasierte Weltordnung“. Dem aber steht die UNO mit ihrer Charta mitten im Weg. Wir wollen dies an der derzeit wieder in den Fokus geratenen Diskussion um die 2015 getroffene Vereinbarung zur iranischen Atompolitik erläutern, weil sich in den Erklärungen der politischen Akteure und der Berichterstattung geradezu haarsträubende Unkenntnis offenbart. Heiko Maas ist voll dabei, wie wir noch sehen werden.

Der Satz, Trump sei aus dem „Abkommen“ über das iranische Atomprogramm – dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) – „ausgestiegen“, enthält gleich zwei Fehler. Hans Blix, einst schwedischer Außenminister

und auch Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), hat schon vor drei Jahren Klarheit geschaffen (s. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/19, S. 107): China, Frankreich, Deutschland, Rußland, Großbritannien, die USA und Iran haben kein „Abkommen“ mit einer Ausstiegsklausel unterzeichnet. Sie haben überhaupt kein Dokument unterzeichnet. Was aber haben sie dann erreicht? Etwas viel Nachhaltigeres! Sie haben nach über zehn Verhandlungsjahren einen detaillierten Aktionsplan ausgearbeitet, der eine substantielle Reduzierung des iranischen Atomprogramms, eine strikte Inspektion durch die IAEO und – nicht zuletzt – die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen vorsah. Nun ist es aber so: Die von den Vereinten Nationen schon Jahre zuvor verhängten Sanktionen können nicht selbstherrlich nur von diesen am Aktionsplan beteiligten Nationen im Alleingang aufgehoben werden. Deshalb legten die sieben Staaten ihren Plan dem Weltsicherheitsrat vor, in dem Bestreben, von diesem Gremium die Aufhebung der Sanktionen beraten, unterstützen und beschließen zu lassen. So geschah es. Die dann folgenden Beschlüsse des höchsten Gremiums der Vereinten Nationen sind für *alle* UN-Mitglieder verbindlich und haben folglich Gesetzeskraft. Ein „Ausstieg“ war und ist nicht vorgesehen. Allerdings wäre ein entsprechender Umgang mit Beschwerden möglich. Davon haben die USA nie Gebrauch gemacht. Sie sind einfach nur unter pöbelhaften Beschimpfungen Trumps „ausgestiegen“, wie es allgemein heißt. Tatsächlich haben sie einen klassischen Völkerrechtsbruch begangen, indem sie anschließend alle Sanktionen wieder eingeführt haben, die dem Aktionsplan zufolge sukzessive aufgehoben werden sollten. Oder sagen wir es so: Die USA haben einen Beschluß des UN-Sicherheitsrats mehr als nur mit den Füßen getreten. Es kam aber noch schlimmer: Sie haben alle anderen UN-Mitglieder in Geiselnhaft genommen, indem sie alle Unternehmen, die den Handel mit dem Iran wieder in Gang

setzen wollten, gleichfalls mit Sanktionen bedrohten. Viele knickten in Sorge um ihr US-Geschäft ein. Frankreich, Großbritannien und Deutschland empörten sich und taten – nichts. Doch, sie beteiligten sich indirekt am Bruch eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrats, der, wie gesagt, Gesetzeskraft besitzt, einer Vereinbarung, die zu respektieren sie verpflichtet gewesen wären. Ungeheuerlich!

Ungeheuerlich und unbegreiflich ist aber auch, wie sich der Chefdiplomat einer „Mehr Macht, mehr Verantwortung-Regierung“ positioniert. Noch vor wenigen Monaten, hat Heiko Maas mit einer etwas verkniffenen Miene eingestanden, daß sich der Iran auf Punkt und Komma am 2015 beschlossenen und – es sei noch einmal betont – vom höchsten Gremium der Vereinten Nationen abgesehenen Aktionsplan gehalten hat. Wahrscheinlich wurde er kurz darauf nach Washington zitiert. Nach seiner Rückkehr, frisch besohlt und geläutert, behaupteter, daß man auf die dauernden Verletzungen des Aktionsplans durch den Iran habe reagieren müssen. Beweise? Null.

Aber damit nicht genug. Herr Maas hat erneut Maß genommen und ist bemüht, den Geschädigten (Iran) zur Kasse zu bitten. Die Bundesregierung erwarte von Teheran „nichts weniger als die vollständige Einhaltung der Vereinbarung“. Das wäre etwa so, als wenn bei einem Autounfall mit Totalschaden der Verursacher des Unfalls das unschuldige Opfer für alle aufkommenden Kosten verantwortlich machen wollte. Man bedenke: Heiko Maas ist als Jurist in die Politik eingestiegen, er wurde Justizminister und ist nunmehr Außenamtschef. Wie lange wollen wir noch einen in transatlantischer Ideologie eingemauerten führenden Politiker ertragen? Wahrscheinlich müssen wir uns über die Verantwortung der Frage keine allzu großen Gedanken machen. Die ihm nachfolgen werden, können nicht besser sein. Auch sie dienen der Systemerhaltung.

Hans Schoenefeldt

„Wir brennen die Brücken nicht ab“

Auszug aus der Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 21. April vor der Föderalen Versammlung in Moskau

Sinn und Inhalt der Politik Rußlands in der internationalen Arena bestehen darin, Frieden und Sicherheit für das Wohl unserer Bürger und die stabile Entwicklung des Landes zu sichern. Rußland hat eigene Interessen, was natürlich bedeutet, daß wir sie verteidigen und im Rahmen des Völkerrechts so behaupten wie das eigentlich auch die anderen Staaten der Welt tun. Aber wenn sich jemand weigert, dies Offensichtliche zu begreifen, keinen Dialog führen will, einen egoistischen und arroganten Ton wählt, wird Rußland immer einen Weg finden, seine Position zu verteidigen.

Gleichzeitig scheint es leider, daß sich alle auf der Welt bereits an die Praxis politisch motivierter, illegaler Sanktionen in der Wirtschaft gewöhnen, an die groben Versuche einiger, ihren Willen anderen mit Gewalt aufzuzwingen. Aber heute kehrt diese Praxis als etwas viel Gefährlicheres wieder – ich meine die kürzlich bekanntgewordenen Tatsachen des direkten Versuchs, in Belarus einen Staatsstreich zu organisieren und den Präsidenten dieses Landes zu ermorden. Charakteristisch dabei ist, daß selbst solche ungeheuerlichen Aktionen vom sogenannten kollektiven Westen nicht verurteilt werden. Einfach niemand scheint so etwas zu bemerken. Alle tun so, als ob nichts passiert sei. Aber hören Sie, man kann sich verhalten, wie man möchte, z. B. zum Präsidenten der Ukraine Janukowitsch oder zu Maduro in Venezuela. Ich wiederhole, sie können sich zu ihnen verhalten, wie sie möchten, einschließlich zu Janukowitsch, der allerdings bei einem bewaffneten Staatsstreich ebenfalls fast getötet und von der Macht entfernt wurde. Man kann jeden beliebigen Standpunkt zur Politik des Präsidenten von Belarus, Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko, haben. Aber die Praxis, Staatsstrieche zu organisieren, politische Attentate zu planen, auch auf hochrangige Personen – das ist zu viel, da wurden alle Grenzen überschritten.

Staatsstreich und Mord

Was zählt, ist das Geständnis der inhaftierten Teilnehmer an der Verschwörung, wonach eine Blockade von Minsk vorbereitet war, einschließlich der städtischen Infrastruktur und Kommunikationsmittel, der vollständigen Abschaltung des gesamten Energiesystems der Hauptstadt von Belarus! Das bedeutet unter anderem, daß dem Wesen nach ein massiver Cyberangriff vorbereitet wurde. Was denn sonst? Sie wissen: Das läßt sich nicht einfach mit einem einzigen Schalter bewerkstelligen.

Anscheinend lehnen unsere westlichen Kollegen nicht umsonst die zahlreichen russischen Vorschläge zur Einrichtung eines internationalen Dialogs im Bereich der Informations- und Cybersicherheit hartnäckig ab. Wir haben das viele Male vorgeschlagen. Alle vermeiden einfach, dieses Thema überhaupt zu diskutieren. Was aber wäre, wenn der Staatsstreichversuch in Belarus wirklich unternommen worden wäre? Schließlich wurde alles dafür getan. Wie

viele Menschen hätte das betroffen? Was wäre überhaupt das Schicksal von Belarus gewesen? Niemand denkt darüber nach.

Ebenso dachte niemand an die Zukunft der Ukraine, als der Staatsstreich in diesem Land durchgeführt wurde.

Zusammen mit all dem hören die unfreundlichen Aktionen gegen Rußland nicht auf. In einigen Ländern wurde der unpassende Brauch eingeführt, bei jeder Gelegenheit und öfter ohne jegliche Gelegenheit, auf Rußland herumzuhacken. Ein Sport, eine neue Sportart: Wer sagt irgendetwas lauter?

In dieser Hinsicht verhalten wir uns äußerst zurückhaltend, direkt und ohne Ironie würde ich sagen, bescheiden. Oft antworten wir überhaupt nicht, nicht nur auf unfreundliche Aktionen, sondern auch auf hemmungslose Grobheit. Wir wollen gute Beziehungen zu allen Teilnehmern der internationalen Gemeinschaft haben. Aber wir sehen, was im wirklichen Leben passiert: Wie ich bereits sagte, man hackt auf Rußland ein, mal hier, mal da, ohne jeden Grund. Und natürlich kreisen drum herum – wie um Shere Khan bei Kipling – alle möglichen kleinen Tabaquis, um den eigenen Herrscher zu besänftigen. Kipling war ein großer Schriftsteller.

Wir wollen wirklich gute Beziehungen zu allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft haben, darunter übrigens auch zu denen, mit welchen die Beziehungen – milde gesagt – in letzter Zeit nicht funktionierten. Wir wollen wirklich keine Brücken abbrennen. Aber wenn jemand unsere guten Absichten als Gleichgültigkeit oder Schwäche wahrnimmt und selbst beabsichtigt, diese Brücken endgültig zu verbrennen oder sogar zu sprengen, sollte er wissen, daß die Reaktion Rußlands asymmetrisch, schnell und hart sein wird.

Die Organisatoren von Provokationen, die die grundlegenden Interessen unserer Sicherheit bedrohen, werden ihre Taten bereuen, wie sie lange Zeit nichts bereut haben.

Dabei – das muß ich einfach sagen – verfügen wir über ausreichend Geduld, Verantwortung, Professionalität, Vertrauen in uns selbst und auf unsere Berechtigung sowie über gesunden Menschenverstand, wenn wir eine Entscheidung treffen. Aber ich hoffe, daß niemandem in den Kopf kommt, die sogenannte rote Linie in Bezug auf Rußland zu überschreiten. Wo sie aber verlaufen wird, das werden wir in jedem konkreten Fall selbst festlegen.

Modernisierung der Armee

Ich komme auch heute nicht umhin, wie bei den jährlichen Ansprachen vor der Föderalen Versammlung üblich, zu sagen, daß die Verbesserung und qualitative Festigung der Streitkräfte Rußlands stetig verläuft. Dabei gilt der militärischen Ausbildung besondere Aufmerksamkeit, die sowohl an militärischen Lehrinrichtungen als auch auf der Grundlage militärischer Lehrzentren an zivilen Hochschulen zu absolvieren ist.

Bis 2024 wird der Anteil moderner Waffen und Technik in den Truppen fast 76 Prozent betragen – das ist ein sehr guter Indikator. Und in der Atomtriede werden schon in diesem Jahr 88 Prozent erreicht.

In Kampfbereitschaft befinden sich bereits die neusten Hyperschallgeschwindigkeitskomplexe mit interkontinentaler Reichweite „Avantgard“, die Laserkampfkomplexe „Pereswet“, das erste Regiment, das komplett mit schweren ballistischen „Sarmat“-Interkontinentalraketen ausgestattet sein wird, erreicht planmäßig Ende 2022 seine Kampfbereitschaft.

Es vergrößert sich die Zahl der Flugstoßkomplexe mit der Hyperschallrakete „Kinshal“, der Schiffe, die mit hochpräzisen Hyperschallwaffen ausgestattet sind, mit „Kinshal“ und den „Kalibr“-Raketen. In Kampfbereitschaft gehen in nächster Zeit die Hyperschallraketen „Zirkon“. In voller Übereinstimmung mit den Entwicklungsplänen der Streitkräfte geht die Arbeit auch an anderen modernsten militärischen Komplexen voran, einschließlich „Poseidon“, „Burewestnik“ und anderen Systemen.

Internationale Initiativen

Gerade als führende Kraft bei der Schaffung von Kampfsystemen einer neuen Generation, bei der Entwicklung moderner Atomwaffen, läßt Rußland die Partner nachdrücklich ein, Fragen zu erörtern, die mit strategischen Waffen zusammenhängen, mit der Gewährleistung globaler Stabilität. Gegenstand und Ziel solcher Gespräche kann die Schaffung eines Umfelds konfliktfreier Koexistenz sein auf der Grundlage gleicher Sicherheit, was nicht nur traditionelle strategische Waffen betreffen würde: ballistische Interkontinentalraketen, schwere Bombenflugzeuge und U-Boote, sondern auch – ich unterstreiche das – alle offensiven und defensiven Systeme, die geeignet sind, strategische Aufgaben zu lösen, unabhängig von ihrer Ausrüstung.

Die fünf Atomländer haben hier eine besondere Verantwortung. Ich hoffe, daß die Initiative zu einem persönlichen Treffen der Staatsoberhäupter – der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats –, das wir im vergangenen Jahr vorgeschlagen haben, verwirklicht wird und es stattfinden kann, sobald es die epidemiologische Lage erlaubt.

Rußland ist stets offen für breite zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Wir setzen uns konsequent für die Wahrung und Festigung der Schlüsselrolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik ein, bemühen uns, bei der Regulierung regionaler Konflikte zu helfen und haben schon viel für die Stabilisierung der Situation in Syrien getan, für die Etablierung eines politischen Dialogs in Libyen. Rußland spielte, wie Sie wissen, eine Hauptrolle, daß es gelang, den bewaffneten Konflikt in Bergkarabach zu stoppen. (...)

Übersetzung: Arnold Schölzel

Böswillige Absichten

Hohe ehemalige französische Offiziere üben scharfe Kritik am Plan „NATO 2030“

Wir dokumentieren einen offenen Brief an NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der am 12. März auf der Internetseite geopragma.fr veröffentlicht wurde. Die deutsche Übersetzung erschien auf der Schweizer Internetseite zeit-fragen.ch.

Am Donnerstag, dem 18. Februar, wurde Ihnen die auf Ihr Verlangen hin erstellte Studie „NATO 2030“ vorgestellt. Sie führt aus, was die Aufgaben der NATO in den nächsten zehn Jahren sein werden. Von Anfang an wird klar ersichtlich, daß die gesamte Ausrichtung der NATO auf dem Paradigma einer doppelten Bedrohung beruht, einer russischen, die als akut dargestellt wird, und einer chinesischen, die potentiellen Charakter hat und in Zukunft auftreten wird. Aus dieser Studie ergeben sich zwei große Hauptlinien: Die erste ist die Frontstellung der Europäer gegen die weltweite Vorherrschaft Chinas als Gegenleistung Europas für den amerikanischen Schutz gegen die russische Bedrohung, die auf dem Kontinent lastet. Die zweite betrifft die Außerkraftsetzung der Konsensregel (im NATO-Rat müssen Entscheidungen bislang einstimmig gefällt werden, RF-Redaktion), dies in mehrfacher Hinsicht: Operationen in Koalitionen Freiwilliger, Umsetzung derjenigen Entscheidungen, die keinen Konsens mehr erfordern, sowie – und dies vor allem – die Abtretung von Befugnissen an den SACEUR (Supreme Allied Commander Europe, ein amerikanischer General) mit den Argumenten gesteigerter Effizienz und der Beschleunigung der Entscheidungsfindung. Die Lektüre dieses „NATO 2030“-Plans offenbart seinen wahren Charakter: Es ist deutlich ein Dokument zwar als friedlich präsentierter, aber böswilliger Absichten, der unerschütterlich betriebenen Desinformation und Instrumentalisierung dieser „russischen Bedrohung“, einer „Bedrohung“, die von langer Hand geschaffen wurde und nun aufrechterhalten wird, um den europäischen Verbündeten endlich Beine zu machen, sich hinter den Vereinigten Staaten in Stellung zu bringen – mit Blick auf den bevorstehenden Kampf mit China um die Welthegemonie.

Geschichtslektion

Deshalb, Herr Generalsekretär, ist es unabdingbar, vor jeder weiteren Betrachtung der Zukunft, wie sie im Plan „NATO 2030“ vorgeschlagen wird, eine Bestandsaufnahme über die Ursachen und die Realität dieser russischen Bedrohung vorzunehmen, und zwar anhand einiger historischer Erinnerungen. Denn in der Tat beginnt die Geschichte ja nicht im Jahr 2014, und es ist ein Zeichen unerschütterlicher historischer Böswilligkeit in Bezug auf die europäisch-amerikanisch-russischen Beziehungen, in einem einzigen Satz (gleich zu Beginn des mit „Rußland“ überschriebenen Abschnitts) von der Beschwörung der „konstruktiven Partnerschaft“, die von der NATO Anfang der 90er Jahre ins Leben

gerufen worden sei, direkt zur Annexion der Krim durch Rußland im Jahr 2014 überzugehen, als ob zwischen 1991 und 2014, zwischen dem „netten Rußland“ von damals und dem bösen „russischen Bären“ von heute, nichts passiert wäre.

Es ist aber tatsächlich die NATO gewesen, die sich seit den neunziger Jahren gewalttätig in Richtung Osten erweiterte, sicherlich auf Wunsch der betroffenen Länder, aber in Verletzung der Zusicherungen, welche sie Rußland 1991 bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags gegeben hatte – eine Bewegung, die Jahr für Jahr die NATO-Armeen näher an die Grenzen Rußlands heranführte und dabei den Zerfall der ehemaligen UdSSR ausnutzte.

Es war auch die NATO, die ohne jegliches UN-Mandat Serbien 78 Tage lang mit mehr als 58 000 Lufteneinsätzen bombardierte, und dies auf der Grundlage einer ausgedehnten Operation von Manipulation und Verhetzung wichtiger Mitglieder des Bündnisses durch bestimmte Geheimdienste (mittels des angeblichen serbischen „Potkova“ („Hufeisen“-)Plans und der Racak-Affäre) und damit, in Verletzung bindenden internationalen Rechts, die Schaffung eines unabhängigen Kosovo einleitete, indem sie einem souveränen Staat im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen Teil seines Territoriums entriß und so Rußland mittels seines serbischen Verbündeten demütigte. Ließe sich dieses Prinzip auch auf Parallelen anwenden, etwa wenn es um die Krim geht, welche zu mehr als 90 % von Russen bevölkert ist und die sich Rußland angeschlossen hat, ohne daß ein Schuß gefallen ist?

Es war wiederum die NATO, die 2008 im Zuge ihrer dynamischen „Eroberung des Ostens“ die von Rußland ausgestreckte Hand für einen erneuerten „Europäischen Sicherheitspakt“ ablehnte, der die ungelösten Konflikte in Osteuropa (Transnistrien, Abchasien, Südossetien) regeln sollte, im Austausch für eine gewisse Neutralität Georgiens, der Ukraine, Moldawiens – also des unmittelbaren russischen „Hinterlandes“ – gegenüber der NATO. Und mit demselben Eroberungsgeist, der von Rußland als echte Würgebewegung empfunden wird, wurden 2013 die schweren Unruhen des „Euro-Maidan“ gefördert, ein echter Staatsstreich, der zur Beseitigung des rechtmäßig gewählten ukrainischen Präsidenten führte, der als zu prorussisch beurteilt wurde, als daß er die Politik der Annäherung der Ukraine an die NATO hätte fortsetzen können. Wir wissen, was dann geschah, mit den Sezessionen der Krim und des Donbass. Nachdem die NATO in den frühen 2000er Jahren Rußland mit einem „Theatre missile defence system“ (Raketenabwehrsystem für den Kriegsschauplatz) an sich gebunden hatte, das „die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten, einschließlich Rußlands“ vor Raketenangriffen „von Schurkenstaaten“, insbesondere Iran und Nordkorea (sic),

hätte schützen sollen, wandelte sie 2010, auf dem NATO-Gipfel in Lissabon, dieses System in eine globale Architektur zur Abwehr ballistischer Raketen in Europa um (BMDE), jetzt allerdings nicht mehr nur ein Theatersystem, sondern ein echter Schutzschild, nun allerdings gegen Rußland gerichtet und alles andere als zu dessen Schutz. Es war wiederum die NATO, die Rußland versicherte, daß die vor seiner Haustür stationierten Abschußrampen für ballistische Antibalistikraketen (ABM) niemals zu Anlagen für Angriffe gegen sein nahes Territorium umfunktioniert werden könnten, „nur vergaß sie zu erwähnen“, daß diese Trägerraketen (MK-41) von ABM-Raketen in Wirklichkeit genauso gut dazu verwendet werden konnten, offensive Tomahawk-Raketen gegen das russische Territorium abzufeuern (nukleare oder konventionelle Raketen mit Reichweiten von mehr als 2 000 Kilometern, je nach Version), was in eklatantem Widerspruch zum INF-Vertrag stand, der zum Zeitpunkt ihrer Stationierung noch in Kraft war. Damit ging man weit über die Frage hinaus, ob die russische 9M729 eine Reichweite von 480 Kilometern oder 520 Kilometern hatte!

Rußlands Konsequenzen

Die damit real praktizierte potentielle Bedrohung der russischen Zweitschlagskapazität, der Grundlage seiner nuklearen Abschreckung, stellte das amerikanisch-russische strategische Gleichgewicht ernsthaft in Frage und führte dazu, daß Rußland Ende 2013, also noch vor der Krim-Affäre 2014, jegliche Zusammenarbeit im NRC (NATO-Rußland-Rat) aussetzte, was dann von der NATO genutzt wurde, um – a posteriori – den BMDE-Schutz Europas angesichts der neuen „russischen Bedrohung“ zu rechtfertigen!

Nun also, Herr Generalsekretär, jawohl: Am Ende dieser zwanzig Jahre anhaltender Bemühungen seitens der NATO, den „russischen Feind“ neu zu erschaffen, der für das Überleben einer theoretisch rein defensiven Organisation ja unerlässlich ist – ja, in der Tat: ist Rußland schließlich seine eigenen Wege gegangen und hat im Osten die Zusammenarbeit gesucht, die ihm der Westen verweigert hat. Das Unternehmen, Rußland von Europa zu trennen, das von Ihren Vorgängern und Ihnen selbst unter der ständigen Aufsicht der Vereinigten Staaten über Jahre hinweg mit Ausdauer durchgeführt wurde, ist heute in vollem Gange, da Rußland endlich wieder „zur russischen Bedrohung“ geworden ist, welche die provokativsten Manöver (wie „Defender 2020“, die auf 2021 verschoben wurden) – immer näher an seinen Grenzen – rechtfertigt, sowie die verrücktesten neuen Konzepte des Miniatomeinsatzes auf europäischem Territorium, unter der Befehlsgewalt des amerikanischen Verbündeten, der allein den Schlüssel dazu in Händen hält.

Also wirklich, Herr Generalsekretär, heute – und dies trotz all Ihrer gegenteiligen

Bemühungen – stellt Rußland mit seinem Militärhaushalt von 70 Milliarden Euro (knapp doppelt so viel wie Frankreich) in keinsten Weise eine Bedrohung für die NATO dar, die NATO mit ihren 1 000 Milliarden Euro, von denen 250 von den europäischen Ländern im Bündnis aufzubringen sind! Aber das ist ja auch nicht Ihr wirkliches Anliegen, denn was mit diesem neuen Konzept der „NATO 2030“ angestrebt wird, ist ein viel umfassenderes Projekt: Nämlich die Einbeziehung des Atlantischen Bündnisses in den Kampf um die Weltherrschaft, der zwischen China und den Vereinigten Staaten ausgetragen werden soll. In Wirklichkeit ist die wahre Bedrohung der Terrorismus. Die Studie widmet dem Terrorismus zwar einen Abschnitt und verwendet dort den Begriff immer wieder, ohne aber seine Quellen, seine Motive, seine ideologischen und politischen Hintergründe zu kennzeichnen. Mit anderen Worten: Die einzige Bedrohung ist demzufolge also eine Handlungsweise, denn das ist das Wesen des „Terrorismus“. Damit wird allerdings einer beunruhigenden Realität ausgewichen, nämlich der des radikalen Islamismus und seines Messianismus, der demjenigen des Kommunismus der Vergangenheit in nichts nachsteht. Das Problem ist, daß eben dieser Messianismus durch das immense Chaos genährt wird, das durch die amerikanischen Initiativen nach dem Kalten Krieg entstanden ist, und daß er sogar auf ideologischer Ebene sowohl von Erdogans Türkei, einem Mitglied der NATO, als auch von Saudi-Arabien, einem treuen Verbündeten der Vereinigten Staaten, getragen wird.

Wie nicht anders zu erwarten, wird schon in den ersten Zeilen deutlich, daß dieses Dokument nichts Gutes für die strategische Unabhängigkeit Europas verheißt, denn es zielt eindeutig darauf ab, die europäischen Verbündeten, die sich nur ansatzweise ein Erwachen der europäischen Autonomie vorstellen konnten, wieder in den Griff zu nehmen. Das ist aber noch nicht alles, denn Sie planen nicht nur, die NATO von einem Defensivbündnis, das zum Schutz Europas vor einem nicht mehr existierenden Feind aufgebaut wurde, in ein Offensivbündnis gegen einen Feind umzuwandeln, den es für Europa nicht gibt (selbst wenn wir uns von den territorialen Ambitionen Chinas, den Auswirkungen seiner Wirtschaftsmacht und dem totalitären Charakter seines Regimes nicht täuschen lassen), sondern dieser Bericht geht sogar noch weiter, indem er sich in Richtung einer Organisation mit einer globalen politischen Berufung bewegt, die Vorrang vor jeder anderen internationalen Organisation hat.

Laut diesem Bericht hieße das:

- Die NATO sollte eine Praxis der Konsultation zwischen den Alliierten vor den Treffen anderer internationaler Organisationen (UN, G20 usw.) einführen, was eindeutig bedeutet, daß man „am Vortag kommt, um Anweisungen entgegenzunehmen“, um sie am nächsten Tag im Plenum massiv durchzusetzen!
- Die NATO muß eine starke politische Dimension haben, die ihrer militärischen Anpassung angemessen ist. Die NATO sollte in Erwägung ziehen, die dem Generalsekretär übertragenen Befugnisse zu stärken, damit

- er konkrete Entscheidungen über Personal und bestimmte Haushaltsfragen treffen kann.
- Die NATO sollte einen besser strukturierten Mechanismus für den Aufbau von Koalitionen innerhalb der bestehenden Strukturen des Bündnisses schaffen. Ziel ist es, daß die Bündnispartner neue Operationen unter das NATO-Banner stellen können, auch wenn nicht alle an einer möglichen Mission teilnehmen wollen.
- Die NATO sollte überlegen, ob es für eine einzelne Nation möglich sein sollte, eine Angelegenheit nur auf Ministerebene zu blockieren.
- Die NATO sollte die Konsultationen und die Zusammenarbeit mit den Partnern im indopazifischen Raum – Australien, Japan, Neuseeland und der Republik Korea – vertiefen.
- Die NATO sollte beginnen, intern über die Möglichkeit einer Partnerschaft mit Indien nachzudenken.

Gefahr für Europa

Herr Generalsekretär, weil diese Organisation, als sie ihren Feind verloren hat, nicht aufhörte, sich mit ganzem Herzen in die politische Rechtfertigung für den Erhalt ihres militärischen Werkzeugs zu stürzen, indem sie sich ihren neuen russischen Feind zusammenschmiedete, wird sie heute in ihrer Tendenz eine Gefahr für Europa. Denn die NATO, die sich nicht damit begnügt, Europa die Chance auf einen wirklichen und dauerhaften Frieden, der von allen, auch von Rußland, gewünscht wird, verunmöglicht zu haben, angetrieben von der Sorge um ihr Überleben und der Rechtfertigung ihrer Ausdehnung, hat nur eine gewaltige Aufrüstung auf beiden Seiten der Grenzen Rußlands, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, provoziert und damit den Frieden in diesem Europa gefährdet, das sie nur noch als ihr künftiges Schlachtfeld betrachtet.

Und nun möchten Sie mittels dieses NATO-2030-Dokumentes, das der elementarsten Logik widerspricht, die doch besagt, daß die Mittel durch das Ziel gerechtfertigt sein müssen und nicht umgekehrt – denn schon die Römer sagten doch „Cedant arma togae“ (Die Waffen müssen der Toga, im alten Rom die Bekleidung der Senatoren, weichen) – nun möchten Sie mit diesem Dokument das militärische Instrument dieser Allianz für die Zukunft rechtfertigen, indem Sie es in ein politisches Instrument umwandeln, das unvermeidlich ist, um riesige internationale Koalitionen zu verwalten, zugunsten einer eigentlichen Weltregierung, die sogar so weit geht, die Entscheidungen der Vereinten Nationen außer Kraft zu setzen und nationale Souveränitäten zu zerschlagen! Das soll nicht geschehen, Herr Generalsekretär! Wir müssen diesen verrückten Zug zum Stehen bringen, bevor es zu spät ist! Was Frankreich angeht, so kann es, in Erinnerung an seine von General de Gaulle vor einem halben Jahrhundert bekräftigten Grundsätze, dem abenteuerlichen Konzept niemals zustimmen, das Europa unter amerikanische Vormundschaft stellen will.

Für den Cercle de Réflexion Interarmées, Grégoire Diamantidis, Brigadegeneral a. D. der französischen Luftstreitkräfte



EUROPA AUF DIE COUCH

Brüssel hat den Verstand verloren,
An kluger Weitsicht überhaupt,
Steckt in Problemen bis über die Ohren,
Hat sich Feinde auserkoren
Und sich letzter Vernunft beraubt.

Als würde die Pandemie nicht genügen,
Gibt es nun Streit um Kriegspolitik:
Wer wird womit gegen wen verfügen?
Gemeinschaftsdrohne in letzten Zügen?
Vorrang hat dennoch die Sputnik-Kritik.

Eiszeit zwischen Paris und Berlin?
Macron sprach vom Hirntod der NATO.
Merkel am Tropf der US-Doktrin,

Hätte trotzdem gern das Sputnik Vakzin.
Brüssel bleibt halsstarrig stur bis dato.

Bedrohlich erkrankt an Rußenhass,
Dem westblockgemäßen Zähne blecken,
Kombiniert, fast manisch superkraß,
Aus Angst vor Chinas Gelb-Rot-Blaß,
Sich kommunistisch anzustecken.

Hier vorerst die Anamnese:
EU-Defekt an Hypophyse?
Oder diese Hypothese:
Eher ein Politgewese?
Bedarf der Psychoanalyse.

Lutz Jahoda

Die Fortsetzung des Kalten Krieges

Vor allem auf Rußland und China richten sich heute die ideologischen Geschütze des Westens. In dieser aufgeheizten Situation legt der Wiener Promedia-Verlag das Buch des seit 2013 in China lebenden Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlers Robert Fitzthum „China verstehen“ vor.

Der Autor erinnert daran, daß die von Staats- und Parteiführer Xi Jinping auf dem 19. Parteitag der KP Chinas im Jahre 2017 präsentierten Ideen zum „Sozialismus chinesischer Prägung“ in die Verfassung aufgenommen worden sind, was dessen absoluten Machtanspruch unterstreicht. Kritik daran könne eine rechtliche Verfolgung nach sich ziehen und eher einer maolistischen als sozialistischen Praxis gleichkommen.

Die Frage, „ob China noch sozialistisch“ ist, hatte Jürgen Reusch schon 1980 gestellt. Sie ist heute aktueller denn je¹ und sollte auch unter Berücksichtigung der weltumspannenden *belt and road initiative* (BRI), Chinas „Seidenstraßen-Vorhaben“, das eine nie zuvor dagewesene Wirtschafts- und Handels-Expansion beinhaltet, geprüft werden. Die BRI ist ein transkontinentales Infrastruktur-, Handels-, Entwicklungs- und Investitionsvorhaben, in dessen Rahmen die VR China mit 130 Staaten in 1 000 Projekten kooperiert.² Handelt es sich hier um ein sozialistisches Strategieprojekt oder eher um Ansätze einer imperialen Machtentfaltung, ist Teil der Fragestellung.

Der Autor hebt hervor, daß „der Reichtum der 878 Dollar-Milliardäre in China [...] um anderthalb Billionen Dollar trotz der Corona-Pandemie stieg. Jede Woche kamen fünf neue Milliarden hinzu. Einen solchen Zuwachs habe die Welt noch nicht gesehen [...]“. An der Spitze stand lange mit 59 Milliarden Dollar Jack Ma, Gründer des E-Commerce-Giganten Alibaba.³ Jack Ma ist Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas, schreibt die „Volkszeitung“, das offizielle Organ der

KP Chinas.⁴ „Allein im Jahre 2019 brachte das Land 257 neue Milliardäre hervor.“⁵ Die allgemein bekannte „kapitalistische Entwicklung ist nicht in der Mao-Ära, sondern nach 1978 anzusetzen“⁶, deren treibende Kraft Deng Xiaoping gewesen ist. Felix Wemheuer, Autor des Buches „Chinas große Umwälzung“, stuft den Charakter der Wirtschaftsordnung Chinas als „staatskapitalistisch“⁷ ein, wobei er sich auf die „Dynamik des Wettbewerbes“⁸ beruft. Dieser führe „zur Herstellung und Reproduktion von Klassenverhältnissen“⁹. Nach Hartmut Elsenhans, Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Leipzig, herrsche in der VR China eine „Staatsklasse“, bestehend aus dem „Kader von Partei und Staat von der Zentralregierung bis zur Kreisebene sowie die ManagerInnen des Staatssektors“¹⁰. Diese herrschende Klasse eigne sich „auf legalem und illegalem Wege Teile des Mehrwertes und der Renteneinnahmen“¹¹ an. Das sei nichts anderes als eine Art staatlich sanktionierte Korruption chinesischer Prägung.

Im zweiten Teil behandelt Robert Fitzthum, wie die Vereinigten Staaten von Amerika dem aufstrebenden China entgegentreten. Ende 2017 wurde China in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der USA als „strategischer Rivale“ eingestuft. Robert Fitzthum stellt die defizitäre Handelsbilanz der USA gegenüber China dar, auf deren Grundlage die Trump-Administration ihre Wirtschaftssanktionen gegen das Land einleitete.

Die Außenpolitik Chinas basiere auf der Grundlage der aus den 50er Jahren stammenden Konzeption der friedlichen Koexistenz.¹² Der Autor weist aber darauf hin, daß „Deng in Abstimmung mit den USA und südasiatischen Staaten“ den Krieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam befohlen hatte. Deng wollte verhindern, daß „die Vietnamesen die dominierende Macht

in Südasien werden“. China verfolge „keine Militärbündnisse und Beistandspakte mit Ländern oder Ländergruppen, spricht sich gegen Hegemonismus aus und greift militärisch nicht an, wenn es nicht selbst attackiert wird.“ Der Krieg gegen Indien im Jahre 1962 und die Besetzung von drei Gebieten Indiens, darunter Teile Kaschmirs, die seitdem in „Aksai-Chin“ umbenannt wurden, widerspricht der Darstellung von Robert Fitzthum.

Als Schwerpunkt der aktuellen Außenpolitik Chinas benennt Robert Fitzthum die Beziehungen zu den USA. China beabsichtige nicht, die USA aus Asien zu „verdrängen“. Xi Jinping habe eine „neue Art von Beziehungen“ zwischen den USA und China vorgeschlagen, die auf „Nicht-Konflikt und Nicht-Konfrontation“ und auf „gegenseitige[n] Respekt“ sowie auf eine „Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil“ basieren sollte. Aber die Trump-Administration verschärfte den Konflikt zur VR China, und das Land wurde erstmals Ende 2017 als „Konkurrent“ und als „Bedrohung“ für die Vereinigten Staaten eingestuft.

Während der Globalstrategie Zbigniew Brzezinski 2011 Chinas „Rolle in der Weltpolitik“ als eine „Realität“ angesehen hatte, auf die sich die USA einzustellen hätten, versuchen die US-Administrationen mit unzähligen „Stützpunkten, Bündnissen, militärischen Übungen, Patrouillen und Spionageflügen“ die VR China von allen Seiten einzukreisen. Der Autor legt detailliert die militärische Präsenz der USA in der Region dar und benennt ihre fünf „Bündnisse und Partnerschaften“, die gegen China gerichtet sind. Zu diesen Bündnismitgliedern gehört u.a. auch Afghanistan. Die NATO hat für den Tag X am Zipfel von Wakhan, direkt an der afghanisch-chinesischen Grenze, einen Militärstützpunkt errichtet. Schon der ehemalige US-Präsident Barack Obama hat

1 Jürgen Reusch hat zu dem Thema: Die Außenpolitik China 1949-1974, Frankfurt/M. 1974 promoviert. Als die Chinesische Volksarmee auf Befehl des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, Deng Xiaoping, 1980 Vietnam überfiel, um dem Land eine „Lexikon zu erteilen“, weil die vietnamesische Armee zur Vertreibung des Pol Pot-Regimes maßgeblich beigetragen hatte, ist Jürgen Reusch in seinem 1980 in Frankfurt/M. erschienenen Buch der Frage nachgegangen, ob China noch sozialistisch sei.

2 Vgl. Bernhard Gareis, Sven: Stärke aus dem Inneren, in: if, Zeitschrift für Innere Führung, Koblenz, Jg. 64, H. 1/ 2021, S. 38.

3 Freyksen, Astrid: Superreich trotz Corona, 20.10.2020, ARD-Studio Peking. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/china-superreiche-corona-101.html>. Seit 22 Jahren kommt jährlich der sogenannte Hurun-Report heraus: eine Bilanz über die Entwicklung des Reichtums in China. Nicht ermittelt von staatlichen Stellen, sondern von dem lange in China lebenden Briten Rupert Hoogewerf. Vgl. auch: Immer reicher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.10.2020, S. 25.

4 Vgl. Ankenbrand, Hendrik: Aufstieg und Fall von Chinas Superstar, in: FAZ, 9.1.2021, S. 32.

5 Ankenbrand, Hendrik: In drei Jahren zur Zigarettentmilliardärin, in: FAZ, 29.1.2021, S. 20.

6 Wemheuer, Felix: Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem, Köln 2019, S. 173, zitiert nach: Goldberg, Jörg: China als Profiteur der neoliberalen Weltordnung, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Z), Jg. 31, Dezember 2020, Frankfurt/M., S. 225.

7 Ebenda.

8 Ebenda.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 Ebenda, S. 25 f.

12 Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die inzwischen Bestandteil der UN-Charta wurden, beinhalten: 1. Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, 2. gegenseitiger Nichtangriff, 3. gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, 4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie 5. friedliche Koexistenz. Vgl. Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin/DDR 1968, S. 558.

Am 21. März starb das Vorstandsmitglied des „RotFuchs“-Fördervereins e. V.

Gert Julius

Er war während seines Berufslebens stets als Gewerkschafter und Betriebsrat in Westberlin und Hamburg aktiv. Seine tiefe Verbindung mit der Arbeiter- und der Friedensbewegung führte ihn von der SPD zur PDS und schließlich in die DKP. Als Internationalist engagierte er sich herausragend für das von der NATO bombardierte Serbien, für Kuba und für die Solidarität mit den Angehörigen des MfS. Mit ihm ist eine Stimme der Vernunft verstummt. Er wird fehlen.

RF-Vorstand

zum „Pazifischen Jahrhundert“ unter der Führung der Vereinigten Staaten aufgerufen. Diese Strategie ist eindeutig gegen die VR China gerichtet. Für deren Realisierung haben die USA Bündnisse mit Japan, Südkorea, Australien, Philippinen, Thailand, Singapur, Vietnam, Malaysia, Indonesien und der Atommacht Indien geschmiedet. Der regionale Konflikt um das Südchinesische Meer, von dem die VR China 80 % beansprucht und sogar teilweise besetzt hat, wobei sie sich auf „bis zweitausend Jahre zurückreichende historische Argumente“ beruft, könnte von den USA als Hebel für einen größeren Konflikt gegen China instrumentalisiert werden. Chinas Militärstrategie hat nach offiziellen Angaben den

Charakter einer „aktiven Verteidigung“. Diese wird als defensiv bezeichnet: „Wir werden nicht angreifen, wenn wir nicht angegriffen werden, aber wir werden gewiß einen Gegenangriff durchführen, wenn wir angegriffen werden.“

Alle Indikatoren sprechen dafür, daß die VR China die USA bald als Wirtschaftsmacht Nummer eins und mittelfristig vielleicht auch als Militärmacht ablösen könnte. Die Geschichte lehrt uns, daß es in den letzten 500 Jahren, in denen eine Großmacht von einem Rivalen herausgefordert wurde, in 12 von insgesamt 16 Fällen zum Krieg gekommen ist, stellt Graham Allison in seinem Buch „Destined for War. Can America and China Escape Thucydides’s Trap?“, Boston

2017, fest.¹³ Wer sich für die Frage eines eventuell bevorstehenden Konflikts im Weltmaßstab interessiert, dem bietet das Buch interessante Informationen. Es wäre ein Verdienst des Autors und des Verlages, wenn das Buch dazu beitragen würde, eine wissenschaftliche Diskussion über Gegenwart und Perspektiven Chinas anzuregen.

Dr. Matin Baraki

Robert Fitzthum: China verstehen, Vom Aufstieg zur Wirtschaftsmacht und der Eindämmungspolitik der USA. Pro Media-Verlag, Wien 2018, 221 Seite, 17,90 EUR.

¹³ Vgl. Weede, Erich: Gefahr aus China?, in: FAZ, 23.9.2017, S. 16.

Unterstützt unsere Solidaritätsaktion „MALETA SALVAVIDAS“ Rettungskoffer für Venezuela

Durch den Wirtschaftskrieg der USA, der EU und weiterer Staaten gegen Venezuela sterben dort viele Menschen. Einer Studie amerikanischer Sozialwissenschaftler zufolge, haben durch die von Washington verhängten Sanktionen in den Jahren 2017/2018 mehr als 40 000 Menschen ihr Leben verloren. Betroffen von den Maßnahmen sind vor allem

Etwas kann jeder tun. Helft mit, Koffer nach Venezuela zu bringen. Spendet Geld an den GeFiS e.V. Unsere Solidaritätsaktion „Rettungskoffer“ ist auf Jahre ausgerichtet und hat das Ziel, daß ein- bis zweimal im Jahr Medikamente direkt nach Venezuela gebracht werden. Dazu werden alle eingehenden Spendengelder unter dem Verwendungszweck „Medizin für

Somit wollen wir auch gegenüber allen Spendern gewährleisten, daß sie darüber Kenntnis erhalten, wie ihre Mittel zweckgebunden eingesetzt werden. Auch über alle anderen Medikamente wird eine Auflistung geführt. Wir können jederzeit transparent belegen, wo welche Medikamente beschafft und übergeben worden sind. Durch Bild und Ton werden wir den Transport der Medizin, die Übergaben usw. dokumentieren und für Vorträge entsprechend aufbereiten. Einen ersten Eindruck vermittelt eine kleine Dokumentation vom letzten Transport 2020 von Dr. Pelsler: YouTube www.youtube.com/watch?v=qcGKmrXLwkg Spendenbelege können auf Wunsch ausgestellt werden. Dazu bitten wir bei der Überweisung der Spende unter dem Verwendungszweck: „Medizin für Venezuela“ auch den Namen und die Anschrift des Spenders zu hinterlegen, damit wir zeitnah den Beleg zusenden können. Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG IBAN: DE19 430609671106051900, BIC: GENODEM1GLS Weitere Informationen können auch auf der Homepage des GeFiS e.V. unter www.gefis2020.de abgerufen werden.

Carsten Hanke, GeFiS e. V., Rostock



Helfer unserer Solidaritätsaktion

Kinder, die an Krebs erkrankt sind und eine ganz spezielle Medizin benötigen. Diesen Kindern wollen wir helfen!

Die Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFiS) e.V. hat als eine ihrer ersten Gründungsbeschlüsse die Initiative von Dr. Stephan Pelsler „MALETA SALVAVIDAS“ – Rettungskoffer – aufgegriffen. Mit diesen „Rettungskoffern“ werden vorrangig Medikamente für die an Krebs erkrankten Kinder im Hospital Universitario „Ruiz y Paez“ übergeben. Gerade erreichte uns ein Hilferuf aus Sta Cruz de Mapauri Gran Sabana, ca. 60 km vor der Grenze Brasiliens, wo ebenfalls dringend Medikamente benötigt werden.

Venezuela“ extra aufgeführt. Mit ihnen werden die leider sehr kostenintensiven Krebsmedikamente von Apotheken erworben, mit denen wir zusammenarbeiten. Der Bedarf an diesen Medikamenten liegt uns durch die Arztberichte aus der Kinderklinik in Bolivar und den anderen medizinischen Einrichtungen vor. Es wird durch uns eine genaue Auflistung aller Krebsmedikamente erstellt, die der Arzt im Klinikum bei der Übergabe mit Unterschrift bestätigt. Zusätzlich existiert eine Liste, auf der die Erziehungsberechtigten der erkrankten Kinder dann unterschreiben müssen, wenn ihren Kindern diese Medikamente im Rahmen der Behandlung verabreicht werden.

Der über seinen Wirkungskreis bekannte evangelisch-lutherische Theologe

Peter Franz

aus Weimar-Taubach begeht am 10. Mai seinen 80. Geburtstag. Seit vielen Jahren ist Peter dem „RotFuchs“ mit seinem schöpferisch-kritischen Geist eng verbunden und unterstützt als Autor und Referent die Arbeit unserer Zeitschrift und der Regionalgruppen. Dafür sagen wir heute Dank. Wir wünschen Dir, lieber Peter, für die Zukunft Kraft und maximale Gesundheit.

Vom „Wirrwarr“ in der Opposition Nicaraguas nicht täuschen lassen

Die USA-Regierung unter Führung des Demokraten Joe Biden setzt ihre Strategie den lateinamerikanischen Hinterhof betreffend verstärkt fort. Das ist die Hauptschlußfolgerung, die „Prensa Latina“ für die Sektion „Escáner“ aus dem Dialog mit Manuel S. Espinoza, Direktor des Regionalzentrums für Internationale Studien in Managua, zog. Das Regionalzentrum verfolgt und analysiert seit 25 Jahren die Politik Washingtons in der Region. Im Fokus des Außenministeriums der USA und seiner Denkartillerie steht Nicaragua. Am 7. November werden die Nicaraguenerinnen und Nicaraguener an die Wahlen gehen. Trotz des virtuellen „Einheitstreffens“ der rechten außerparlamentarischen Opposition Nicaraguas am 2. Februar ist ihre Aufstellung immer noch unklar. Medardo Mairena, Miguel Mora, Félix Maradiaga und Juan Sebastián Chamorro, die an diesem Treffen teilnahmen, unterschrieben am 17. Februar ein „Einheitspapier“, in dem sie sich verpflichteten, an einem Vorentscheid für eine oder einen Einheitskandidat/in teilzunehmen und dessen Ergebnis anzuerkennen. Unter einflussreichen Teilen der rechten außerparlamentarischen Opposition Nicaraguas wird Cristiana Chamorro, Tochter der Ex-Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro, als Kandidatin bevorzugt. Sie unterschrieb das „Einheitspapier“ einige Tage später.

Eine Partei, für die sie oder er antritt, ist noch nicht in Sicht. Eine Lösung wie vor Jahren, als die PLI das Roß war, auf dem die Parteigänger von Eduardo Montealegre und die Sandinistischen Erneuerer in die Nationalversammlung ritten, wird es nicht wieder geben. Diesbezüglich haben sich die politischen Gruppierungen längst entschieden. Sie wollen mit den traditionellen Parteien nichts zu tun haben, weil sie gegenüber der FSLN versagt hätten. Zudem bestimmt das Gesetz zur Verteidigung der Rechte des Volkes auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung für den Frieden, daß „Nicaraguaner, die einen Staatsstreich, der die Verfassungsordnung des

Landes stört, anführen oder finanzieren, das politische Recht verlieren, gewählt zu werden“. Welche der traditionellen Parteien will schon riskieren, das Roß für die außerparlamentarischen Rechten, die mit dem gescheiterten Putsch 2018 in Verbindung standen, zu sein?

Zur Zeit treten in Nicaragua zwei Blöcke der außerparlamentarischen Opposition auf: Die Bürgerallianz und die Nationale Koalition. Zur Bürgerallianz gehören die Bewegung „Bürger für die Freiheit“ (CxL), die von Eduardo Montealegre nach dem Abstieg von der PLI gegründet wurde, und die „Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie“. Der Nationalen Koalition werden die Blauweißen, die Kanalgegner, politisch organisierte Ex-Contras und die Indigenen Partei YATAMA zugerechnet. Noch ist nicht klar, welche Partei aus welcher Gruppierung hervorgehen wird.

Das derzeitige politische Panorama sieht die regierende FSLN weit vorn und die Opposition weit verstreut. In diesem Kontext wird die USA-Regierung des Demokraten Biden ihr Debüt geben. Nicaragua ist einer der inneren Ringe auf der Zielscheibe der Außenpolitik der USA für Lateinamerika. Espinoza ist der Meinung, daß die Opposition Nicaraguas, die USA und die EU sowie die von ihnen finanzierten Organisationen das Wahlergebnis im Falle eines möglichen Sieges der Allianz „Unida Nicaragua Triunfa“, angeführt von der FSLN, nicht anerkennen werden. Die Voraussage stützt sich auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Venezuela (2018) und in Bolivien (2019), die in einem Fall den Vorwand für die Farce eines selbsternannten Präsidenten, im anderen Fall für einen Putsch mit nachfolgender De-Facto-Regierung für ein Jahr lieferten. Ryan Berg, Experte für Regierungsfähigkeit des American Enterprise Institute (eine konservative Denkfabrik mit Sitz in Washington D.C.), schrieb 2020 einen Artikel über Nicaragua, der als Steuerachsen die Begriffe „Diktatoren-Ehepaar“ und „gerechte, freie und transparente Wahlen“ enthält. Für das Wahlrezept Nicaraguas fügt Berg heute als Würze „hoch überwacht“ hinzu, „beobachtet“ reicht nicht mehr aus. Die Gebrauchsanweisung für Menschenrechte ist ein weiteres Thema in den Direktiven der Außenpolitik der USA für Lateinamerika und die Karibik. In Nicaragua sind die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und das Büro der Hohen Kommissarin der UNO für Menschenrechte bereits in den Ring gestiegen. Sie wollen Meinungsmuster wie Unterdrückung, Verbrechen, Verfolgung und Inhaftierung als amtlich bestätigt herausgeben. Das wiederum wollen sie als Mittel nutzen, um den Präsidenten, die Vizepräsidentin, die Oberkommandos der Armee und der Polizei zu beschuldigen und zu versuchen, die politische und militärische Macht zu enthaupen.

Die Hohe Kommissarin der Menschenrechte der UNO Michelle Bachelet übergab der Sitzung in Genf einen Bericht über die Einhaltung

der Menschenrechte in Nicaragua. Er liegt voll auf dieser Linie. Die Generalbevollmächtigte Nicaraguas Wendy Morales wies diese Einschätzung mit scharfen Worten zurück. Er sei einseitig und stelle eine politische Aggression gegen Nicaragua und seine Regierung dar.

Auch Amnesty International (AI) hatte einen Bericht „Ruhe auf Kosten anderer“ über die Menschenrechtslage in Nicaragua veröffentlicht. Am 11. März antwortete die Aktionsgruppe der Solidaritätskampagne mit Nicaragua des Vereinigten Königreichs Großbritanniens darauf: Die für Nicaragua bestimmten Berichte seien tendenziös und politisierend. Sie ignorierten die Gewaltakte der Opposition auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, deren Einhaltung in den eigenen Deklarationen eingefordert werden. Die Verlautbarungen von AI kritisierten wiederholt die Regierung Nicaraguas, ohne ihre Erfolge bei der Verringerung der Armut, der Verbesserung des Gesundheitswesens und der Bildung sowie des Kampfes für die Gleichheit der Geschlechter in Rechnung zu stellen.

Nach wie vor läßt das Projekt, einen Inter-ozeanischen Kanal auf dem Territorium Nicaraguas zu bauen, die Strategen des Außenministeriums der USA nicht ruhig schlafen. Der Kanal würde ein globales geopolitisches Format annehmen, das einen enormen Einfluß auf den Welthandel und auf die Annäherung anderer starker Akteure wie China in dieser Region hätte. Die Präsenz Chinas und Rußlands in Lateinamerika und in der Karibik bereitet den USA-Strategen wohl ziemliche Kopfschmerzen. Cristiana Chamorro hat sich noch nicht entschieden, welchem Block der außerparlamentarischen Opposition sie als ihre Interessenvertretung vorzieht. Es hat den Anschein, als ob sie stärkere Geschütze auffahren will, um die sandinistische Regierung in Bedrängnis zu bringen. Dafür spricht ihre Forderung nach direkten Verhandlungen der Biden-Regierung mit der Ortega-Regierung. Welchen Ton die Biden-Regierung anschlagen würde, machte ihr Auftreten auf dem Treffen mit der chinesischen Regierung in Anchorage deutlich. Wie werden im Vergleich dazu Gespräche über „die Wiederherstellung der Demokratie“ mit der Regierung Nicaraguas verlaufen? Noch dazu, wenn man bedenkt, daß Nicaragua für die Zusammenarbeit Lateinamerikas mit China und Rußland steht.

1990 trat die FSLN mit Daniel Ortega gegen die Nationale Union von Violeta Barrios de Chamorro an und verlor. Wird 31 Jahre später deren Tochter Cristiana die neue Herausforderin für die FSLN sein? Die Sandinisten werden die Szene aufmerksam verfolgen. Nicaragua war unter ihrer Führung in den 1970/80er Jahren schon einmal zwischen die Mühlensteine geopolitischer Machtinteressen geraten. Das hat Comandante Daniel Ortega bestimmt nicht vergessen.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Am 25. Januar starb der Vorsitzende unserer „RotFuchs“-Gruppe Magdeburg, Genosse

Heinrich Kaderschafka

Als Staatsanwalt der DDR durch die BRD-Justiz verfolgt, ließ er sich nicht entmutigen und stand fest zu seinen Überzeugungen. Er gehörte zu den treuesten Mitstreitern unserer Zeitschrift und war einer der Wegbereiter des „RotFuchs“-Fördervereins in seiner Heimatstadt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

**RF-Vorstand und
Regionalgruppe Magdeburg**

Die Hurensöhne des Imperiums

Vor einigen Tagen stieg ich auf dem Weg in die Berliner Innenstadt aus dem BVG-Bus und wurde mit einem Transparent konfrontiert, auf dem dieser Satz stand: „Solidarität mit den vom Völkermord bedrohten Uiguren“. Ich ging auf einen der Halter des Transparents zu und sagte: „Ich wußte gar nicht, daß die Uiguren ein Indianerstamm in Nordamerika sind.“ Sein Angebot, mich aufzuklären, lehnte ich ebenso kategorisch ab, wie er meinen Versuch, ihn über den Genozid an den amerikanischen Ureinwohnern aufzuklären.

Die Kenntnisse über Xinjiang, dem autonomen Gebiet im Nordwesten Chinas und seinen dort lebenden zahlreichen ethnischen Minderheiten, zu denen die turksprachigen Uiguren gehören, sind derart unterbelichtet, daß sie jede Menge gegen China gerichtete Verschwörungserzählungen abwerfen. Dieses Unwissen wird ausgebeutet, um eine geradezu kriegslüsterne Stimmung gegen die Volksrepublik zu erzeugen. Daß die USA um ihre globale Vormachtstellung fürchten, können wir bestens nachvollziehen. Aber warum gerade Xinjiang? Die Antwort ist ziemlich einfach: Es geht um den Auf- und Ausbau interkontinentaler Handels- und Infrastrukturnetze zwischen der Volksrepublik und über 60 weiteren Ländern Afrikas, Asiens und Europas, die neue Seidenstraße: One Belt, one Road. Über dieses Mega-Projekt war man in Washington von Anfang an ohnehin not amused. Aber man weiß dort auch, daß eine Hauptader der Straße durch die uigurische Hauptstadt Urumqi führt. Obendrein weiß man auch, daß sich aufgrund der toleranten chinesischen Religions-, Nationalitäten- und Minderheitenpolitik mit regionaler Selbstverwaltung der Islam in Xinjiang ausbreiten konnte. Allerdings muß betont werden, daß nur die Hälfte der Uiguren der Glaubensgemeinschaft des Islam angehören. Viele ihrer Anhänger haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten angesichts ihrer jahrhundertlang erduldeten kolonialen und imperialen Unterdrückung politisiert und fundamentalisiert. Und das genau war der Grund, weshalb die USA Witterung aufgenommen und diese Konfliktlage zum Anlaß genommen haben, um daraus Kapital schlagen zu können. Oder, um es profaner zu sagen: das Kriegsbeil gegen das Reich der Mitte ausgraben zu können. Denn auf dem imperialistischen Speiseplan steht seit der Machtübernahme der kommunistischen Partei unter Führung Mao Tse-tungs im Jahr 1949 das Reich der Mitte, weil es sich hervorgegangen aus einem hundertjährigen Kampf um Selbstbestimmung und Würde, an die Spitze der der nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen gesetzt hat. Dies wiederum hat entgegen den eigentlich eigenen Interessen separatistische Hoffnungen innerhalb der vom Islam geprägten bzw. beeinflussten uigurischen Bevölkerung geweckt.

Die Neigungen zum uigurischen Separatismus sind also so alt wie die Volksrepublik selbst. Aber erst in den vergangenen

Jahrzehnten haben sie sich in Gewalttaten entladen. In Xinjiang hat 2009 das, wie der Sozialwissenschaftler Jörg Kronauer schrieb, „vermutlich mörderischste Pogrom in der Geschichte des Autonomen Gebiets“ mit an Han-Chinesen begangenen 134 Lynchmorden stattgefunden. Blutige terroristische Attentate wurden aber nicht nur im Xinjiang, sondern in anderen Landesteilen und sogar in Beijing verübt. Überrascht und schockiert über das Ausmaß an Brutalität hat die chinesische Zentralregierung zunächst versucht, das Problem mit einem Soft-Power-Anti-Terrorprogramm in chinesischer Version in den Griff zu bekommen. Das war – wie man zu sagen pflegt – nicht zielführend. Noch 2016 kam es zu furchtbaren Terroranschlägen in Xinjiang. Danach wurde es ruhiger – in China! Nicht im „Westen“, weil die in Xinjiang eingerichteten Umerziehungslager zu Folterkammern umgedichtet wurden. Interessant ist, daß die von der mainstreamigen Presse ausgebreitete Decke die schlichte Tatsache verhüllt, daß ein Großteil der „Lager“-Insassen als islamistische Uigurischen (die Zahlen schwanken zwischen 10 000 und 20 000), möglicherweise sogar unter Anleitung der USA, auf Seiten der IS- und Al-Qaida-Terroristen in Syrien gekämpft haben. Inzwischen hat sich dort das Blatt gewendet und die ‚kampfproben‘ uigurischen Dschihadisten wurden zur Rückkehr nach Xinjiang animiert (von wem wohl?). Umgerüstet zu Demokratieaktivisten war ihre „Mission“ nun, Sabotageakte gegen die Neue Seidenstraße zu organisieren (in wessen Auftrag?). Dem hat die chinesische Regierung ohne Gummiknüppel und Wasserwerfer letztlich Einhalt geboten, was den Wertewesten stimuliert hat, sich an „unmenschlichen“ Haftbedingungen und „Foltermethoden“ zu berauschen. In der westlichen Menschenrechts-Industrie herrscht deshalb seit Wochen Hochbetrieb. Die Lager in Xinjiang haben den Stasi-Folterkammern den Rang abgelaufen. Allerdings wird nun die ganz große Keule hervorgeholt. Das Urteil lautet nicht mehr und nicht weniger, daß an den Uiguren ein Genozid verübt wurde bzw. wird. Die Kenntnisse der Millionen Menschen des Westens über China im Allgemeinen und über die Menschenrechtsslage in Xinjiang und anderen Landesteilen, vor allem auch über das Autonome Gebiet Tibet, im Besonderen sind, es sei nochmals betont, geringer als die über das Leben der Frösche am Südpol: Null. Eine Vorlage für Verschwörungsgeschichten dies- und jenseits des Atlantiks. Die Berichte über die Zustände in den skandalisierten Lagern lassen sich allzu leicht vermarkten. Aber genau hier wären die Journalisten gefordert, die sich doch so gern mit dem Prädikat „investigativ“ schmücken. Eine minimale Forderung wäre doch, erst einmal zu (hinter)fragen, warum es die sogenannte Umerziehungslager überhaupt gibt. Täte man dies, würde man unweigerlich bei den oben genannten verübten blutigen Anschlägen uigurischer islamistischer Terroristen landen. Das aber läßt sich mit

der westlichen Menschenrechtsdiktatur nicht vereinbaren. Hier gilt nach wie vor der berühmte Satz, mit dem der US-Präsident F.D. Roosevelt die Außenpolitik seines Landes auf den Punkt gebracht hatte. Über den nicaraguanischen Henker und Diktator Somoza urteilte er einst: „Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn.“ Ein solcher war auch Saddam Hussein und auch Muammar al-Gaddafi und viele andere, die nur nicht verstanden haben, daß ein freundschaftlicher Händedruck genauso viel wert ist wie ein befristeter Arbeitsvertrag. Das hatte auch Michail Gorbatschow nicht verstanden, als James Baker, der ehemalige US-Außenminister, ihm versprochen hatte, daß sich der Wirkungsbereich der NATO keinen Inch weit jenseits der deutschen Grenze ausdehnen würde.

Als 2018 der damalige US-Präsident D. Trump aus dem INF-Vertrag ausstieg, haben dies seine Vasallen um Heiko Maas verteidigt. Rußland habe mit seinem neuen Trägersystem den Vertrag verletzt. Als die russische Regierung den westlichen Partnern anbot, sich vor Ort davon zu überzeugen, daß von einer Verletzung des Vertrags keine Rede sein könne, haben die Geladenen kein Interesse bekundet. Ähnlich verhält es sich mit den Umerziehungslagern in Xinjiang. Eine von der chinesischen Regierung angebotene Besichtigung der „Lager“ wurde von deutschen und US-Politikern abgelehnt. Die Sorge um die Lebensfähigkeit ihres Verschwörungsgedankens stand mit allen jetzt verkündeten Sanktionen im Vordergrund. So erklärt sich auch die Ignoranz, mit der das Dokument einer Informationsreise von UNO-Diplomaten, Vertretern internationalen Organisationen und Journalisten nach Xinjiang „geehrt“ wurde. Die Teilnehmer kamen zu dem Befund, daß das, was sie sahen und hörten, im krassen Widerspruch zu dem stand, was in den westlichen Medien berichtet wird.

Bleibt die Frage, warum sich die UNO in Schweigen hüllt. Ihre Vertreter haben sich doch mehrfach in Xinjiang davon überzeugen können, daß es sich bei den „Lagern“ tatsächlich um Ausbildungszentren handelt, die eher einen Vergleich mit einem Pfadfinder-Camp zuließen. Sie hat noch 2019 die Minderheitenpolitik und die Religionsfreiheitspolitik Chinas gelobt, auch in Bezug auf die Uiguren, dies übrigens in Kenntnis, daß die inzwischen nicht mehr gültige Ein-Kind-Politik nie für die ethnischen Minderheiten galt, was zur Folge hatte, daß die uigurische Bevölkerung innerhalb der letzten 40 Jahren von fünf Millionen auf 12 Millionen anstieg. Ein Genozid sieht anders aus.

Kann man einen Staat als moralische Instanz akzeptieren, wenn dieser nicht willens ist, seine eigene Vergangenheit aufzuarbeiten? Gut, wir wissen, daß das viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Einfacher und bequemer ist es, die Sonne päpstlicher Unfehlbarkeit zu privatisieren. Aber irgendwann ist Schluß mit diesem Theater.

Hans Schoenefeldt

Ein Kompaß

Was heißt heute Ernst Thälmann ehren?

Anlässlich des 135. Geburtstages von Ernst Thälmann am 18. April sprach Egon Krenz am 18. April in Ziegenhals bei Berlin. Wir dokumentieren seine Rede:

Wir haben das Wort nicht vergessen, das sich heute fast auf den Tag genau vor 75 Jahren Kommunisten und Sozialdemokraten auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD zur SED gaben: „Brüder, in eins nun die Hände!“

Es ist geschichtlich anders gekommen als damals gewollt. Trotz Niederlage bleibt aber wahr: Linke haben auch in der Gegenwart nur eine Chance, wenn sie das Gemeinsame suchen und das Trennende beiseiteschieben.

Unsere politischen Gegner werden uns wieder als „unverbesserlich“ diffamieren, als „Ewiggestrige“, als Dogmatiker „in kleinen Zirkeln“, als „Gefangene unserer DDR-Vergangenheit“. Nichts von dem sind wir. Wir sind eher die Ewigmorgigen, die sich Gedanken machen um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde für ein Deutschland, von dem nur Frieden ausgeht, der inzwischen durch die Politik der USA und ihrer Verbündeten mehr als brüchig geworden ist. Wir denken anlässlich seines 135. Geburtstages an ihn, den Hafendarbeiter, den Kommunisten, den Parteivorsitzenden, den Abgeordneten des Deutschen Reichstages, den Präsidentschaftskandidaten der KPD, den Häftling der Nazis, wir gedenken unseres Genossen Ernst Thälmann, den seine Anhänger liebe- und achtungsvoll Teddy nannten. Ich höre schon von rechts wie auch von links den Einwand: Er hat aber Fehler gemacht. Ja, wer macht die denn nicht?!

Höher als seine Irrtümer aber steht, daß die KPD unter seiner Leitung eine Massenpartei war und über fünf Millionen Deutsche ihn wählten. Höher als seine Irrtümer steht die Warnung: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt Krieg! Was wäre unserem Volk erspart geblieben, wenn Thälmanns Rat verwirklicht worden wäre! Und vor allem: Höher als seine Irrtümer steht seine Standhaftigkeit. Er gab das Wertvollste, was er hatte, sein Leben für ein nazifreies Deutschland. Er hätte sein Leben retten können, wenn er denn abgeschworen, wenn er seine Überzeugung verleugnet hätte. Er blieb sich und seiner Sache treu – bis in den Tod. Allein deshalb bleibt Thälmann vor allem – wie wir in der DDR sangen – „Deutschlands unsterblicher Sohn“.

Gerade auch deshalb ist es eine arglistige Täuschung schlimmster Art, wenn die AfD Plakate klebt mit dem Bildnis Thälmanns und der Aussage „Thälmann würde AfD wählen“. Thälmann und AfD schließen einander aus wie Feuer und Wasser. Nichts aber auch

gar nichts kann einen Sympathisanten Thälmanns dazu verleiten, seine Stimme der AfD zu geben.

Wenn wir Thälmann ehren, vergesse ich nicht, daß wir in einem Lande leben, in dem seine Mörder nie bestraft wurden und seine Partei, die KPD, noch immer widerrechtlich verboten ist. Wer Thälmann gerecht werden will, sollte sich für die Aufhebung des Parteiverbots und die Rehabilitierung aller Opfer des Kalten Krieges einsetzen. Und nicht zu vergessen: gegen die rechtswidrige Verfolgung der FDJ.

Ein kompetenter Zeitzeuge, der aus bürgerlichem Hause stammende Heinrich Mann, meinte zum 50. Geburtstag Thälmanns, er



Thälmann-Denkmal in Berlin

gehöre zu den Helden, zu denen die proletarische Jugend aufblicken könne. Wörtlich: „Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark, viel stärker als seine Peiniger ... Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit starken Fäusten und einem gesunden Verstand. Der Feind, der ihn gefangen hält, stellt von allem das Gegenteil dar.“

Jährlich wird in Deutschland der mutigen Männer des 20. Juli 1944 gedacht, die ein Attentat auf Hitler wagten. Das war auch in der DDR so. Wer aber heute Stauffenbergs gedenkt, darf Thälmann nicht aus seiner Erinnerung streichen und den kommunistischen Widerstand gegen das Naziregime herabwürdigen.

Thälmann war ein glühender Anhänger der Sowjetunion. Wem auch sonst sollte ein deutscher Kommunist seine Solidarität geben, wenn nicht jenem Land, das die Oktoberrevolution wagte und einen ausbeutungsfreien Staat aufbaute?

Es gibt ihn nun nicht mehr, den Sowjetstaat. Auch wenn in Rußland inzwischen kapitalistische Verhältnisse herrschen, bleibt doch wahr: Ohne Rußland wird es in der Welt und in Europa keinen Frieden geben.

Das wußte schon der Eiserne Kanzler Bismarck – nur seine konservativen Nachkommen – die NATO-treuen Regierungen – ignorieren dies. Sie erklären Rußland – wie das in dem taurischen Dokument „NATO 2030“ nachzulesen ist – zum „Feind“.

Rußland unser Feind? Das ist kalter Krieg kurz vor einem heißen! Ich empfinde es als Schande, daß die Bundesregierung in Vasallentreue zu den USA dieser Politik folgt. Als knapp Achtjähriger habe ich noch Plakate gesehen, auf denen die Russen als „Untermenschen“ dargestellt wurden. Ich fühle mich heute manchmal daran erinnert. Die offizielle russophobe Hetze in diesem Lande ist unerträglich. An allem Bösen sind wieder einmal die Russen schuld. Weil diese antirussische Ideologie das Denken der Regierenden bestimmt, lassen sie in der herrschenden Pandemie lieber Millionen Deutsche ohne Impfschutz statt Sputnik V anzuwenden, mit dem inzwischen in mehr als 50 Ländern erfolgreich geimpft wird.

DDR-Bürger kennen aus Erfahrung die Qualität sowjetischen Impfstoffs. Auch mit seiner Hilfe wurden in der DDR solche Krankheiten wie Pocken, Kinderlähmung, Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Tuberkulose und Masern so gut wie besiegt. Heute sind sie zum Teil wieder da.

80 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wird Rußland zum Feind erklärt, sanktioniert Deutschland wieder Rußland. Das ist mehr als geschichtsvergessen, haben doch 27 Millionen Sowjetmenschen ihr Leben auch

für Deutschlands Freiheit vom Faschismus gegeben. Es berührt mich äußerst negativ, daß dies dem Deutschen Bundestag keine Gedenkstunde wert ist.

Vor fünf Jahren erhielt ich von einem Studienfreund aus Moskau eine E-Mail, die immer wieder starke Emotionen in mir auslöst. „Wir haben den Großen Vaterländischen Krieg gewonnen“, schrieb er, „und letztlich doch verloren. An unseren Grenzen steht die NATO. Fremde Truppen in der Nähe unserer Heimat Erde, das sollte es nach den furchtbaren Erfahrungen des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 nie wieder geben. Dafür starben Millionen meiner Landsleute. Fünfundsiebzig Jahre danach wird Rußland von Deutschland wieder bestraft, nicht mit einem Überfall, aber mit einem Wirtschaftskrieg und mit übler Hetze gegen mein Heimatland.“ Soweit die Gedanken meines russischen Jugendfreundes.

Die Russen haben aus ihrer Geschichte heraus ein gutes Gefühl dafür, wer ihrem Land Gutes will und wer es demütigt. Man mag manches am heutigen Rußland zu kritisieren haben, nichts, aber auch garnichts kann rechtfertigen, daß auch deutsche Truppen an Rußlands Grenzen stehen – egal unter welchem Vorwand. Nicht Rußland hat die Nachkriegsgrenzen in Europa verändert wie der deutsche Außenminister unwissend zu wissen glaubt, sondern die NATO unter Führung der USA.

Die europäischen Nachkriegsgrenzen wurden im Februar 1945 von den drei Großen der Antihitler-Koalition in Jalta auf der schon damals russischen Krim festgelegt und verliefen quer durch Deutschland und Europa. Die NATO hat sie von der Elbe und Werra an die russische Grenze verlegt. Das kann und wird Rußland niemals akzeptieren können. Hohe ehemalige französische Offiziere üben in einem bemerkenswerten offenen Brief scharfe Kritik an dem Plan „NATO 2030“. Sie verurteilen die Unterordnung Europas unter die USA und heben hervor, daß dieser Plan zwar „friedlich präsentiert“, aber mit „böswilliger Absicht“ ausgearbeitet wurde. Was erfahren wir in diesen in Tagen aus deutschen Medien? Rußland verschärfe die Lage, weil es an seiner Grenze Truppenbewegungen gebe.

Was aber ist in Deutschland nicht oder nur oberflächlich zu hören, zu sehen oder zu lesen? Daß die Ukraine das Minsker Abkommen verletzt. Seit Wochen ihre Truppen an der Grenze zu Rußland zusammenziehen. Daß seit Beginn dieses Jahres die nationalistischen Kreise in der Ukraine ermutigt und geradezu angestachelt werden, ihre aggressiven Ziele gegenüber dem Donbass und Rußland auf der Krim mit Waffengewalt zu verfolgen. Der Beschuss des Donbass wurde ebenso verstärkt, wie der Zufluß von immer mehr Waffen und „Ausbildern“ aus den USA und weiteren Ländern in die Ukraine. Sie rufen nach dem Eingreifen der NATO. Besonders der neue US-Präsident zündelt und heizt den Konflikt an.

Welch ein Zynismus! Die USA stationieren fern ihrer Heimat neue Soldaten, führen das

Manöver „Defender Europa 21“ mit über 31 000 Soldaten in Rußlands Nähe an und beklagen sich, dass Rußland reagiert. Thälmann zu ehren, das heißt für mich auch, seine Lebensart zu pflegen, sich gegen Lüge und Verleumdung zu wehren, bei Schwierigkeiten nicht klein beizugeben, seine Überzeugung zu verteidigen. Es ist schwer, sich in dieser durcheinandergeratene Welt und im Chaos Deutschlands zu Recht zu finden. Aber: Es gibt einen Kompaß. Die uralte Frage der Menschheit ist heute aktueller denn je: Wem dient etwas? Wem nützt es? Benutzen wir diesen Kompaß bei jeder unserer politischen Entscheidungen.

Ehren wir Thälmann, indem wir uns treu bleiben.

Warum ich ein Befreiter war

Obwohl ich erst zehn Jahre nach dem verheerenden 2. Weltkrieg geboren wurde und in der DDR aufwuchs, fühlte ich mich befreit – befreit von den Nazis und ihren willigen Helfern. Dafür bin ich bis heute jenen dankbar, welche die Hauptlast des Kampfes trugen und die meisten Opfer zu beklagen hatten. Mehr als 27 Millionen Sowjetbürger kamen ums Leben. Auch Polen, Franzosen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Jugoslawen und andere Angehörige europäischer Völker, die an der Seite der Sowjetarmee kämpften, waren unter den Opfern. Unvergessen sind die sechs Millionen ermordeten jüdischen Menschen – eine unfassbare Zahl.

Dankbar bin ich aber auch den Westalliierten, die bereits 1943 in Nordafrika und schließlich in Italien und dann ab Juni 1944 mit der zweiten Front in Frankreich ihren Anteil an der Niederschlagung der faschistischen Bestie in Europa hatten, gemeinsam mit Partisanen in vielen Ländern, von Belorußland über Bulgarien bis Frankreich und vielen tausenden Kämpfern im Widerstand, von Norwegen bis Belgien.

Die Niederschlagung des Faschismus in Deutschland war die Voraussetzung dafür, daß ich in Frieden und unbeschwert aufwachsen und meinen Weg selbst gestalten konnte. Weder Herkunft noch Geld waren bestimmend, die Schule und die Lehrmittel kostenfrei, Schulbusse unentgeltlich, Schulspeisung und Milch gab es eher zu einem symbolischen Preis. Ich konnte eine Universität besuchen, und zwar ohne finanzielle Sorgen. Schließlich bekam man ein Stipendium. Zurückzahlen mußte man es durch die Verpflichtung, nach Studienabschluß drei Jahre dorthin zu gehen, wo mein Land mich brauchte. Meine Großmutter – sie war Dienstmädchen im Haushalt eines Gymnasiallehrers in Berlin – konnte nicht einmal bis zur 8. Klasse zur Schule gehen, das hätte sich ihre Mutter nicht leisten können.

Eine Schulabschlussfahrt nach Paris oder Rom war natürlich nicht möglich, wir waren in Prag. Und natürlich konnte ich mich

im Urlaub nicht an den Strand der schwedischen Ostseeküste legen. Selbst an das Schwarze Meer nach Bulgarien zu kommen, war nicht unkompliziert. Und doch fühlte ich mich frei, ich konnte mein Leben gestalten, eine Familie gründen und Nachwuchs in die Welt setzen, denn ich hatte eine soziale Sicherheit, die man heute so sehr vermisst. Auch hatte ich das Gefühl, mittun zu können, mich einbringen zu können, für mein und das Fortkommen meines Landes. Diese Freiheiten waren mir wichtiger als die Beschränkungen, die es gab – deswegen bin ich ein Befreiter – gewesen.

Warum gewesen? 1990 wurde ich Teil eines Landes, indem die Westalliierten nach 1945 durch ihr Nichthandeln dazu beigetragen haben, daß der Faschismus nicht so ganz besiegt wurde. Profaschistische Parteien tummelten sich in den 50er Jahren im Bundestag und in Landtagen, wie die Sozialistische Reichspartei, die sich in unmittelbarer geistiger Nachfolge der NSDAP wählte und z. B. bei den Landtagswahlen 1951 in Niedersachsen mehr als 11 Prozent verbuchen konnte. Auch in Bremen erhielten sie fast acht Prozent der Stimmen. Ihre Kernforderungen waren u.a.:

- „Treue zum Reich“
- „Schutz und Ehre des deutschen Soldaten“
- „Anspruch auf die Gesamtheit des Reichsraumes“, sowie – was für eine Ungeheuerlichkeit! – die
- „Notwendigkeit“ einer „Lösung der Judenfrage“.

Allerdings mit anderen Mitteln als zur Zeit der Naziherrschaft. Kritisiert wurde nicht die Notwendigkeit einer „Lösung der Judenfrage“, sondern nur die Methoden. 1952 ist diese Partei, deren Treiben selbst für die Bundesrepublik zu starker Tobak war, verboten worden. Seit dieser Zeit war in der BRD keine einzige rechte Partei jemals wieder davon betroffen.

Als Nachfolgepartei und Sammelbecken von Funktionären aus der Sozialistischen

Reichspartei galt die Deutsche Reichspartei (bestand zwischen 1950 und 1965), in die viele nach dem Verbot wechselten.

Solche Parteien und mehr oder weniger faschistoide Gruppen gab es in Westdeutschland zeit ihrer Existenz. Denken wir an die NPD. Erfolge erzielte besonders die 1983 gegründete Partei der Republikaner (REP), die 1989 überraschend den Sprung in das Berliner Abgeordnetenhaus (7,5 %) und das Europaparlament (7,1 %) schaffte. 1992 erreichte die „Rechtsabspaltung“ der CSU – zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete der CSU gehörten zu den Mitbegründern – bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 10,9 %, 1996 9,1 % der Stimmen. Diese Welle zog sich in Gestalt der 1971 zunächst als Verein ins Leben gerufenen Deutschen Volks-Union (DVU) bis in die 90er Jahre hinein. Die DVU, 1987 zur Partei umgeformt, verstand sich als Sammelbecken für die zerfallende extreme Rechte. Sie feierte ihre größten Wahlerfolge vor allem in Norddeutschland (unter anderem 1991 in Bremen 6,2 %, 1992 in Schleswig-Holstein 6,3 %).

Gegenwärtig sind wir überall im Land, ob im Osten und im Westen, mit dem unheilvollen Treiben der neuen Faschisten konfrontiert. AfD-Höcke ist da nur einer der bekannteren. Auch wenn nach den jüngsten Landtagswahlen die AfD etwas verloren hat, stehen andere braune Gruppierungen für alle Fälle bereit, in die Lücke zu springen. Die Spanne reicht vom III. Weg über die Identitären bis zu sich in den Dörfern ansiedelnden „nordischen Stammesgemeinschaften“. Und wenn das noch nicht reicht, bieten die Sicherheitskräfte der BRD, egal ob Polizei oder Bundeswehr, immer bewaffneten „Nachschub“.

Aus all diesen Gründen sage ich: Ich war ein Befreiter vom Faschismus bis 1990 und habe nun mehr denn je Anlaß, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu feiern, schon aus erinnerungshygienischen Gründen und um aufzurufen, die Befreiung von den Nazis endlich zu vollenden, in der BRD!

Uli Jeschke

Die Corona-Pandemie im Dienste des Kapitals

(Teil 2 und Schluß)

Auch wenn die Pandemie im Augenblick die weitere betriebswirtschaftliche Durchforstung (Fallpauschalen) der Krankenhäuser nicht sehr beflügelt, braucht man sie als Faktum und als Argument, um dem kapitalistischen Konzentrationsprozeß und der weiteren Privatisierung einen neuen Schub zu geben.

Mit frisierten Studien wird der Nachweis über das angebliche Versagen der kleinen kommunalen Krankenhäuser in der Pandemie und der überragenden Kompetenz der Krankenhauskonzerne bei ihrer Bekämpfung geführt. 2020 wurden trotz des Corona-Notstands 21 kleine kommunale Krankenhäuser geschlossen. In diesem Jahr sollen 30 Schließungen folgen. Die Krankenhauskonzerne und Krankenkassen haben mit dem Segen der BRD-Regierung die Corona-Pandemie als wirksamsten Helfer auserkoren, um die Kommerzialisierung, den Konzentrationsprozeß und die Privatisierung im Gesundheitswesen weiter voranzutreiben.

Aus medizinischer und ethisch-moralischer Sicht stehen die deutschen Pharmakonzerne in der Pflicht, mit pharmazeutischen Mitteln die Gesundheit, das Leben der Bevölkerung kurz- und langfristig zu sichern. Das würde bedeuten, bei drohenden biologischen Gefahren alle konzerneigenen Potenziale für diese humanitäre Aufgabe zu mobilisieren und verantwortungsbewußt einzusetzen.

Der Profitmechanismus des großen Pharmakapitals diktiert aber eine andere Sicht- und Handlungsweise. Die Verwertungsformel des Kapitals bestimmt, ob der Kampf gegen Menschheitsbedrohungen durch Bakterien, Viren, Mikroben jeglicher Art gebremst, gänzlich aufgegeben, gefördert oder brachial vorangetrieben wird. Das heißt, die Intensität des Einsatzes von Potenzial (Forschung, Investitionen, Management) gegen die Bedrohungen wird primär von den hohen kurzzeitigen Renditeerwartungen der Aktionäre verbindlich festgelegt.

Nach dieser Verwertungsformel wurde gehandelt, als vor über 20 Jahren die SARS-Virusforschung eingestellt wurde, man die risikoreiche und kapitalintensive Virusforschung selbst bei erkennbar drohender mikrobiologischer Gefahr Ende 2019 relativ kleinen Forschungseinrichtungen überließ. Die Renditeerwartungen der deutschen Pharmakonzerne waren angeblich unvereinbar mit den wissenschaftlichen und ökonomischen Risiken in der SARS-Virusforschung. Nachdem die Pandemie den Erdball geflutet hatte, der Engpaß Bereitstellung von Impfstoff immer bedrohlicher zutage trat, stieg auch Bayer Leverkusen nach starkem Druck durch die Öffentlichkeit in die Impfstoffproduktion ein. Da war man sich sicher, eine durchschnittliche Profitrate erzielen zu können. Das zögerliche und späte Einsteigen in die Impfstoffproduktion gründet sich auf eine schon tief verwurzelte Konzernphilosophie: Auch in gesellschaftlichen Notsituationen

wie der Impfsituation in der Bevölkerung bei sparsamem Einsatz von Eigenkapital größtmögliche staatliche Finanzhilfen verlangen! Die deutschen Pharmakonzerne als Aushängeschilder des großen Kapitals haben im Kampf gegen die Corona-Pandemie versagt. Die Corona-Pandemie hat die bisher schon existierenden ökonomischen, finanziellen und sozialen Trennlinien zwischen dem kleinen und mittleren Kapital auf der einen und dem großen Kapital auf der anderen Seite noch weitaus schärfer hervortreten lassen. Die Interessenlage beim kleinen/mittleren und großen Kapital war noch nie so widersprüchlich wie in Zeiten der Pandemie.

Die auf digitalen Handel spezialisierten Konzerne und Großunternehmen haben die ideale Technologie, mit der sie Millionen Käufer vom Nichtlebensmittelhandel wegziehen, dessen Perspektiven tiefschwarz einfärben, im Einzelhandel eine Insolvenz-Landschaft produzieren. Der durch die Pandemie in riesige Umsatz- und Gewinnhöhen „geschosene“ Online-Handel verändert nicht nur die klassische Verkaufskultur im Einzelhandel. In den Innenstädten werden anstelle von Einzelhandelsgeschäften mit anspruchsvollem Warensortiment Discounter und Bistros zu finden sein.

Während das große Kapital mit Unterstützung staatlicher Finanzhilfen die Pandemie faktisch als Stimulus und Dienstleister für die Profitproduktion nutzen kann, zerstört sie Zehntausende von Solounternehmen, kleine und mittlere Firmen, stößt Hunderttausende lohnabhängig Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit. Die Pandemie als Treiber für die Profitmaschinerie des großen Kapitals ist zugleich Existenzvernichter, Enteigner von großen Teilen des Mittelstands, Armutsproduzent für die hier Beschäftigten.

Der industrielle Mittelstand, bisher als Rückgrat der deutschen Wirtschaft gepriesen, wird in der Pandemie durch massenhafte Insolvenzen radikal ausgedünnt, deformiert, erhält durch die Pandemie eine andere soziale und ökonomische Struktur.

Die mit der Pandemie entstandenen Verluste und Notlagen sollten für die Linke, für alle kämpferischen Gewerkschaftsorganisationen, für all jene Kräfte, die selbstlos in den Kampf gegen die Pandemie eingegriffen haben, Anlaß sein, politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Selbst wenn 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung durch erfolgreiches Impfen einen Virenschutz haben, ist damit das große Problem der Menschheitsbedrohung durch Bakterien, Viren und Mikroorganismen jeglicher Art nicht gelöst. Es ist davon auszugehen, daß in Zukunft die biologischen Bedrohungen aus der Natur immer gefährlicher und in kürzeren Abständen auftreten werden.

Ein Kardinalfehler wäre es, würde man – wie bisher Praxis in der BRD – alle dafür notwendigen Schritte der Prävention und Abwehr privaten Interessen und dem privaten Kapital und damit der Verwertungslogik überlassen.

Zur politischen Konsequenz sollte gehören, den Aufbau eines staatlichen Forschungszentrums für Impfstoffe und Medikamente zu fordern, das nicht der betriebswirtschaftlichen Kosten-Gewinnmatrix unterworfen ist. Es sollte von der finanziellen Absicherung und von der wissenschaftlichen Kompetenz her die Nummer 1 der systemrelevanten Einrichtungen und Unternehmen sein.

In akuten Gefahrensituationen muß es vom Gesetz her möglich sein, Eigentumsrechte (Patente, Lizenzen, Immobilie) außer Kraft zu setzen.

Zur Gefahrenabwehr sollte gehören, völlig legal Verstaatlichungen durchzuführen, durch staatlichen Zwang das private Kapital zu veranlassen, die eigene Produktion einzustellen und dem Gemeinwohl dienende Kapazitäten auf- und auszubauen, die kapitalorientierte Preiskalkulation für Arzneimittel aufzugeben und sich dem staatlichen Preisdiktat zu fügen. Viel bedeutsamer als eine Begrenzung der Länderkompetenzen in Gesundheitsfragen ist die juristisch abgesicherte Vollmacht des Staates, in Eigentumsrechte vor allem des großen Kapitals einzugreifen.

Obwohl diese Schritte des Staates bestimmt von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen würden, wäre für ihre praktische Umsetzung ein großer politischer Kampf aller linken Kräfte unverzichtbar. Der bestimmende, prägende Einfluß der DAX-Konzerne und Großunternehmen auf den BRD-Staat wäre damit noch nicht aufgehoben.

Es könnte aber ein Zeichen gesetzt werden, hätte Signalwirkung, wenn es durch öffentlichen Druck gelänge, sich aus dem Diktat des großen Kapitals zeitweilig und punktuell zu befreien.

Prof. Dr. Achim Dippe

„GOELRO“-Plan contra Wahlvirusmaskerade

Es geht ein Virus um in der Welt.
Das vernebelt Gedanken und Sinne,
Verspricht dir alles, doch es hält
Trotz des Profits nie inne.

Und es geht um, maskiert zur Wahl,
Du wählst stets seinesgleichen.
Das Resultat, ein Tränental,
Ist Paradies der Reichen.

Das Virus flieht Bewußtheit nur,
Die konsequent in Einigkeit
Vom Virus uns befreit.

Wahr demokratisch – Diktatur (!) –
Durch Planwirtschaft genesen
Kannst du bei Lenin lesen.

E. Rasmus

Abrücken vom Marxismus/Leninismus – eine Ursache der zeitweiligen historischen Niederlage des Sozialismus?

Bei der kürzlichen Lektüre Leninscher Schriften kam mir der Gedanke, daß eine Ursache des Zusammenbruchs des europäischen Sozialismus 1989, der 1917 so hoffnungsvoll mit der Oktoberrevolution im Osten Europas begann, auch darin bestanden haben könnte, daß die kommunistischen Parteien vom Leninismus – und damit auch vom Marxismus – immer mehr abgerückt sind. Das scheint absurd zu klingen, weil – und das dürfte unstrittig sein – auf das Studium der Werke Lenins in der DDR – da kann ich aus eigener Erfahrung sprechen – großer Wert gelegt wurde. Lenins Werke waren allgegenwärtig, ob im Hochschulstudium, natürlich und selbstverständlich an der Parteihochschule „Karl Marx“, aber auch an den Kreis- und Bezirksparteischulen der SED sowie im Partei- und FDJ-Studienjahr. Im Schulungswesen der im demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und den weiteren Massenorganisationen war es sicher ebenso.

Die Schriften Lenins, wie „Staat und Revolution“, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ stellen nur eine Auswahl des Studienpensums dar. Dennoch ist zu konstatieren – und das ist m. E. nicht zu leugnen –, daß die kommunistischen Parteien nach Lenins Tod in Wellen vom Leninismus abgerückt sind. Was ist unter „Abrücken vom Leninismus“ gemeint und was nicht?

Nicht gemeint ist, daß die kommunistischen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg, nach der Niederlage des deutschen Faschismus und dem Sieg der Antihitlerkoalition, der dem Sozialismus dank der UdSSR und seiner Roten Armee die Chance seiner Ausdehnung auf weitere europäische Staaten und eines Teils Deutschlands bot, Grunderkenntnisse der Klassiker ignoriert hätten. Sie gewannen rasch an staatlichen Einfluß und alsbald die komplette staatliche Macht. Dabei ließen sie sich durchaus von den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Klassiker des Marxismus leiten, wobei sie auch das nachholten, was von den bisherigen bürgerlich-demokratischen revolutionären Erhebungen versäumt worden war, wie z.B. die Boden- und Bildungsreform (die Forderung „Junkerland in Bauernhand“ und die Enteignung der Fürsten fand schon Anfang der 20er Jahre in Deutschland große gesellschaftliche Resonanz). Die Enteignung der Junker sowie der Nazi- und Kriegsverbrecher schufen die Voraussetzungen und Grundlagen einer späteren sozialistischen Wirtschaft. Die Produktionsmittel wurden in der Industrie und teilweise in der Landwirtschaft in staatlichen Besitz genommen, die Bediensteten des alten Staatsapparates wurden meist durch Kommunisten und Sozialdemokraten sowie Arbeiter und Bauern ersetzt. Die

Diktatur des Proletariats etablierte sich mehr und mehr, und zerschlagen wurde der alte Staatsapparat. Daß das alles unter Anleitung und im Einvernehmen mit der sowjetischen Besatzmacht (SMAD) geschah, ist ebenso klar, wie das Torpedieren derartiger Entwicklungen in den westlichen Besatzungszonen durch die amerikanischen, britischen und französischen Besatzer.



In den ersten Jahren nach 1945 wurden nach den Erkenntnissen der Klassiker und den Erfahrungen der Sowjetunion trotz des bereits begonnenen Kalten Krieges und beträchtlicher Widerstände im Innern Ostdeutschlands letztlich erfolgreich die Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Diese Entwicklung setzte sich – und das muß betont werden – im nationalen und internationalen Klassenkampf durch. Die sozialistischen Staaten bildeten eine Gemeinschaft, die ihren Ausdruck unter anderem im RGW und im Warschauer Vertrag fand. Die sozialistischen Staaten stellten einen Machtfaktor im Weltgeschehen dar, insbesondere dank ihrer militärischen Stärke.

Zu diesem sozialistischen Lager gehörten auch asiatische Staaten wie die Mongolei und die VR China, wobei der Bruch Chinas mit der UdSSR unzweifelhaft eine Schwächung des Sozialismus im Weltmaßstab bedeutete. Ohne es im einzelnen zu belegen, besteht der Eindruck, daß nach Lenins Tod in der Sowjetunion, in der KPdSU, von bis dahin geltende Prinzipien staatlichen Handelns abgerückt wurde.

Wenn man insbesondere die oben benannten Leninwerke im Auge hat, fällt auf, daß Lenin und die Bolschewiki von 1903 an die Schritte hin zur proletarischen Revolution auf Grund permanenter wissenschaftlich exakter Analyse der Klassenkampfsituation, des allmählich erodierenden feudalistisch geprägten Zarisismus, der Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Revolution gegangen sind. Die Bolschewiki hatte das Glück, in Lenin einen Führer zu haben, der nicht nur Revolutionär war, sondern auch Wissenschaftler des Marxismus. Er bekämpfte die „Theoretiker“ der II. Internationale, insbesondere deren größte Autorität, Karl Kautsky, einem ehemaligen Marxisten, mit wissenschaftlicher Exaktheit und wies nach, daß sowohl er als auch die anderen Theoretiker der II. Internationale vom

Marxismus abgerückt waren, ihn vulgarisierten und revisionistisch sowie opportunistisch verfälschten.

Marx, Engels, Lenin waren Revolutionäre und Wissenschaftler zugleich. Ihr revolutionäres Handeln, ihre revolutionären Ratschläge, geforderte Maßnahmen, die Organisation sozialer Bewegungen usw. beruhten stets auf wissenschaftlicher Analyse. Ihre Gegner, von denen es nicht wenige gab und immer noch zuhauf gibt, haben stets die Redlichkeit der Wissenschaft verlassen. Die Gegner haben gefälscht, gelogen, weggelassen, verdreht, verunglimpft. Lenins Auseinandersetzungen mit Kautsky u. a. „Theoretikern“ der II. Internationale sind dafür überzeugender Beweis. Neben der strengen Wissenschaftlichkeit war es auch die Offenheit, die Transparenz, die das Wirken und Schaffen der Klassiker auszeichnete.

Lenin hat niemals „Geheimdiplomatie“ betrieben, weder international noch national. Dieses Prinzip war seinerzeit auch die revolutionäre Sozialdemokratie verpflichtet. Marx', Engels' und Lenins konsequente und prinzipielle Offenheit und permanente Transparenz verschafften ihnen höchstes Vertrauen in der Arbeiterschaft und anderen werktätigen Klassen und Schichten und nötigten dem Gegner durchaus Respekt ab.

Marx, Engels und Lenin agierten stets mit „offenen Visier“. Sie stellten sich jederzeit dem „öffentlichen Urteil“, der öffentlichen Kritik. Sie verlangten wissenschaftliche Auseinandersetzung. Deshalb verachtete sie Opportunismus und Schönfärberei zutiefst und ließen beides nicht einmal aus taktischen Gründen gelten. Es ist bekannt, wie schwer sich Engels mit dem Vorwort zur Herausgabe des „Bürgerkrieges in Frankreich“ tat, welches er auf inständigen Wunsch der SPD-Führung schrieb, die glaubte, daß die Marxsche Schrift ohne relativierende Erklärungen ein neues „Sozialistengesetz“ heraufbeschwören könnte. Rosa Luxemburg sah sich in diesem Zusammenhang auf dem Gründungsparteitag der KPD verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Engels mit diesem Vorwort Raum für opportunistische Deutungen geschaffen hatte. Das heißt aber nicht, daß Sozialisten und Kommunisten Kompromisse verboten wären. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse und zu schaffender öffentlicher Akzeptanz kann verhindert werden, daß ein Kompromiß nicht zu Opportunismus oder Schönfärberei entartet.

Jedem Linken kann nur immer wieder ans Herz gelegt werden, niemals zu glauben, daß ein Studium der Klassiker in vergangenen Zeiten ausreichend wäre, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Nur ein lebenslanges Klassikerstudium wird die Kräfte freisetzen, die linke Bewegung benötigt, um dem Ziel, der klassenlosen Gesellschaft näherzukommen.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Die Nationale Volksarmee der DDR

Gedanken zum 65. Jahrestag der Gründung der NVA (Teil 2 und Schluß)

Nun lag der Fokus, neben der Indienstellung und Beherrschung von neuer Technik vor allem darauf, entsprechend Personal in allen Dienststranggruppen zu rekrutieren und heranzubilden. Bis zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht im Januar 1962 war die NVA eine Freiwilligenarmee. Natürlich bildeten die KVP-Angehörigen bereits einen Grundstock an Personal. Dennoch benötigte man in allen Bereichen neue Leute und technische und militärische Spezialisten mußten herangebildet werden. Die FDJ, die sozialistische Jugendorganisation in der DDR, rief ihre Mitglieder auf, sich freiwillig zur NVA zu melden. Da, wo reine Freiwilligkeit nicht half, wurde auch mehr oder weniger sanfter moralischer und argumentativer Druck ausgeübt. Trotzdem kamen bis 1962 vor allem jene zur Armee, die mehr oder weniger wußten, worauf sie sich einließen und das auch wollten. Das änderte sich mit der Einführung der Wehrpflicht. Nun hatte jeder taugliche männliche Jugendliche mindestens 18 Monate seinen Wehrdienst bei der NVA, bei den Grenztruppen oder Bereitschaftspolizeieinheiten, was als Wehersatzdienst galt, abzuleisten. Die Grenztruppen, die aus der Deutschen Grenzpolizei hervorgegangen waren, galten jedoch nicht als Bestandteil der NVA, auch wenn sie organisatorisch dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt waren und deren Angehörige eine fast gleiche Uniformen trugen.

Grundlage für die spätere Einberufung war die „Musterung“ genannte Tauglichkeitsuntersuchung, die ab dem 16./17. Lebensjahr bei allen männlichen Jugendlichen durchgeführt wurde. Es gab eine große Gruppe, die aus religiösen oder anderen Gründen grundsätzlich nicht bereit war, eine Waffe in die Hand zu nehmen oder für die DDR einzustehen. Natürlich gab es auch jene, denen es einfach zu un bequem und zu stressig war, Soldat zu werden. Das Gesetz besagte, daß man zum Grundwehrdienst bis zu seinem 27. Lebensjahr und danach höchstens für ein halbes Jahr zu einem Reservistenlehrgang einberufen werden konnte. Die Einberufung für gediente Reservisten im Soldaten- und Unteroffiziersrang zu Reserveübungen war bis zum 55., für Reserveoffiziere bis zum 60. Lebensjahr möglich.

Ab 1964 wurden für jene, die den Dienst an der Waffe aus „Gewissensgründen“ ablehnten, Baueinheiten der NVA geschaffen, in denen die sogenannten Spatensoldaten (so genannt, weil sie einen kleinen Spaten auf den Schulterklappen trugen) dienten. Bei ihnen fiel die Ausbildung an Waffen oder Waffensystemen weg. Sie wurden zu Bauvorhaben innerhalb der Armee herangezogen.

Der normale Wehrdienst dauerte 18 Monate. Als Soldat auf Zeit konnte man sich in der Regel für drei, bei der Volksmarine auch für vier Jahre verpflichten. Berufsunteroffiziere dienten zehn Jahre und Berufsoffiziere

verpflichteten sich am Beginn für mindestens 15 Jahre und ab Mitte der 60er Jahre dann für 25 Jahre, ebenso wie die späteren Fähnriche.

Die Gründe sich für einen längeren Wehrdienst zu entscheiden waren vielfältig. Die NVA benötigte ständig „Nachschub“ an Militärspezialisten, die eine längere Ausbildungszeit benötigten. Nicht zuletzt gab es Anreize für einen solchen Schritt: Studenten, die sich vor dem Studium für einen längeren Wehrdienst entschieden, erhielten ein höheres Stipendium. Besonders hoch war der Anteil an Zeitsoldaten bei der Volksmarine und bei den Luftstreitkräften. Das hatte damit zu tun, daß bei der Marine alle „fahrenden“ Matrosen mindestens drei und Maate mindestens vier Jahre dienten. Bei den Luftstreitkräften war der Bedarf an Flugzeugtechnikern sehr hoch, rechnete man doch auf eine Flugstunde 60 bis 80 Mechanikerstunden. Bei den Landstreitkräften waren es technische Spezialisten, wie Panzerfahrer oder-Kommandanten, Pioniertaucher oder eben Fallschirmjäger.

Die Heranbildung von Unteroffizieren fand in Unteroffiziersschulen oder in Einzelfällen, wie bei den Fallschirmjägern, in den Einheiten selbst statt. Offiziere besuchten in der Regel eine der vier Offiziersschulen (wobei die Offiziersschule „Rosa Luxemburg“ in Plauen und ab 1984 in Suhl, zu den Grenztruppen gehörte). Gemäß dem Prinzip, daß auch in der Armee allseitig gebildete Persönlichkeiten herangezogen werden sollten, endete die Offiziersausbildung wie ein Fachschulstudium mit einem entsprechenden Abschluß wie Ingenieur oder Ökonom. 1971 erhielten die Offiziersschulen Hochschulstatus und ab 1982 durften sie Diplome erteilen. Für die höhere Offiziersausbildung war die Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden zuständig. Politkader studierten auch an der Militärpolitischen Hochschule „Wilhelm Pieck“ in Berlin-Grünau. Seit den 50er Jahren wurden in der Sowjetunion DDR-Offiziere ausgebildet, allein schon weil die Technik fast ausschließlich von dort kam. Militärakademien gab es u. a. in Moskau, Kaliningrad, Leningrad, Kiew und Baku.

1981 wurde in Prora auf Rügen die Offiziershochschule (OHS) „Otto Winzer“ für ausländische Militärkader gegründet. Die NVA bildete in ihren Lehreinrichtungen bzw. in einigen speziellen Truppenteilen solche Kader aus. Das waren vor allem Soldaten aus Ländern, die im kolonialen Befreiungskampf standen, oder aus befreundeten Armeen sozialistischer Länder. Neu entstand 1986 die OHS für Militärflieger „Otto Lilienthal“ in Bautzen. Ab 1981 bildete man Militärärzte auch an der Militärmedizinischen Akademie in Bad Saarow aus. Bis dahin war die militärmedizinische Sektion an der Universität Greifswald allein dafür zuständig. Ab 1984 konnten

auch Frauen an einzelnen Sektionen der OHS studieren.

Am 2. Oktober 1990 um 24 Uhr hörte die Nationale Volksarmee offiziell auf zu existieren. Die Krise, welche die DDR und die anderen Länder des Warschauer Vertrages erfaßt hatte, wurde zur Krise der NVA. Das Ende war wenig würdevoll. 2000 schreibt Oberst a. D. Prof. Dr. Hanisch in dem 2017 erschienenen Sammelband „Was war die NVA?“ folgendes: „Drei Wochen später, am 3. Oktober, verweigerte die westdeutsche Seite der ostdeutschen den symbolischen Akt der Würde, die alte Fahne einzuholen, die neue zu hissen, den Einschnitt auch musikalisch durch das Abspielen der alten und dann der neuen Hymne zu markieren. Die Rede des alten Ministers anläßlich der Übergabe der NVA vergaß man zu drucken. In der Nacht wurde die Ehrenformation in die neuen Uniformen eingekleidet; es kostete Überzeugungskraft, um zu bewirken, daß alle neuen Bundeswehresoldaten die üblichen Uniformen tragen durften, also nicht nur die Kampfanzüge, in die man sie stecken wollte. Damit das keine psychologischen Verletzungen hervorrief, verkleideten sich die hohen Offiziere aus Bonn, die zum Übergabeakt Minister Stoltenberg begleiteten, auch in Kampfanzüge, in denen sich die meisten noch nie gesehen hatten, was sie recht komisch fanden, zumal einige Herren etwas voller geworden waren. Ebenso verständlich, daß die neuen Kameraden, erstmals äußerlich ununterscheidbar, das Gefühl der Komik nicht teilen konnten.“ Andere machten ähnliche Erfahrungen. Im Buch über die Kampfschwimmer der Volksmarine schrieben ehemalige Offiziere dieser Einheit: „Am 31. Dezember 1990 endete formal das Kampfschwimmerkommando, nachdem im Herbst die überwiegende Mehrheit der Berufssoldaten ihre Entlassung eingereicht hatte. Dem Antrag war per Fernschreiben stattgegeben worden. Jeder Entlassene erhielt eine Urkunde ‚Mit dem Dank und der Anerkennung für Ihren Einsatz beim Aufbau gesamtdeutscher Streitkräfte im Bundeswehrkommando Ost‘. Selten so gelacht!“

Von dem mehr als 130 000 NVA-Soldaten fanden weniger als 1,5 Prozent den Weg in die Bundeswehr. Die Mehrzahl der Berufssoldaten war gezwungen, sich neue Tätigkeiten zu suchen. Das war für viele schwer. Um das Jahr 2000 waren nur rund 18 Prozent der ehemaligen NVA-Berufssoldaten in Vollbeschäftigung. Viele schlugen sich als sogenannte Selbstständige durchs Leben. Das machte sich später bei der Rente, da die NVA-Ansprüche nur zu Teilen anerkannt wurden, äußerst nachteilig bemerkbar. Der neue Staat war der einstweilige Sieger der Geschichte und zeigte alsbald auch gegenüber den Angehörigen der Nationalen Volksarmee sein wahres Gesicht.

Uli Jeschke

„Das war die Diktatur des Proletariats“

„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“ Wer kennt sie nicht, diese Worte. Niedergeschrieben von einem, der Lagerarbeiter, Dekorationsmaler, Literat und Chansonnier war, lange bevor er mit fast 90 Prozent der Stimmen seines Bezirks in den roten Stadtrat der Pariser Kommune gewählt wurde. Als er in den ersten Junitagen des Jahres 1871 den Text aufs Papier brachte, war er bereits auf der Flucht vor jenen, die der Kommune ein blutiges Ende bereiteten. Seine Verse widmete er den Ereignissen der vergangenen 72 Tage, aber seine Worte waren auf die Zukunft gerichtet.

Als er sie schrieb, konnte er gleichwohl nicht ahnen, daß seine sechs Strophen in der Vertonung durch Pierre Degeyter, dem der Text durch Zufall im Juli 1888 – ein Jahr nach Eugene Poittier's Tod – in die Hände fiel, zum in weit über hundert Sprachen übersetzten und bekanntesten Kampflied der Arbeiterklasse werden würde. 50 Jahre, nachdem Eugene Poittier unter der großen Anteilnahme der Pariser Massen auf dem Friedhof Père-Lachaise zu Grabe getragen wurde, mühte sich im frühlinghaften Madrid der deutsche Arbeitersänger Ernst Busch mit der Herausgabe des Liederbuchs „Canciones de Guerra de la Brigadas“. Ihm war es ein persönliches Anliegen, den Kämpfern der Interbrigaden, die für die zweite spanische Republik gegen die franquistischen Horden ihr Leben aufs Spiel setzten, etwas von der großen Sache, für die auch sie standen, zu vermitteln. Die Sache, die so einfach, aber schwer zu machen ist. Von Bertolt Brecht drei Jahre zuvor im dänischen Exil geschrieben, von Hanns Eisler wenig später vertont, stellte Busch die „Resolution der Kommunarden“ in sein Liederbuch ein. Schon ein Jahr später war es in einer Auflage von 100 000 Exemplaren weit über Spanien bekannt. Die „Resolution“ beginnt in jeder Strophe so (In Erwägung ...) wie auch die Dekrete der Kommune anhoben (considérant que ...).

Die Kommune war und ist international. Sie war noch viel mehr: Das erste sozialistische Experiment, eine goldene Hypothek auf die Zukunft, lehrreiches Beispiel für alle Revolutionen, die ihr folgten, das Ende der alten und der Beginn einer neuen Zeit. Ihr Ende aber war auch das erste Kapitel all der verlorenen Schlachten, die nach ihr kamen und uns in Anlehnung an einen Song von Franz Josef Degenhardt dennoch hoffnungsvoll fragen lassen:

„Haben sie den Krieg gewonnen die Herrschaften? Oder nur eine Schlacht? Eine große zwar, eine sehr große sogar – aber die letzte Schlacht?“. Für die herrschende Klasse und ewig Gestrigen war die Kommune stets ein Objekt des Hasses, ein „Gruselkabinett proletarischer Grausamkeiten“ (Deutschlandfunk, 2006), ein Sammelsurium von „Anarchisten und Chauvinisten, mißvergünstigten Kleinbürgern und Bohemiens“ (SPIEGEL 1968),

ein „chaotisches Gemeinwesen“ mit einem Mangel „an revolutionärer Disziplin. Be-trunkene Nationalgardisten, die durch die Straßen schwankten, waren Vorboten des Untergangs“ (SPIEGEL 2021), oder wie – weniger gutbürgerlich – der FIGARO im Juni 1871 angesichts zehntausender hingedeschlachteter Kommunarden frohlockte: „Noch nie hatte Paris eine solche Gelegenheit, sich selber vom moralischen Aussatz zu heilen.“ Bourgeois und ihre kleinbürgerlichen Adepten überlieferten der Nachwelt Eindrücke von dem Ungeheuerlichen, das da auf den Pariser Straßen vorging. Eindrücke und Figuren, die bis heute in den bürgerlichen Feuilletons weiterleben. Solche wie der Literaturpreisträger Edmond de Goncourt, der unter dem Datum des 19. März 1871 in sein Tagebuch notierte, die Straßen seien voll von „idiotischen Konvulsionen eines destruktiven Haufens“, jeder Tag der Kommune bestimmt durch die „niederen kleinen Leidenschaften des französischen Pöbels“. Ja – die feinen Herren hatten wahrlich alle Gründe, um beunruhigt zu sein.

In 72 Tagen verwirklichten die Kommunarden Pläne und Vorhaben, die noch heute bürgerlichen Bildungs-, Gesundheits-, Arbeits- und Sozialpolitikern die Schamesröte ins Gesicht treiben: kostenlose berufsbildende Schulen für alle Kinder ab dem 12. Lebensjahr, Direktvermittlung von Arbeitsplätzen über Arbeitspräfecturen, Einrichtung von Arbeitsgerichten, Witwenrenten von 600 Franc jährlich (der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters lag 1871 bei 998 Franc), ein Kindergeld von 365 Franc/Jahr bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, Wahl der Werks- und Abteilungsleiter durch die Arbeiterschaft, 10-Stundentag für die ca. 500 000 Arbeiterinnen und Arbeiter (üblich waren zuvor 14 bis 16 Stunden), Mindestlohn 6 Franc/Tag, Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern, gleicher Lohn für Mann und Frau, gleiches und allgemeines Wahlrecht, erste Formen der Arbeiterselbstverwaltung, Wahl und Abwahl von Richtern, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung des stehenden Heeres, Arbeiterlohn für Beamte, Erlaß sämtlicher Mietschulden, Kündigungsschutz, Beschlagnahme leerer Wohnung für Wohnungslose, fester Brotpreis.

In der gemeinsamen Kraftanstrengung der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger war die Kommune vom ersten Tag an eine arbeitende Körperschaft. Sie nahm die Staatsmacht in die eigenen Hände. Die Produktion der Betriebe wurde umgestellt auf die Bedürfnisse der Pariser Werktätigen, das Profitsystem aus dem Alltag der Werktätigen verabschiedet. Die Politik der Kommune war revolutionäres Sinnbild, Gebot der Stunde und sie ließ auch deklassierte Kleinbürger nicht am Rande stehen.

Es war Karl Marx, der ihr historisches Prinzip verdeutlichte, als er im Mai 1871 schrieb: „die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer

gesellschaftlichen Initiative fähig war; anerkannt selbst durch die große Masse der Pariser Mittelklasse – Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute –, die reichen Kapitalisten allein ausgenommen.“

Die Kommune fiel nicht vom Himmel. Frankreich hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Weg zur Industrieration beschrritten, das Eisenbahnnetz vergrößerte sich explosionsartig, die Eisenproduktion und die Kohleförderung nahmen jeweils um 250 Prozent zu, der Außenhandel verdoppelte sich. Das Heer der Arbeiter vergrößerte sich, Hunger und Elend ebenfalls. Massendemonstrationen gehörten zur Tagesordnung. Das Schicksal des französischen Kaiserreichs war in dem Moment besiegelt, als sich in der Schlacht bei Sedan der Deutsch-Französische Krieg zugunsten des Deutschen Reichs entschied.

Ein Kaiser, 40 Generäle, fast 30 000 Offiziersränge und 83 000 Soldaten gingen in Gefangenschaft. Paris war eingeschlossen. Die Regierung unter Adolphe Thiers flüchtete aus Paris. In der Stadt aber hob die Unruhe an. Die Nationalgarde (Kennzeichen: rote Litzen an der Uniformhose) sollte Paris halten. Der Fehler Thiers war, sie mit Arbeitern und Arbeitslosen zu verstärken. Die warteten nicht lange, legten die Befehlsketten zum Thiers-Regime lahm, setzten Offiziere ab, bildeten ein Zentralkomitee und besannen sich ihrer eigenen Stärke. Der Versuch Thiers, ihnen die in Paris verbliebenen 1740 Kanonen und 400 000 Gewehre wieder wegzunehmen, scheiterte am 18. März 1871 kläglich. Dann kam die Kommune in Fahrt. In einer der ersten Proklamationen heißt es: „Keine Kasten, keine Klassen mehr! Das Frankreich des Volkes, das Frankreich aller beginnt, neu, lebendig, feurig wie seine rote Fahne.“

Nach zwei Wochen rückten die Truppen Thiers wieder an. Gedeckt durch die deutschen Belagerer, begann am 2. April 1871 der Angriff auf Paris, ohne Unterlaß nahm die Artillerie die Kommune unter Beschuß. Trotz heldenhaften und erbitterten Widerstands der Arbeiterschaft fiel Fort um Fort, Bastion um Bastion, Barrikade um Barrikade. Am 21. Mai 1871 brach das Ende an. In der folgenden „Blutwoche“ (semaine sanglante) drang die Soldateska bis in den Stadtkern vor.

An die 30 000 tote Kommunarden, etwa 40 000 Verhaftete, standrechtliche Erschießungen an jeder Straßenecke – der Blutausch der Konterrevolution brach am 28. Mai 1871 den letzten Widerstand. Die Idee lebte weiter. Friedrich Engels notierte am 20. Jahrestag der Kommune: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats.“

Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“

Als das Proletariat seine Partei hatte (Teil 2 und Schluß)

Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) und die französische Arbeiterbewegung

Soziale Errungenschaften

Bei der Befreiung 1944 und 1945 war der Einfluß des PCF enorm. Mit Pierre Villon (1901–1980) an der Spitze diktierte die Partei wesentlich das Programm des Conseil National de Resistance (Nationaler Widerstandsrat). Der Text wurde 1944 angenommen und sah neben unmittelbaren Maßnahmen bei der Befreiung des Landes solche auf lange Sicht vor wie Nationalisierungen und eine Sozialversicherung.

Maurice Thorez, der Generalsekretär des PCF, trat als Minister für den Öffentlichen Dienst ab 1945 in die Regierung ein. Auf ihn geht das erste Statut des Öffentlichen Dienstes zurück, das bis 1981 hielt. Ambroise Croizat (1901–1951) war Arbeitsminister von November 1945 bis Mai 1947. Als Metallarbeiter wurde Croizat Generalsekretär der Föderation der Metallurgie der CGTU ab 1928, dann Generalsekretär der starken Föderation der Metallarbeiter, sie allein stellte 20 % der Mitglieder in der 1936 vereinigten CGT. Abgeordneter des PCF wurde Croizat 1936, dann Präsident der Arbeitskommission und für Soziales der provisorischen konsultativen Nationalversammlung, die im Exil in Algier ab September 1943 tagte. Er ist der eigentliche Vater der französischen Sozialversicherung (Kranken- und Unfallversicherung, Rente) und der Familienunterstützung (deren Betrag stieg um 50 %). Croizat beteiligte sich auch an der Verbesserung des Arbeitsrechts mit der Gründung der Betriebsräte, der Organisation und Verallgemeinerung der Arbeitsmedizin und den Überstundenreglementierungen. Er sorgte auch für die Streichung des Abschlags von 10 % für weibliche Gehälter, richtete das Statut für Bergleute ein, das ihnen vor allem als Aktive und Rentner Gratisunterkünfte gewährt. Bei seinem plötzlichen Tod im Februar 1951 begleiten ihn, den „Minister der Werktätigen“, eine Million Menschen bis zum Friedhof Père Lachaise in Paris.

Marcel Paul (1900–1982) war Minister für Industrie von November 1945 bis Dezember 1946. Als Elektroarbeiter wurde er Generalsekretär der Föderation Beleuchtung der CGT vor dem Kriege, eine Funktion, die er 1947 nach seinem Ausschluß aus der Regierung, wieder aufnahm. Als Minister schlug er die Nationalisierung von Elektrizität und Gas vor und organisierte die Gründung der lange Zeit und teilweise bis heute staatlichen EDF-GDF, die im April 1946 beschlossen wurde. Aus dem öffentlichen Unternehmen machte er ein soziales Modell und organisierte das Statut der Elektriker und Gasarbeiter. Man kann auf seine Rechnung auch die Nationalisierung der Compagnie des mines (Bergbau) und die Institution des Houillères (Kohlenbergwerke) von Nord-Pas-de-Calais setzen.

Und deren Abwicklung

Um die Bedeutung der sozialen Errungenschaften nach der Befreiung vom faschistischen Deutschland zu verstehen, genügt es, Denis Kessler wieder zu lesen. Er war Vizepräsident des Arbeitgeberverbandes MEDEF, Generaldirektor des Versicherungskonzerns Axa und Präsident der Französischen Vereinigung der Versicherungsgesellschaften.



2007 erklärte er im Magazin „Challenger“: „Das französische soziale System ist das pure Produkt des Nationalen Widerstandsrates. (...) Es wird höchste Zeit, es zu reformieren. (...) Nach welcher Reihenfolge? Die ist einfach. Nehmen Sie alles ohne Ausnahme, was zwischen 1944 und 1952 eingerichtet wurde. Dann haben Sie alles. Heute geht es darum, von 1945 wegzukommen und das Programm des Nationalen Widerstandsrates zu zerstören.“

Diese Abwicklung der Errungenschaften der Befreiung ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts möglich geworden als Konsequenz aus der Sozialdemokratisierung der Führung des PCF und dessen Verzicht auf seine Rolle als führende Kraft der Arbeiterklasse. Sie ist aber auch die Folge der internationalen Niederlage des sozialistischen Lagers in den 90er Jahren, die den räuberischen Kapitalismus in die Offensive brachte.

In der Tat liegt die Zeit des großartigen PCF lange zurück und nur der Blick zurück erinnert heute an die grandiosen Ereignisse des Mai 1968, die großartigste Streikbewegung der Arbeiter des Jahrhunderts. Drei Wochen lang hielten zehn Millionen Streikende stand. Die herrschenden Medien versteckten die entscheidende Rolle der CGT und erst recht die der kommunistischen Partei.

Ja, es gab einen „Mai 68 der Studenten“, vor allem aber einen „Mai 68 der Arbeiter“. In ihm spielte die CGT unter Führung der Kommunisten die erste Geige, vom

Aufruf zum Generalstreik am 11. Mai bis zu den „Übereinkünften“ von Grenelle am 27. Mai, die im Wesentlichen zu einer Steigerung des Mindesteinkommens um 35 % und im Durchschnitt um 10 % bei den anderen Löhnen führten sowie zur Anerkennung der Gewerkschaftssektionen in den Betrieben. Sicher waren auf politischer Ebene die Früchte des Mai 68 nicht auf der Höhe der Erwartungen der Werktätigen, vor allem, weil der PCF schon die Finger im Räderwerk hatte, das zu seiner Unterwerfung unter die Sozialdemokratie und im vorliegenden Fall unter François Mitterrand führte.

So kristallisierte sich beim PCF eine Tendenz nach rechts heraus, die lange schwelte, schon zu Zeiten der Volksfront. Wenn sich der PCF damals auch gegen das geschäftige Getue der „Linken“ und trotzkistischen Kräfte stellte, die in der Volksfront den Anfang einer „proletarischen Revolution“ sahen, so hatte er leider bereits die Tendenz, sich nach rechts zu drehen. Er nahm nicht genügend wahr, daß die Organisation der Massen in den gewählten Basiskomitees der Volksfront erfolgen mußte und wahrte nicht genügend Abstand zu Parlamentarismus, Wählerfang und zur Gesetzestreue. Dieser Hang zu rechten Abweichungen trat nach der Befreiung hervor, als der PCF seine ersten Erfahrungen mit einer Regierungsbeteiligung machte. Maurice Thorez kritisierte das in einem berühmten Interview mit der *Times* im November 1946. Ende der 60er Jahre wurde schließlich die Volksfront mythisiert zu einer zu allen Zeiten und allen Orten bestätigten Erfahrung. Die Taktik wurde zur Strategie, das gemeinsame Programm von Sozialistischer Partei Mitterrands und PCF zum einzigen Horizont. Ab den 70er Jahren neigte der PCF zum chauvinistischen Eurokommunismus, wird mehr und mehr die Partei der „Mittelklassen“ und der Arbeiteraristokratie. Er übersieht z. B. das Entstehen eines neuen unterbezahlten Proletariats durch Immigration. Dasselbe gilt für die massive Feminisierung in ihren Reihen. Diese soziale Entwicklung ist die materielle Basis der sozialdemokratischen und antisowjetischen, aber EU-freundlichen „Mutation“, die wiederum selbst auf die soziale Zusammensetzung des PCF wirkt, allgemeiner: Auf seine Fähigkeit, mit der Arbeiterklasse zu sprechen. Von ihr zog er sich in den Jahren 1990 bis 2000 mehr und mehr zurück. Ursache der Wahlschwäche des PCF sind die Wut der Volksklassen über den Verzicht auf den Klassenkampf, über die Teilnahme an Regierungen der Bosse (1981–1984 und noch mehr 1997–2002), die immer größere Abhängigkeit von der (sozialdemokratischen) PS bei den nationalen und lokalen Abgeordneten und die Unterstützung des PCF für den Aufbau der imperialistischen EU.

Den Weg zu dem zu finden, was der PCF einmal war, eine große Volkspartei, welche die Hoffnungen derer trägt, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, braucht langen Atem. Aber dieser Weg beginnt beim Wiederherstellen der historischen Wahrheit und beim Verständnis dessen, was die Partei ursprünglich war. Die Fähigkeit, Stimme der Massen zu sein, ihr Sprecher und Organisator zu werden, verlangt eine präzise politische und revolutionäre Orientierung. Eben das zeigt die Geschichte des PCF: Die „Bolschewisierung“ war nicht nur eine organisatorische Frage, ein Zugehen auf die Arbeiterklasse. Sie war auch ein Konzept der politischen und ideologischen Ausbildung von Aktivisten und Kadern, um die Analyse

der Gesellschaft zu erlernen, der Kräfteverhältnisse, das Formulieren von Forderungen in Abhängigkeit von der gegebenen Situation. Es ging um das Ziel, die Kämpfe voranzubringen und das Niveau des Bewußtseins der Werktätigen zu heben bis hin zum revolutionären Bruch. Eins geht nicht ohne das andere, sonst verliert die „Arbeiterorganisation“ ihren ideologischen Kompaß und wird tolerant gegenüber dem bürgerlichen Einfluß, d. h. eine von den Massen abgeschnittene „Vorhut“.

Im aktuellen Kampf in und außerhalb des sozialdemokratisierten PCF geht es um die Rekonstruktion einer wirklich kommunistischen Partei, die Erbe der französischen Sektion der Kommunistischen Internationale ist.

Die Aufgabe besteht im Erlernen des Wiederaufbaus einer organisierten Kraft, um zum Vortrupp der „Gelbwesten“ zu werden, der Kämpfe der Gewerkschaftsbasis und der Mobilisierung des Volkes in den Wohnvierteln, der Bauern, Fischer, Züchter, der kleinen Händler, damit die Krise des imperialistischen Kapitalismus nicht erduldet und bezahlt werden muß.

Entnommen dem Heft „Chantiers“ Nr. 39 vom 31.12.2020. Redaktionell leicht gekürzt. Im Internet auf französisch: cercles.communistes.free.fr

Übersetzung: Alexandra Liebzig

Der Geschmack der Theorie

Ein Gespräch über das Erbe der Pariser Kommune

Prawda-Korrespondent Andrej Dultsev sprach mit dem französischen Historiker und Marxisten Jean-Numa Ducange. Der 1980 geborene Professor für Europäische Politik und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie Zeitgeschichte an der Universität Rouen ist Spezialist für die Geschichte der Französischen Revolution, des Marxismus sowie der Arbeiterbewegung Frankreichs und Deutschlands. Seine Bücher über die Bedeutung der Linken, das Leben von Maurice Thorez und Jules Guesde sowie über das theoretische Werk von Rosa Luxemburg sind weithin bekannt.

Genosse Ducange, ich möchte unser Gespräch mit der Frage beginnen, ob französische Historiker der Geschichte der Arbeiterbewegung heutzutage noch Bedeutung beimessen und diese erforschen?

Es gibt im Vergleich zu den Jahren 1960 bis 1970 nur sehr wenige Wissenschaftler, welche die Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankreich untersuchen. In den letzten 10 bis 15 Jahren ist jedoch eine gewisse Wiederbelebung zu erkennen. Insbesondere die Rolle des Gründers der Sozialistischen Partei von 1905 Jean Jaurès, der gewisser Weise eine integrative Figur und ein Symbol der linken Bewegung darstellt, wird untersucht. Zudem gibt es mehrere Gruppen, die sich mit der Geschichte der Kommunistischen Partei Frankreichs (FKP) beschäftigen. An den Universitäten versuchen wir, die Studenten für die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer unterschiedlichen Strömungen zu interessieren. Unter Kollegen gibt es nicht wenige, die sich weigern, dem politischen Kontext der Entwicklung der Arbeiterbewegung Aufmerksamkeit zu schenken, sobald sie mit Parteien und Gewerkschaften verbunden ist. Sie meinen, daß es diese Verbindung war, welche

die Arbeiterbewegung in eine „Katastrophe“ führte. Wir müssen den Trend der Entpolitisierung umkehren.

Ist dieser Trend der Entpolitisierung im Zusammenhang mit dem Drang des Westens zu sehen, die Geschichte neu zu definieren?

In Frankreich wurde in den Schulbüchern das Konzept des Antitotalitarismus übernommen, der eine große Rolle bei der Bildung junger Menschen spielt. In der Sekundarschule, im Gymnasium, an der Universität wird gelehrt, daß die UdSSR mit Nazi-Deutschland gleichzusetzen wäre. Das vielleicht beste Beispiel dafür ist ein Lehrbuch, in dem auf einer Doppelseite ein Bild von Hitlers „Mein Kampf“ und der Text der Internationale von Pierre Degeyter und Eugène Pottier gegenübergestellt wird.

Welchen Einfluß hat der an Raum gewinnende historische Revisionismus auf die Reflexion der Geschichte der Französischen Revolution?

Bis in die 70er Jahre herrschte Einigkeit über eine positive Bewertung der Französischen Revolution. Selbst einige Rechte teilten in gewisser Hinsicht diese Sicht. Am Ende des 19. Jahrhunderts argumentierte Präsident Georges Clemenceau (der bekanntlich kein Sozialist war), daß die Französische Revolution als „einzigere Block betrachtet werden sollte, der nicht zerschlagen werden kann“. Das heißt, wenn man den Sturz der Monarchie 1789 akzeptiert, sind weder die Bedeutung von Robespierre noch die Ereignisse des Jahres 1793 zu leugnen. Diese Einschätzung hat sich seit den 70er Jahren, vor allem mit dem Verfall der UdSSR, stark verändert. Ausgehend von vor allem amerikanischen Universitäten wurde ein ideologischer Angriff

gestartet, der die Behauptung, daß es die Französische Revolution war, die den Weg zum Totalitarismus ebnete, in die Welt setzte. Insbesondere die Rolle des Historikers François Furet ist hier zu nennen. Er erklärte, daß 1789 die Periode der historischen „Vertreibung“ begann, daß die Revolution der Beginn der „Zersetzung“ gewesen sei, die später zum „Stalinismus“ führte. Diese eher schwachbrüstige, absurde These wurde vorgelegt, um das progressive demokratische Erbe der Französischen Revolution negieren zu können. Seinen Höhepunkt fand diese Entwicklung zum 200. Jahrestag der Revolution 1989, welcher mit der Öffnung der Berliner Mauer zusammenfiel. Heute gibt es Versuche, dem entgegenzuwirken. So existiert beispielsweise ein Kollektiv von Historikern der Robespierre-Gesellschaft, die 1907 von dem Historiker Albert Mathiez gegründet wurde. Sie sind bestrebt, insbesondere eine vorurteilsfreie Darstellung von Robespierres Aktivitäten zu geben, da seine Persönlichkeit in der Debatte über die Revolution von zentraler Bedeutung ist. Diese Gegenoffensive ist jedoch im öffentliche Bewußtsein noch nicht angekommen. Aber der Kampf um die historische Wahrheit hört nicht auf. Die Verteidigung des progressiven Erbes dieser Revolution war auch Teil der Taktik von FKP-Generalsekretär Maurice Thorez, was heute dringender denn je ist.

In diesem Jahr jährte sich der Geburtstag Rosa Luxemburgs zum 150. Mal. Wie wichtig ist ihre Analyse der französischen Arbeiterbewegung?

Diese ist interessant, weil sie ein bedeutendes Kapitel ihrer gesamten theoretischen Arbeit darstellt. Luxemburg kam im späten 19. Jahrhundert zum ersten Mal nach Frankreich. Dieses Land war ein wichtiges

Zentrum der Arbeiterbewegung und Hüter revolutionärer Traditionen. Die Kontroverse zwischen Luxemburg und Jean Jaurès ist hier hervorzuheben. Sie unterstützte Jaurès aktiv bei der Verteidigung von Alfred Dreyfus in dessen skandalösen Prozeß, kritisierte aber scharf seine Taktik der Beteiligung der Sozialisten bei der Bildung einer breiten Koalitionsregierung. Rosa Luxemburg betonte, daß sich die französische Arbeiterklasse auf revolutionäre Traditionen berufen kann, daß sich aber die schnell wachsende sozialistische Bewegung bereits mit dem Bazillus des Reformismus infiziert hatte. Luxemburg war in der Frage der Armee mit Jaurès uneins. Aber in einem entscheidenden Moment, kurz vor dessen Tod, als es um den Kampf zur Verhinderung des Krieges ging, unterstützte sie ihn trotz aller Differenzen. Luxemburg kritisierte den anarchosyndikalistisch geprägten Allgemeinen Gewerkschaftsbund scharf, als dieser behauptete, politische Parteien seien ein negatives Phänomen für die Arbeiterklasse. Sie sah insgesamt zwei Hauptprobleme der französischen Linken: zum einen das Kokettieren mit der Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Stellung zum Parlamentarismus und zum anderen die Parteilosigkeit der Gewerkschaften. Rosa Luxemburg bestand bei der Organisation von Massentreiks durch die Gewerkschaften auf der Beteiligung der Partei.

Für die russischen und deutschen revolutionären Sozialdemokraten des frühen 20. Jahrhunderts war die politische Lage in Frankreich ein wichtiges Lehrbeispiel, weil hier die Sozialisten zuerst Teil der bürgerlichen Regierung wurden und praktische Erfahrungen dabei sammelten, wie weit man in einem Regierungsbündnis gehen kann.

2021 feiern wir den 150. Jahrestag der Pariser Kommune. Stimmen Sie der These zu, wonach diese die erste proletarische revolutionäre Bewegung war?

Basierend auf dem marxistischen Verständnis der Notwendigkeit, den bürgerlichen Staat zu stürzen, war die Pariser Kommune die erste praktische Erfahrung in diesem Sinne. Sie war der erste Versuch der Errichtung Diktatur des Proletariats. Zum ersten Mal organisierten sich Proletarier in der Kommune mit dem Ziel, die Unterdrücker zu unterdrücken. Aber es gibt eine Debatte darüber, ob die Pariser Kommune der Schatten der Französischen Revolution von 1789 oder der Vorläufer des Großen Oktobers gewesen ist. Bei allen Streitigkeiten bleibt festzuhalten: Zum ersten Mal in der Geschichte nahmen Vertreter und Menschen aus der Arbeiterklasse an der öffentlichen Verwaltung teil. Die von der Kommune ergriffenen Maßnahmen hatten in der Folge einen umfassenden Einfluß auf die sozialistische und kommunistische Bewegung. Die Enteignung der Banken, die Organisation eines bewaffneten Aufstandes, die Trennung von Kirche und Staat und die Verbesserung spezifischer Arbeitsbedingungen wurden zu einer wichtigen historischen Erfahrung für nachfolgende Generationen von Kommunisten. Ich meine, daß die Pariser Kommune nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern in einer kausalen Beziehung zu ihren Vorgängern und Nachfolgern.

Eine der Strömungen, die nach der Niederlage der Kommune entstanden, war der Guesdismus. Welchen Einfluß hatte diese Strömung auf die Entwicklung des Marxismus in Frankreich?

Jules Guesde und seine Fraktion waren die ersten, die sich von Marx' Lehren inspirieren ließen. Die Partei von Guesde, Frankreichs erste Arbeiterpartei, wurde auf dem Kongreß von Marseille gegründet, der als „Unsterblicher Kongreß“ in die Geschichte der Arbeiterbewegung einging. Jules Guesde und Paul Lafargue, Schwiegersohn von Karl Marx, gingen nach London, um sich bei der Bearbeitung des Parteiprogramms von Marx selbst unterstützen zu lassen. So entstand das erste marxistische Programm Frankreichs. Der Guesdismus kann zu Recht als erste Aneignung des Marxismus in Frankreich angesehen werden. Auch wenn dies manchmal schematisch und sogar karikierend geschah, brachte sie die Ideen des organisierten Klassenkampfes und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution nach Frankreich und in die französische Volkskultur. Im industriellen Norden des Landes sind sowohl die Kommunistische Partei Frankreichs als auch die Sozialistische Partei nach wie vor sehr stark. Diese Tradition ist dort verankert, weil die ersten Parteistrukturen bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts von Guesdisten geschaffen wurden. Die Rolle des Guesdismus hat nicht nur historische Bedeutung für die marxistische Theorie, sondern auch für die moderne französische Politik.

Wäre die Große Sozialistische Oktoberrevolution ohne die Erfahrung der Kommune möglich gewesen?

Zunächst einmal lohnt es sich zu fragen: Was hat Lenin und die Bolschewiki dazu bewogen, einen neuen Typ von Partei zu schaffen? Lenin erkannte, daß die Proletarier eine professionelle Organisation der Revolutionäre brauchen, die Struktur und Kampfkraft hat. Ich denke, daß in Rußland wegen der Fäulnis des Zarismus und der schrecklichen Situation der Bevölkerung auch ohne die Erfahrungen der Kommune die revolutionäre Bewegung in Form periodischer Aufstände formiert hätte. Die Frage ist: Wären die Bolschewiki im Oktober 1917 ohne die Erfahrung der Kommune erfolgreich gewesen? In dem Werk „Staat und Revolution“ ging Lenin auf die Frage des Machterhalts ein, wobei er die Niederlage der Pariser Kommune berücksichtigte. Die Erfahrung ihrer Niederlage spielte eine wichtige Rolle für die Bolschewiki. Lenin befürchtete vor allem, daß sich die sozialistische Revolution in Rußland nach dem Sieg des bewaffneten Aufstandes in kleine regionale sozialistische Experimente auflösen könnte, anstatt zentralisiert zu werden. In diesem Fall wäre die herrschende Klasse stark und gut genug organisiert gewesen, um die Macht wieder zu übernehmen. Der Sieg des Großen Oktobers wäre ohne die Leninsche Analyse der Pariser Kommune undenkbar gewesen.

Der redaktionell gekürzte Artikel erschien in der Prawda vom 2. April 2021.

Übersetzung: Silvio Rossi



Karikatur: Klaus Stüttmann

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die ersten Organisationsformen des Proletariats

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

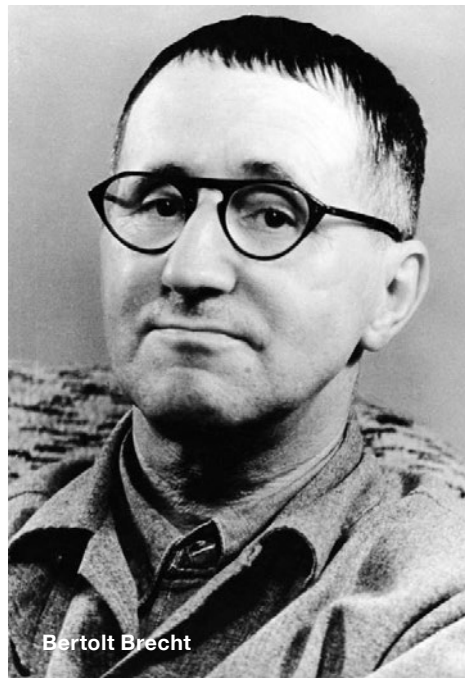
24. März 1977

Da der Mensch Stiefel im Gesicht nicht gern hat, wie Bertolt Brecht treffend formulierte, wehrten sich die Werktätigen stets gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In diesen jahrhundertelangen Kämpfen wurden natürlich auch organisatorische Erfahrungen gesammelt.

Eine der ersten von ihnen war die, daß man vereint vorgehen muß, um Erfolg zu haben. Das galt für die Sklavenerhebungen unter Spartakus ebenso wie für die zahlreichen Bauernkriege vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, von England bis China. Und das Streben nach Einheit ist bis heute die Grundvoraussetzung jeglicher weiteren organisatorischen Tätigkeit geblieben; Einheit der Aktion und Einheit der Organisation ist für die Arbeiterbewegung lebensnotwendig. Nicht umsonst heißt es im Lied „Brüder, in eins nun die Hände ...“, nicht umsonst wurde Marx' und Engels' Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zur massenwirksamsten Losung aller Zeiten.

Aber es geht nicht um eine Einheit um jeden Preis, sondern um eine auf prinzipieller Basis, die Waffe im Kampf sein kann. Und es geht nicht um Einheit schlechthin, sondern um die vielfältigen Methoden ihrer Herstellung und Festigung, um die komplizierten Probleme des wirksamen Einsatzes der erreichten politischen, ideologischen und organisatorischen Einheit im täglichen Klassenkampf, es geht um ein brauchbares Statut und viele andere Fragen. So entstand nach und nach die marxistisch-leninistische Wissenschaft von den Organisationsformen der Arbeiterbewegung. Das Arsenal organisatorischer Lehren, über das die kommunistische Weltbewegung verfügt, reicht mit seinen Wurzeln tief in die Geschichte der Klassenkämpfe vergangener Gesellschaftsordnungen. Manchmal schien den leibeigenen Bauern oder den unterdrückten Schichten der mittelalterlichen Städte eine Petition erfolgversprechend, unterstützt von Demonstrationen, manchmal – als höchste Form dieses Klassenkampfes – der bewaffnete Aufstand. In einem der berühmtesten Bauernkriege, dem von 1525 in Deutschland, entwickelte sich unter Thomas Müntzer nicht nur eine frühe Form des utopischen Kommunismus, sondern auch eine in die Zukunft weisende Organisationsform – das sog. „geheime Verbündniß“. Das war eine streng illegale Vereinigung der entschlossensten Revolutionäre, die an der Spitze der

örtlichen Verschwörungen standen oder als Emissäre die Verbindung zwischen ihnen aufrechterhielten. Kein Wunder also, daß sich im 19. Jahrhundert der Arbeiterkommunist Wilhelm Weitling und manche andere Teilnehmer der frühen Arbeiterbewegung, vor allem aber Friedrich Engels, in höchstem Maße für den deutschen Bauernkrieg interessierten.



Bertolt Brecht

Und weil der Mensch ein Mensch ist,
drum hat er Stiefel ins Gesicht nicht gern.
Er will unter sich keinen Sklaven sehn
und über sich keinen Herrn.

Es waren jedoch in erster Linie nicht historische Studien, sondern die unerbittlichen Notwendigkeiten des täglichen Kampfes, die an der Wiege der ersten Organisationsversuche des Proletariats standen. Unterstützungskassen, Formen des Streiks und der Genossenschaften gab es schon vorher. Sie entstanden spontan und galten der Erringung oder Verteidigung bestimmter

Arbeits- und Lebensbedingungen, meist nur im lokalen Rahmen, gehemmt von halbmittelalterlichen Zunftverhältnissen. Die moderne Arbeiterklasse, das Industrieproletariat, konnte auf diesen Erfahrungen aufbauen, aber sie konnte natürlich nicht bei ihnen stehenbleiben. Sie schuf sich eine Organisation, die geeignet war, den Kampf für den Sturz der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse und den Aufbau einer neuen Ordnung anzuleiten – die revolutionäre Partei.

Das war jedoch ein langer und mühevoller Entwicklungsprozeß, aus dem hier einige der wesentlichen Linien skizziert werden sollen.

Das Industrieproletariat begann sich mit der industriellen Revolution, mit der Einführung der Werkzeugmaschinen zu entwickeln, d. h. in England im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, dann in Frankreich, und in Deutschland ab etwa 1830. Und wenn auch noch jahrzehntelang die Handwerksgesellen und Heimarbeiter zahlenmäßig weit überwogen – mit den modernen Industriearbeitern der Fabriken und Schächte, der Eisenbahnen und Dampfschiffe entstand eine neue Qualität in der Geschichte. Mehr und mehr, in immer weiteren Ländern entwickelte sich jene Kraft, die imstande ist, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nach den Jahrtausenden der Klassengesellschaft zu beenden und eine neue, eine wahrhaft menschliche Ordnung zu schaffen – den Kommunismus. Daß das Proletariat diese Kraft ist, und warum dies so ist, das haben zuerst Karl Marx und Friedrich Engels vor etwa 130 Jahren erkannt.

Aber diese Erkenntnis teilten mit ihnen zunächst nur wenige. Die anderen sahen in den damals noch unorganisierten Arbeitern höchstens eine leidende, ausgebeutete, ungebildete Klasse, die es in der Politik allerhöchstens zum Massenchor für die Unterstützung bürgerlich-demokratischer Forderungen bringen könne.

Zunächst sah auch vieles danach aus. In Frankreich zum Beispiel stürzten die Werktätigen im Juli 1830 die Dynastie der Bourbonen, wobei die Arbeiter auf den Barrikaden von Paris das entscheidende Wort sprachen; aber sie wurden völlig um die Früchte des Sieges betrogen. Die Finanzaristokratie, die Bankiers errichteten ihre Herrschaft. Ohne feste Organisation und ohne klares Programm konnten die französischen Arbeiter

gar nicht daran denken, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Zwei Jahre später machten die Arbeiter in England ähnliche Erfahrungen. Ging es beim Kampf um die Reform-Bill von 1832 dort zwar bereits um den Sturz der Finanzaristokratie, die sich in Paris eben erst etabliert hatte, so zeigte sich nach der Errichtung der parlamentarischen Herrschaft der industriellen Bourgeoisie folgendes: Die Arbeiter waren die Massenbasis der von den Fabrikanten geführten „Political unions“ gewesen, sie erhielten jedoch im Ergebnis des Kampfes nicht einmal das Wahlrecht. Im Gegenteil: scharfe antigewerkschaftliche Maßnahmen wurden erlassen und 1834 ein unmenschliches Armengesetz.

Solche Erfahrungen, gewonnen in einer Zeit fühlbarer Verschärfung des Klassenantagonismus von Bourgeoisie und Proletariat, führten im Lauf der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu den ersten selbständigen Aktionen und Organisationen der Arbeiterklasse.

Das erste Fanal war der Lyoner Weberaufstand vom November 1831. Aus dem Streik um einen Minimaltarif heraus entstanden, sahen sich die vom Verhungern bedrohten Seidenweber plötzlich für einige Tage als Herren einer der damals größten Industrie- und Handelsstädte Europas. Der Triumph war nur kurz – doch die französischen Proletarier lernten aus ihrer blutigen Niederlage. Drei Jahre später, im April 1834, kämpften sie in Lyon schon nicht mehr unter schwarzen, sondern unter roten Fahnen – die seither die kämpfende Arbeiterbewegung begleitet haben –, und sie bildeten bereits ein Zentralkomitee, in dem Gewerkschaften und Sektionen der utopisch-kommunistisch beeinflussten revolutionär-demokratischen „Gesellschaft der Menschenrechte“ zusammenarbeiteten.

Es war der Zeitpunkt herangereift, dauerhafte politische Organisationen zu schaffen, in denen die Mitglieder langfristig geschult, an politische Aktionen verschiedener Art herangeführt und so auf den entscheidenden Kampf um die Macht vorbereitet wurden. In den Jahren 1837/38 entstand in England der Chartismus, den Lenin als „die erste, wirklich Massen erfassende, politisch klar ausgeprägte proletarisch-revolutionäre Bewegung“ bezeichnet hat. Äußerlich traten die Chartisten mit einigen Forderungen zur Wahlrechtsreform auf, aber dahinter stand mehr oder weniger deutlich das Bekenntnis, daß unter den damaligen Verhältnissen in England das allgemeine und gleiche Wahlrecht unweigerlich zur politischen Herrschaft der zahlenmäßig schon sehr starken Arbeiterklasse geführt hätte. Anfang der vierziger Jahre hatte der Chartismus glänzende Erfolge, aber er konnte seine politischen Forderungen nicht durchsetzen. Unklarheiten über die Taktik, das Stehlen eines wissenschaftlich begründeten Programms und Uneinigkeit in der Führung – auf der anderen Seite strenge Gesetze gegen landesweite Organisationen, ab und zu massive Unterdrückungsmaßnahmen sowie eine lange Periode der Prosperität, des kapitalistischen Aufschwungs lähmten schließlich

die Bewegung. Aber der Chartismus bestand fast 20 Jahre, und er zeigte überzeugend und weiterwirkend, daß eine gesamt-nationale Arbeiterorganisation nötig ist, mit straffen und zugleich elastischen Organisationsprinzipien, mit demokratisch gewählten Führern, mit eigenen Presseorganen, mit eigenem Programm und selbständigen politischen Aktionszielen.

Ein äußerlich ganz anderes Bild zeigt die gleichzeitige frühe Arbeiterbewegung in Frankreich, aber sie führte im Prinzip zu denselben Erkenntnissen. Schon in der 1789 begonnenen bürgerlichen Revolution hatten die Enragés, die Zornigen, unter Jacques Roux, vor allem aber die „Freunde der Gleichheit“ unter Führung von Gracchus Babeuf eingesehen, daß allgemeines Gerede von Demokratie zu gar nichts führt, sondern daß in einem Umsturz der bestehenden Verhältnisse „eine revolutionäre provisorische Gewalt“ nötig ist, die die Feinde des Volkes niederhält. Babeuf wurde 1797 von der Reaktion hingerichtet, doch einer der Überlebenden der Babeufschen Verschwörung von 1796, Filippo Buonarroti, trug ab 1828 die Lehren aus diesem Beginn in die junge Arbeiterbewegung Frankreichs – vor allem die Überzeugung von der Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, die Überzeugung, daß eine mutige, zielbewußte Vorhut nötig ist, eine gefestigte Organisation mit flexibler Strategie und Taktik, die alle Register der Konspiration beherrscht.

Nach dem mißglückten Aufstand vom April 1834 in Paris (zur selben Zeit wie in Lyon und ebenfalls unter der roten Fahne) bildeten sich immer wieder neue Geheimgesellschaften; 1834 oder 1835 die „Gesellschaft der Familien“ (die Familie war hier die kleinste Grundorganisation), nach ihrer Zerschlagung 1836 die „Gesellschaft der Jahreszeiten“, die den Aufstand vom 12. Mai 1839 organisierte. Er führte zu der Erfahrung, daß die geheime Verschwörung einiger Hundert und ihr unvorhergesehener Putsch nicht der geeignete Weg ist, den Unterdrückten den Weg zur Macht zu bahnen. Dazu ist die Bereitschaft der Massen selbst, dazu ist viel theoretische und organisatorische Kleinarbeit, ist die Überwindung jeglichen Sektierertums nötig. Und das Industrieproletariat muß sich als Klasse formiert haben – das vollzog sich in Frankreich langsamer als in England.

Zwar erschienen in jenen Jahren schon zahlreiche sozialistische und kommunistische Zeitungen und Zeitschriften in Frankreich, zwar entstand in den vierziger Jahren, beeinflusst vom revolutionären Arbeiterkommunismus, eine spontane Massenbewegung, die in die Februarrevolution von 1848 mündete – aber es erfolgte noch nicht der entscheidende Schritt zur revolutionären Partei. Großen Einfluß besaß damals der von der Bourgeoisie gehaßte und insgesamt 37 Jahre eingekerkerte Revolutionär Auguste Blanqui. Er und seine Anhänger – „Blanquisten“ genannt – befürworteten zwar die Organisation, jedoch in Gestalt einer kleinen Avantgarde, die die Massen in Bewegung bringen sollte. Von der Organisierung

des Industrieproletariats hielten sie nichts. Trotz leidenschaftlichen revolutionären Einsatzes für die Sache der Unterdrückten war den Blanquisten die Einsicht in den Zusammenhang von Reifegrad der ökonomischen Verhältnisse und politischem Kampf versagt. Sie blieben Revolutionäre der vor-marxistischen Epoche.

Viele wertvolle Lehren aus der Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung – wie man es machen und wie man es nicht machen soll – zogen einige deutsche Arbeiter, die in Paris lebten und sich 1836 in der ersten Organisation der deutschen Arbeiterbewegung zusammenschlossen, die sie „Bund der Gerechtigkeit“ nannten. Später setzte sich der Name „Bund der Gerechten“ durch. Das war jene Organisation – ihr traten übrigens auch Marx und Engels bei –, die sich elf Jahre später, 1847, in einem tiefgehenden Umwandlungsprozeß zum Bund der Kommunisten entwickelte – der ersten Parteiorganisation der kommunistischen Bewegung.

Was befähigte den Bund der Gerechten zu dieser entscheidenden Entwicklung? Zunächst, daß er bereits einige vorliegende Erfahrungen ausnutzen konnte, erst in Frankreich, ab 1840 aber auch in England. Sodann die Tatsache, daß der Bund von wandernden Handwerksgesellen getragen war, die nicht nur in Deutschland selbst, sondern vorwiegend in Frankreich, England, der Schweiz, Belgien und anderen Ländern lebten und daher seit etwa 1842 einige beschränkt-nationale Züge abstreifen konnten. Im Bund der Gerechten finden wir seit Mitte der vierziger Jahre außer deutschen Mitgliedern Engländer, Norweger, Schweden, Dänen, Polen, Ungarn und andere. Hier entwickelten sich organisatorische Grundlagen des proletarischen Internationalismus.

Entscheidend aber war, daß sich der Bund der Gerechten als eine Organisation erwies, die nach langem und mühevolem eigenem Suchen nach einem Programm gewillt und imstande war, den soeben entstehenden wissenschaftlichen Kommunismus von Marx und Engels als ihre Lehre aufzunehmen. Mit anderen Worten: Es vollzog sich hier erstmals die Vereinigung, die Verschmelzung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlicher Theorie. Aus ihr geht die revolutionäre Partei hervor, die die historische Mission der Arbeiterklasse begreift und schließlich auch in die Tat umsetzt.

Schon nach etwa einem Jahrzehnt des Kampfes und des Suchens der besten Vertreter der frühen englischen, französischen und deutschen Arbeiterbewegung war 1847 das richtige Prinzip erstmals verwirklicht: Die höchste Organisationsform der Arbeiterbewegung ist die revolutionäre Partei, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist und ihrer Tätigkeit den wissenschaftlichen Kommunismus zugrunde legt. Eine solche Partei ist zugleich der einzig prinzipielle Sammelpunkt für die Einheit der Arbeiterbewegung. Diese Vorgänge von 1847, die Herausbildung des Bundes der Kommunisten, waren unlösbar verbunden mit dem Entstehen des „Manifests der Kommunistischen Partei“, wovon im nächsten Vortrag die Rede sein soll.

Gründung der SED – richtig, notwendig und vorwärtsweisend

Zum 75. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) erklären wir:

Die Notwendigkeit zur Vereinigung war den Arbeiterparteien durch den deutschen Faschismus mit viel Blut ins Stammbuch geschrieben. Ihre Uneinigkeit war eine Ursache, die Junkern und Großkapital die Machtübertragung an die Faschisten erleichterte. Der Faschismus mordete zehntausende Sozialdemokraten und Kommunisten, überzog Europa mit Krieg, Terror und der Shoa. Über 50 Millionen Tote, darunter 27 Millionen Sowjetbürger fielen Faschismus und Krieg zum Opfer. Die Konsequenz konnte nur heißen: Einheit der Arbeiterklasse, Einheit der Arbeiterparteien auf marxistischer Grundlage. Diese Einheit wurde mit der SED geschaffen. Die Gründung war richtig, historisch notwendig und eine zentrale Voraussetzung zur Verhinderung der Restauration des Monopolkapitalismus. Beides gelang nur auf dem Boden der Sowjetischen Besatzungszone.

In den Westzonen wurde die Vereinigung der Arbeiterparteien durch die Besatzungsmächte im Zusammenspiel mit rechten Sozialdemokraten verhindert, die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederaufgebaut. Das war die Grundlage für Aufrüstung unter dem Kommando von Nazigenerälen, NATO-Integration und Verbot der Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung.

In der Sowjetischen Besatzungszone konnte mit der DDR ein Friedensstaat geschaffen werden, der Zeit seiner Existenz auch die BRD zwang, auf Militäreinsätze im Ausland zu verzichten.

Die Geschichte der SED ist wie die Geschichte der DKP, der SEW und der KPD unsere Historie. Aus ihr lernen wir, ihr sind wir verpflichtet, in diesem Sinne kämpfen wir heute für Frieden und Abrüstung, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, für den Sozialismus.

Dabei geht es uns nicht um Verklärung. Wir studieren die Erfolge und Fehler, wir diskutieren über beides mit Kolleginnen und Kollegen, mit Genossinnen und Genossen.

Den heute Verantwortlichen für Krieg, Hochrüstung, Profitmacherei und Ausbeutung haben wir keine Rechenschaft abzulegen. Ihnen gegenüber erklären wir: Die Arbeiterbewegung, die Sozialisten und Kommunisten können stolz sein auf ihre Geschichte – in Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt.

Hans Bauer, parteilos, Vorsitzender der GRH und Spitzenkandidat der DKP in Berlin zu den Bundestagswahlen

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Arnold Schölzel, Vorsitzender des „Rot-Fuchs“-Fördervereins und Mitglied im Parteivorstand der DKP

BUCHVORSTELLUNG

Horst Jäkel (Hg.): DDR – unser Erbe

Gerlind und Horst Jäkel aus Potsdam geben jährlich ein Buch heraus, in dem erlebte DDR-Geschichte festgehalten und so vor dem Vergessen bewahrt wird. Mit ihrem neuen Werk „DDR – unser Erbe“ ist im vergangenen Jahr das 14. Zeitzeugenbuch bei medienpunkt potsdam erschienen.

Menschen aus allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturell-künstlerischen Bereichen kommen zu

Wort, DDR-Bürger wie du und ich. Die Lebenserfahrungen der Autoren können unterschiedlicher nicht sein. Ihnen gemeinsam ist, daß sie in der DDR gelebt und gearbeitet haben. Sie alle sind ihre Verteidiger. Viele sind darunter, die als Botschafter des Friedens und der Solidarität unseren Staat im Ausland vertraten. Die sehr persönlichen, mitteilenswerten Erinnerungen werden durch Fotos, Grafiken und Dokumente bereichert. Einmal mehr ist

es gelungen, dem 40jährigen Kampf um Frieden und Sozialismus ein weiteres wertvolles Zeitzeugnis hinzuzufügen.

Medienpunkt Potsdam,
480 Seiten, 19 Euro, ISBN
978-3-00-066688-9



Wolfgang Bittner: Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen

Die USA maßen sich an, Einfluß auf alles zu nehmen, was in der Welt geschieht. Als höchstgerüstete Militärmacht setzen sie ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen rücksichtslos mittels völkerrechtswidriger Interventionen, Sanktionen und Kriegen durch. Westdeutschland bzw. die BRD, seit 1945 Frontstaat und Brückenkopf der USA, folgt weitgehend den Vorgaben aus Washington und macht sich mitschuldig. Politik und

Gesellschaft, Organisationen und Medien, sogar Regierung und Parlament sind durchsetzt mit korrumpierten oder ideologisch befangenen Einflußpersonen, die nicht das Wohl der breiten Bevölkerung im Blick haben. Im Hintergrund agiert eine kleine Gruppe egomantischer Multimilliardäre, die sich als Weltelite versteht. Sie wirkt auf die Politik der westlichen Welt ein und verfügt über die dafür notwendigen Mittel und Hilfskräfte. Insofern

ist es an der Zeit für eine fundamentale Umorientierung, wozu es zuvorderst umfassender Aufklärung bedarf.

Verlag zeitgeist, Hörh-Grenzhausen 2021, 320 Seiten, 19,90 Euro



Friedensgedichte

Ein neuer Band politischer Lyrik von Rudolph Bauer

Mit dem Namen Rudolph Bauer verbindet sich inzwischen eng der Begriff „politische Lyrik“. Schon mehrere Bände dieser Art hat er herausgebracht. Mit dem Titel seines neuen Bandes „Zur Unzeit gezeitigt“ nimmt er Bezug auf den in Vergessenheit geratenen Maler, Dichter und Schauspieler Otto Nebel (1892–1973), der wegen seines Antimilitarismus 1933 Deutschland verlassen mußte und in die Schweiz floh. Zugleich macht Bauer durch Zitate den Leser mit Johann Gottfried Herders Schrift „Über die Würkung der Dichtkunst auf die Sitten der Völker in alten und neuen Zeiten“ bekannt. Dessen Gedanken von 1778 wirken auch heute noch aktuell, so zum Beispiel der Satz „Aus der Mündung der Kanonen flammen keine poetischen Taten.“ In der Tradition dieser beiden Literaten entwickelt Bauer seine eigene anklagende und fordernde Lyrik. Inhaltlich bildet die Sache des Friedens den roten Faden dieses Bandes. Von den 35 Gedichten sind deutlich 25 dem Friedensthema zuzuordnen, oft gepaart mit antikapitalistischer Kritik. Er geht immer wieder neu an das Thema heran. Er zeichnet den Kampf zwischen Krieg und Frieden, zwischen militärischem und pazifistischem Denken, wobei er oft auf die Geschichte zurückgreift, von Antike und Mittelalter an bis in die jüngste Gegenwart hinein. Zum Teil nennt er Stationslinien kriegerischer Ereignisse, zum Teil beschreibt er narrativ einzelne Geschehen wie den Kapp-Putsch von 1920. Er führt damit viele Fakten „unserer“ Geschichte (Deutschland, Europa) aus der Geschichte vergessener heraus. Die Totentanz-Ode „Das Erbe“ beschreibt in expressionistischer Sprache das blutige Schlachtengeschehen mit Worten wie: „schlachtbank wunden offene grabeslöcher

/ aus den schädeln löffeln dämonen eiter / aus den pfützen schlürfen sie kot wie nektar / greise erschlagen“. Der Schluß dieser Ode führt in die Gegenwart: „neue kriege cyber war tod durch drohnen / rüstungsgüter waffenexporte schmuggel / unter panzerketten zermalmt die lehren / aus der geschichte.“

Drei Gedichte befassen sich mit den Friedensdemonstrationen gegen das große „Defender“-Manöver der USA und anderer Staaten, das im Februar 2020 begann, aber wegen der Corona-Pandemie gestoppt wurde und jetzt wieder läuft.

Mehrere Friedensgedichte sind pazifistisch orientierten Personen gewidmet, so seinem verstorbenen Freund Lothar Bührmann in dem bewegenden „Abschied“, den Dichtern Paul Celan, Hans Henny Jahnn, Otto Nebel und Harold Pinter sowie dem Germanisten und Philosophen Thomas Metscher. Eine weitere Hommage („Blutrot. Mitte der sechziger Jahre“) gilt der 68er-Bewegung. Im vorletzten Vers heißt es: „noch in der gegenwart glimmt sie / die hoffnung die glut heiß unter der asche / die uns damals erhitzte / das blutlicht der morgenröte richtung / neue zeit.“

Neben dem Friedensthema kommen andere Themen zu Wort, so die Bewegung „Fridays for Future“, die Flüchtlingsexistenz, der Kampf der „Gelbwesten“ in Frankreich, gesellschaftliche Auswirkungen im Kapitalismus (u.a. in „Feierabend“, „Leistungsgesellschaft“, „Aufstehen“, „Rassismus 2.0“, „Charaktermaske“).

Eine ganze Reihe der Gedichte bringt nicht nur z. T. sturzbachartig Aneinanderreihungen erschreckender Ereignisse („dröhnt die mörderische kriegmaschine“), sondern endet mit ermutigenden Zeilen, so z. B.: „den kolossalen widrigkeiten / zum trotz sind unbeirrbar

wir jedoch.../ wieder herzustellen die würde / des menschen.“ Ja, ein Gedicht trägt den Titel „Nachricht von der Nähe des Paradieses“, in dem es heißt: „wenn das kriegsgeschwür geheilt ist / wird die welt ein ort der menschen... / ein planet des singens tanzens / schaffens liebens und des friedens ...“.

Überhaupt beginnt der Band mit dem einladenden, lieblichen Gedicht zur Göttin des Friedens Eirene „mit den duftleuchtenden / knospen der flora / im frühling des friedens“. Mitten im Band wie eine kleine Oase in der Kriegswüste steht das kurze Liebesgedicht „Quittmund“: „laubblättriger honigapfel / härschen im Nacken // deine früchte gleich / köstlichen birnen // das quittengelee deiner lippen / geerntet im spätherbst // dein gelber mund“. Und das Buch endet mit den Zeilen: „... und das / allergrößte ziel die utopie die träume // die leuchten // für die wir ketten sprengen für die wir / grenzen überwinden und der gebirge / gletscherschluchten überklettern / zersprengend // unsere ketten // verachtend was gewesen // was / einmal war“.

Mit mehreren Bildmontagen ergänzt Bauer die Aussagen der Lyrik und regt durch sie zu weiteren Überlegungen an.

Insgesamt benennt Rudolph Bauer in dieser Lyriksammlung deutlich die großen, brennenden Probleme unserer Zeit, aber er läßt den Leser nicht in diesem Sumpf versinken, sondern regt zu Widerstand, Hoffnung und Utopie an.

Hartmut Drewes
Bremen

Rudolph Bauer: „Zur Unzeit, gezeitigt. Politische Lyrik und Bildmontagen“, tredition Hamburg, 160 Seiten, 16 Euro

Notwendige Korrekturen

Zum Artikel „Diplomaten im Blauhemd“ („RotFuchs“-Ausgabe 2/2021) sind einige Bemerkungen notwendig.

Ich habe sieben Jahre in der Abteilung Brigaden der Freundschaft (BdF) im Zentralrat der FDJ gearbeitet. Mir ist kein Beschluß bekannt, der gefordert hätte, daß unsere Brigaden helfen sollten, die Arbeiterklasse der Einsatzländer zu entwickeln. Bei der Vorbereitung unserer Brigadisten haben wir immer betont, die Verhältnisse im Einsatzland nicht mit der „DDR-Elle“ zu messen. Einige Beispiele: Lehrlinge dort hatten meist nur eine Schulbildung von vier oder fünf Klassen. In Angola gab es unmittelbar nach der Unabhängigkeit in den Werkstätten Arbeiter, die Analphabeten

waren, da die portugiesische Kolonialmacht keine Einheimischen ausgebildet hatte. In ländlichen Gegenden mußten die Schüler/Lehrlinge oft einen langen Fußmarsch zur Ausbildungsstätte machen und hatten zu Hause kein Frühstück. Ihre körperliche Kondition war entsprechend schwach.

Die Einsatzobjekte unserer Brigaden waren einige Nummern kleiner, als es der Artikel beschreibt. Wir hatten im Verlauf eines Jahres gleichzeitig etwa 100 bis 200 Brigadisten im Einsatz. Wir bauten keine Wasserversorgungssysteme oder Stromnetze, sondern versorgten die jeweilige Ausbildungsstätte, Werkstatt usw. und die Wohnobjekte der Lehrlinge/Arbeiter sowie der Brigademitglieder. Da reichte

manchmal ein dieselgetriebenes Stromaggregat, das auch das dazugehörige Dorf versorgte.

Sehr schnell stellte sich heraus, daß die Ausbildung/Berufsausbildung besonders wirkungsvoll war. Bis 1984 (also in den ersten 20 Jahren der Brigaden) haben wir 12 Ausbildungszentren gemeinsam mit unseren Partnern geschaffen und in 16 Zentren ausgebildet – einige tausend Facharbeiter. In den Werkstätten in Angola wurden Arbeiter qualifiziert, im Krankenhaus „Karl Marx“ in Managua (Nikaragua) war dritter Schwerpunkt nach dem Aufbau des Krankenhauses und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung die Ausbildung junger Ärzte, Krankenschwestern usw. Der Direktor der Schule oder der Leiter der Werkstatt, des

Bauvorhabens war immer ein Bürger des Einsatzlandes.

An Industrieanlagen waren wir nur in Kuba beteiligt. Kuba hatte die Ausrüstungen der Zementwerke und der Brauerei aus der DDR bezogen. Wir haben im Bereich der Reparatur und Instandhaltung gearbeitet. Aber wir wirkten in Kuba auch an Initiativen des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) in der Zuckerohrrente, beim Bau einer Landoberschule und des Pionierpalastes in Havanna mit. Bedauerlich ist, daß im Artikel keinerlei

Aussagen zur internationalen Klassenaus-einandersetzung enthalten sind, mit der die Brigaden oft direkt konfrontiert waren. Im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Brigaden hatte die DDR kaum diplomatische Beziehungen zu den Einsatzländern. Wenn es hochkam, gab es eine Handelsvertretung, weil die BRD mit ihrer Hallstein-Doktrin nicht mehr zuließ. Ich kann nicht alle Beispiele aufzählen, wo der Einsatz von Brigaden durch politische und kriegsrische Auseinandersetzungen beendet oder unterbrochen werden mußte. Die Brigade

in Ghana, die 1965 ihr Arbeit begonnen hatte, mußte 1966 aufhören, nachdem die progressive Regierung Kwame Nkrumahs weggeputscht worden war. In der Zentralafrikanischen Republik begann 1971 eine Brigade mit dem Aufbau eines Berufsausbildungszentrums. Auf Betreiben der BRD wurden die diplomatischen Beziehungen zur DDR abgebrochen, die Brigade mußte das Land verlassen.

Heinzjürgen Hagenmüller
Dresden

Moskaus Wandel

Nie hätte ich gedacht, als ich 1982 das erste Mal von meinem Betrieb auf Dienstreise in die sowjetische Hauptstadt geschickt wurde, daß sich daraus für mich einmal eine lebenslange Beziehung entwickeln würde. Der VEB Plastmaschinenwerk Freital, in dem ich arbeitete, war mit der Herstellung von hydraulischen Spritzgießmaschinen der Type „KuASY“ ein exportorientierter Betrieb, insbesondere für die Sowjetunion. Logisch, daß mit den steigenden Exportzahlen auch die Anforderungen an den technischen Service wuchsen. Ab 1987 begann für mich deshalb ein mehrjähriger Dauereinsatz in der damaligen DDR-Handelsvertretung, Abteilung WMW, in Moskau.

Während dieser Zeit hatte ich die Möglichkeit, unzählige russische Produktionsstätten in dem flächenmäßig größten Land der Erde kennenzulernen. Aber nicht nur die Betriebe, sondern auch die Menschen, deren Gastfreundschaft und unübertreffliche Kreativität in der Gestaltung gemeinsamer Treffen, Sauna-Besuche inklusive.

Nach den konterrevolutionären Ereignissen 1989 in der DDR begann die Auflösung der DDR-Handelsvertretung, und mit der Währungsunion ab Juni 1990 brachen fast schlagartig alle bisher bestehenden Handelsbeziehungen zwischen den Betrieben bei uns und dort ab.

Die Kombinatstrukturen der DDR-Betriebe zerfielen und jeder kämpfte ums Überleben. Für die russischen Partner war dieser Wandel unbegreiflich – war ich vorher der Ansprechpartner für alle Kombinatbetriebe in unserem Industriezweig, so reduzierte sich das jetzt nur noch auf einen einzelnen Betrieb. Während wir vorher in unserer Abteilung noch einen vertrauensvollen und kollegialen Umgang miteinander hatten, wurden wir nun zu Konkurrenten.

Der Zerfall der Sowjetunion war nicht mehr aufzuhalten und gipfelte in einem Putsch im August 1991, aus dem in der Folge der weiteren Ereignisse dann Boris Jelzin als neuer Präsident Rußlands hervorging. Der Westen jubelte, denn mit dieser „lebenden Wodkaflasche“ hatte man ein leichtes Spiel, sich den Zugang zum russischen Markt, besonders zu den Bodenschätzen, zu sichern. Die russische

Bevölkerung erlebte in diesen Jahren eine bisher noch nie dagewesene Armut – einerseits. Andererseits bildete sich eine neue und immer reicher werdende Schicht von Oligarchen, die Dank Jelzins lascher Kontrolle die vormals staatlichen Betriebe in private Unternehmen umwandeln konnten. Dem „Raubtierkapitalismus“ wurde Tür und Tor



geöffnet und es begannen die „wilden 90er Jahre“, u.a. auch mit Mord und Totschlag unliebsamer Konkurrenten.

Immer öfter dachte ich an meine „Lieblingsdolmetscherin“, zu der der Kontakt abgebrochen war, wie es ihr in dieser chaotischen Zeit wohl gelingen würde, ein normales Leben zu gestalten. Alle bisher bekannten Verbindungen gab es nicht mehr und ich machte mir sorgenvolle Gedanken. Doch der Zufall kam mir endlich zu Hilfe. Ich bekam eine aktuelle Telefonnummer und rief an: Sie lebte immer noch allein und ich war inzwischen geschieden ... Am 9. September 1999 feierten wir in Moskau unsere Hochzeit. Nun habe ich eine russische Verwandtschaft.

Mit Jelzins Abgang und Putins Amtsantritt im Mai 2000 änderten sich langsam die Wirtschafts- und Lebensbedingungen in Rußland. Für die Bevölkerung und die Betriebe wurde unter dessen Führung alles wieder planbarer. Investitionen konnten ohne den sich ständig ändernden Rubelkurs sicherer durchgeführt werden und vor allem: Den wirtschaftlichen Absichten westlicher Unternehmen und Investoren im Hinblick auf den russischen Markt wurde ein Reglement

aufgelegt, welches unter gesetzlicher Aufsicht der russischen Organe stand.

Trotz aller Anfeindungen aus westlicher Richtung hat sich das Land seit der Ära Jelzin erholt und besonders die Hauptstadt ist kaum wiederzuerkennen. Das Metronetz wurde um viele neue Stationen erweitert. Eine neue Ringbahn verkehrt seit 2016 oberirdisch mit modernen Zügen. Eine Fahrt mit den städtischen Verkehrsmitteln kostet umgerechnet etwa 60 Cent. Steigt man danach noch innerhalb von 90 Minuten um, dann kostet die zweite Fahrt nur noch etwa 25 Cent.

Die historischen Gebäude in den städtischen Naherholungsgebieten wie z.B. Kolomenskoe, Zaryzino oder Kuskowo wurden fantastisch renoviert. In Kolomenskoe findet regelmäßig die „Bienenhonigmesse“ statt. Imker aus ganz Rußland präsentieren ihre süßen Produkte.

Das alte Hotel „Rossija“ wurde abgerissen und mußte einem Neubau weichen. Gleich daneben entstand der Landschaftspark „Sarjadje“.

Im Zentrum gibt es in einem der neuen City-Türme im 89. Stockwerk die Panoramastage mit einer spektakulären Aussicht auf die Stadt. Im Eintrittspreis von umgerechnet etwa 8 Euro (für Ausländer mehr) ist das köstliche Moskauer Eis mit inbegriffen. Dort oben arbeitet eine kleine Eisproduktion, man kann so viel Eis essen, wie der Magen verträgt.

Unterhalb von diesen „Wolkenkratzern“ befindet sich das Handelszentrum mit unzähligen Geschäften und gastronomischen Einrichtungen. Ein Restaurant mit „Radeberger“ ist auch dabei und natürlich hat es auch „McDonalds“ hierher verschlagen. Dominierend sind aber die vielen Imbißstände mit ihren nationalen Speisenangeboten – alles zu erschwinglichen Preisen.

In der überdachten Bagration-Fußgängerbrücke über der Moskwa laden viele kleine Geschäfte und gastronomische Einrichtungen zum Bummeln ein. Eine davon ist „Karl Schnitzel“. Der Betreiber, Michael Reichel, wurde in Karl-Marx-Stadt geboren, deshalb der Name „Karl“ und dazu ein „Schnitzel“ aus sächsischer Küche ...

Aus dem ehemaligen volkstümlichen Kaufhaus GUM, was zu sowjetischer Zeit immer voll mit Kunden war, ist jetzt ein „Nobelkaufhaus“ geworden. Nichts mehr ist „volkstümlich“ in den Auslagen, die Preise schon gar nicht. Allerdings gibt es in der 3. Etage die „Stolowaja 57“, eine Gaststätte mit typischen russischen Speisenangebot und moderaten Preisen. Auch wurde in dieser Etage ein Corona-Impfzentrum eingerichtet, in dem man sich zwischen Borschtsch und Bliny impfen lassen kann. An der Längsseite des GUM zum Roten Platz gibt es ein großes Café mit Außen-sitzgruppen unter Sonnenschirmen. Man kann besonders am Abend in der warmen Jahreszeit den Anblick der beleuchteten Türmchen der Basilius-Kathedrale genießen und die Kreml-Uhr vom Spaßkiterum hören und sehen.

Der Rote Platz wird nicht nur für Militärparaden benutzt, sondern auch für andere Feste wie z.B. für den „Goldenen Herbst“, für „Maslenitza“ im März oder im Winter für eine Eislauffläche.

Im Alexandergarten erfolgt immer noch regelmäßig die Wachablösung an der „Ewigen Flamme“. Ein Ereignis, welches die Touristen mit Bewunderung verfolgen, z. Z.

allerdings gibt es wegen der Corona-Einschränkungen kaum Touristen.

Gleich daneben befindet sich der Manegenplatz, wo zu sowjetischen Zeiten ein großer Parkplatz war, insbesondere für Reisebusse. Zur 850-Jahr-Feier wurde unter dem Platz ein riesiges unterirdisches Einkaufs- und Vergnügungszentrum „Ochotny Rjad“ eröffnet, welches drei Etagen in die Tiefe reicht. Entsprechend sind die Preise, die nicht gerade für den kleinen Geldbeutel gedacht sind.

Aus dem ehemaligen Hotel „Moskwa“, welches sich neben dem Manegenplatz befindet, wurde das Fünf-Sterne-Hotel „Four Season’s“.

Der gigantische Komplex der Allunionsausstellung WDNH mit dem bekannten „Brunnen der Völkerfreundschaft“, den Fontänen „Steinerne Blume“ und „Goldene Ähre“ ist in der warmen Jahreszeit ein Besuchermagnet, besonders am Abend, wenn alle Brunnen mit den farbigen Lichteffekten sprudeln. Neu dazugekommen auf dem Gelände ist das „Moskvarium“.

Als Ende der 90er Jahre die Geldmittel zur Unterhaltung des Geländes fehlten, etablierte sich dort ein Flohmarkt, einige Ausstellungshallen wurden als Lagerräume genutzt. Ab 2000 erholte sich der Park langsam wieder und ist heute wieder ein Ausstellungs- und

Vergnügungskomplex. Ende 2013 wurde die WDNH in das Eigentum der Stadtverwaltung Moskau übertragen.

Im Zentrum werden die in den 50er Jahren erbauten und jetzt in die Jahre gekommenen „Chruschtschowki“ immer mehr abgerissen und durch neue Wohngebäude mit schön gestalteter Fassade und grünen Innenhöfen ersetzt. Die Bewohner der alten Wohnung erhalten kostenlos in einem Neubau eine analoge Wohnung, die der vorherigen entspricht. Inzwischen sind rund um Moskau ganze neue Stadtteile mit modernen Neubauten entstanden, mit Kinderspielplätzen und großzügigen Parkmöglichkeiten. Der Privatbesitz von PKW ist in Moskau enorm gestiegen, so daß es laufend zu Verkehrstaus in der Innenstadt kommt. Mit der Erweiterung des Metronetzes versucht man Abhilfe zu schaffen.

Moskau ist keine Stadt für einen erholsamen und ruhigen Urlaub, sondern mehr für Exkursionen und Bildung. Das Lebensniveau in der Hauptstadt kann man auch nicht 1 : 1 auf das ganze Rußland übertragen. Es ist kein Geheimnis, daß es nicht wenige Regionen in dem riesigen Land gibt, die weit entfernt von dem leben, was man „Alltag in Moskau“ nennt.

Peter Müller
Berlin

Berliner Mietendeckel: Eigentümer mit Ansage

Es dürfte der politische Rohrkrepierer des Jahres 2021 sein: Das Bundesverfassungsgericht hat den sogenannten Mietendeckel des rot-rot-grünen Senats in Berlin gekippt. Mit ihrem Alleingang hatte die Landesregierung der Bundeshauptstadt wirklich geglaubt, Bundesrecht brechen zu können. Kurz zusammengefaßt begründeten die Karlsruher Richter ihr Urteil wie folgt: Das Land Berlin sei nicht dazu berechtigt, einen Sonderweg zu gehen. Die Gesetzgebungsbefugnis liege ausschließlich beim Bund, der bereits 2015 mit der Mietpreisbremse eine abschließende Regelung beschlossen habe. Das Gesetz war also von vornherein als ungültig anzusehen.

Man könnte hier fast von vorsätzlicher Wählertäuschung sprechen. Die SPD hat ihre Klientel in ihrer 158jährigen Geschichte einmal mehr verraten. Wie die begossenen Pudel sitzen Linkspartei und Grüne da. Dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) kann dieses politische Eigentor aber bereits egal sein. Schließlich kandidiert er im Herbst für den Bundestag und wähnt sich bei entsprechendem Wahlausgang schon auf dem Stuhl des Bundesbauministers. Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) hatte ihren Posten schon im August des vergangenen Jahres wegen nicht zurückgezahlter Vergütungen für Aufsichtsratsposten in landeseigenen Unternehmen an die Landeskasse verlassen. Welch ein

Glück! So blieb ihr wenigstens als federführende Landesministerin das jetzige juristische Desaster erspart.

Leidtragende werden in den kommenden Wochen und Monaten Millionen Mieter in der Hauptstadt der BRD sein. Der Berliner Mieterverein erwartet, daß nur ein kleiner Teil der Vermieter ausstehende Forderungen nicht zurückfordern wird. Immerhin haben aber die sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und der Wohnungskonzern Vonovia angekündigt, auf Nachzahlungen verzichten zu wollen. Den Mietern sollten keine finanziellen Nachteile aufgrund getroffener politischer Entscheidungen entstehen, hieß es aus entsprechenden Kreisen. Anders sieht das allerdings die Deutsche Wohnen, die ihren gierigen Rachen nicht voll genug bekommen kann. Sie besteht darauf, nachträgliche Mietzahlungen einzufordern. Schließlich muß der einem Hochsicherheitstrakt gleichende Firmensitz in Wilmersdorf auch irgendwie finanziert werden.

Äußerst zeitnah zum Richterspruch aus Karlsruhe präsentierte SPD-Vize Kevin Kühnert die Forderung nach einem bundesweiten Mietendeckel. Glatte vier Jahre zu spät! Denn bis ins Jahr 2017 hinein hätte es im Bundestag eine entsprechende Mehrheit dafür gegeben. Aber SPD, Linke und Grüne tummelten sich damals lieber auf dem Nebenkriegsschauplatz der

gleichgeschlechtlichen Ehe und warfen buntes Konfetti durch den Sitzungssaal im Reichstagsgebäude.

Als Rettungsanker in der Not hat die Berliner SPD jetzt die Einrichtung eines Härtefallfonds in Betracht gezogen. Dieser wird aber nur für die wenigsten der betroffenen Mieter greifen. Geschenke wird es hier nicht geben, so die postwendende Ankündigung diverser Parteivertreter. Es kann davon ausgegangen werden, daß dieser finanzielle Unterstützungsversuch mit ebenso desaströsen Ergebnissen endet, wie die einst von der SPD als großer Heilsbringer gefeierte Hartz-Gesetzgebung.

In der ganzen Angelegenheit hatten natürlich auch CDU/CSU und FDP ihre Finger im Spiel. Es sei daran erinnert, daß etwa 280 Bundestagsabgeordnete dieser Parteien die Vermieter bei ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht bereitwillig Unterstützung gewährten. Damit hat das bürgerliche Lager einmal mehr bewiesen, daß ihm die vom gesellschaftlichen Absturz bedrohte Mittelschicht und sämtliche sozialen Härtefälle im Land völlig egal sind. Übrigens: Die Aktienkurse der börsennotierten Vermietungshaie schossen wenige Stunden nach der Urteilsverkündung im Bundesverfassungsgericht in die Höhe.

Rico Jalowitzki

Eine rastlose Autorin wird 90

Wir gratulieren!

Während sie „das Wunder, einen denkenden, kochenden, spöttischen, grantigen, vorsichtigen, übermäßig viel erwartenden Mann zu lieben“ beschreibt, sperrt sie die Welt nicht aus. So wie sie es immer gehalten hatte. Und sie schreibt davon, wie es ist, „zwischen Aufschrei, Heulen und Lachen das Eigene irgendwie zu machen“.

Gisela Steineckert erzählt in ihren Büchern überhaupt offenherzig aus ihrem Leben. Von Kindheit und Familie, von der Evakuierung und Rückkehr nach Berlin, vom angeregten kulturellen Klima, das sie als Redakteurin und Autorin erlebte, von Freunden und Wegbegleitern und solchen, die verloren gingen. Rund 4000 Texte für Lieder und Rockballaden, dazu Drehbücher hat die Berlinerin geschrieben. Unter anderem zu den Filmen „Auf der Sonnenseite“ (mit Heinz Kahlau), „Leben zu zweit“ und „Liebe mit 16“, den Fernsehfilm „Marta, Marta“, die Hörspiele „Die letzte Seite im Tagebuch“ oder „Der erste Eindruck von Liebe“. Das „Brevier für Verliebte“ und „Gesichter in meinem Spiegel“ stammen aus ihrer Feder, genau wie die Gedichtbände „Nun leb mit mir“, „Lieber September“, „Mehr vom Leben“ oder die Liedersammlung „Vor dem Wind sein“ und viele mehr.

Im Repertoire beliebter Interpreten sind sie zu finden, die Lieder von Gisela Steineckert; sie sind populär und werden oft gehört. Das Thema der Liebe – Gefühle und Gedanken, Situationen und Stimmungen – durchzieht diese Lieder. Das Spektrum der literarischen Arbeiten Gisela Steineckerts ist breitgefächert. Sie ist gleichermaßen als

Lyrikerin und Prosaautorin bekannt geworden, schrieb Hörspiele, Filmdrehbücher, Reportagen, war als Herausgeberin tätig. 1965 bereits begann sich Gisela Steineckert aktiv in der Singerbewegung für das Lied zu engagieren, und die Texte zur Frank-Schöbel-LP „Komm wir malen eine Sonne“ (mit Dieter Schneider) waren 1975 Auftakt zu einer verantwortungsbewußten, maßstabsetzenden schriftstellerischen und publizistischen Arbeit für die Unterhaltungskunst der DDR. Eine Arbeit, die in ihren lyrischen Qualitätsansprüchen kompromißlos, jedoch unelitär und offen für alle unterhaltungsmusikalischen Genres ist.

Gisela Steineckert hat nicht nur unzählige Chansons, sondern auch Texte für Schlager- und Rockinterpreten geschrieben. Über 4000 sind es geworden. Besonders die enge Zusammenarbeit verband sie mit Jürgen Walter, Eva-Maria Pieckert, Kurt Nolze, Frank Schöbel, Dirk Michaelis, Marita Böhme, Aurora Lacasa und Angelika Neutschel.

Von Klaus Steiniger angeregt, schrieb sie für den „RotFuchs“ unter dem Motto „Hand aufs Herz“ von Erinnerungen, Erfahrungen, Niederlagen, Erfolgen und streitbaren Standpunkten, zum eignen wie dem anderen Leben, zu Politik und Gesellschaft, zur Kunst des Miteinanderlebens. In einem ihrer Texte heißt es: „Sensibel sind wir alle. Wer das in sich abschafft oder weglebt, der wird für andere Menschen gefährlich. Früher hab ich geglaubt, als ältere Menschen werden wir dickhäutiger, gelassener und weniger verwundbar. Aber das stimmt nicht. Die Haut

wird dünner, die Schmerzen gehen leichter durch bis auf die Knochen. Und die Verdrängung funktioniert nicht mehr, weil die Erfahrung es eh durchschaut.“

„Nichts ist unendlich ...“, diese Zeile paßt zu ihrem neuen Buch „Langsame Entfernung“. Und dazu

Mein Stück Leben
dieser dichtgedrängte Aufenthalt
mein Stück Leben
über das ich irgendwann die Hände falt
mein Stück Leben
hing mir manches Mal zum Hals heraus
schien ein Wald ohne Licht
und ohne Haus
aber doch aber doch
würd ich alles drum geben
wenn es ewig dauern könnt
mein Stück Leben

Nun ist sie 90 geworden. Das Alter hat sich niedergelassen. Aber ihre Augen können noch ganz schön blitzen. Das behauptet sie nicht nur, das kann man sehen. Noch etwas beginnen, heißt bei ihr: „Kein Einfall unterhalb von Tränen und Lachen“. Weiterschreiben will Gisela Steineckert. Aktuell an einem Buch über Begegnungen in Briefen aus drei Jahrzehnten. Einige ihrer Worte, ihrer Liedtexte und Gedichte haben das Zeug dazu, zu bleiben. Denn sie spenden Wärme, entstanden aus der „Zärtlichkeit, aus einem Gefühl dafür, was uns am Leben hält“.

Heinz Pocher

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

Zum 96. Geburtstag

Ulrich Müller (Berlin) am 21. Mai

Zum 94. Geburtstag

Ilona Kießling (Leipzig) am 16. Mai

Zum 93. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

Zum 91. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow)
am 5. Mai

Helga Schuhmann (Großmonra,
OT Burgwenden) am 6. Mai

Wolfgang Runge (Hamburg) am 12. Mai

Kurt Koopmann (Seddiner See)
am 13. Mai

Zum 90. Geburtstag

Dr. Siegfried Rataizki (Berlin) am 29. Mai

Zum 85. Geburtstag

Siegfried Cramer (Stralsund) am 3. Mai

Erna Ziegler (Chemnitz) am 4. Mai

Heinz Zoschke (Bautzen) am 4. Mai

Ernst Forkel (Bestensee) am 5. Mai

Heinz Bartusch (Bautzen) am 7. Mai

Alfred Kutschke (Berlin) am 8. Mai

Dr. Axel Kohlsmann (Barth) am 11. Mai

Reza Nafeei (Hürth) am 30. Mai

Zum 80. Geburtstag

Horst Bunzel (Bitterfeld/Wolfen) am 1. Mai

Dietmar Huth (Wiegendorf) am 5. Mai

Heinz Michel (Bad Buchau) am 15. Mai

Dr. Klaus Petzold (Crimmitschau)
am 19. Mai

Claus Kühne (Berlin) am 21. Mai

Arno Schröder (Liebenwalde,
OT Liebenthal) am 29. Mai

Zum 75. Geburtstag

Hannelore Pohl (Sonneberg) am 11. Mai

Zum 65. Geburtstag

Ursel Palka (Waren/Müritz) am 6. Mai

Michael Lang (Friedrichsdorf) am 28. Mai

Zum 60. Geburtstag

Katja Fischer (Wandlitz, OT Schönwalde)
am 21. Mai

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten

1945 enteignete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland entschädigungslos den Besitz der brandenburg-preußischen Linie der Hohenzollern. Georg Friedrich, der sich immer noch anmaßend Prinz von Preußen nennt, der Ururenkel des letzten Königs von Preußen und Deutschen Kaisers Wilhelm I., fordert jetzt die Rückgabe mehrerer tausend Kunstgegenstände und verhandelte deswegen seit 2014 mit den Behörden, ohne daß dies der Öffentlichkeit bekannt war. Die Frage ist noch nicht entschieden. Es geht hierbei nicht in erster Linie darum, ob der preußische Kronprinz die Nazis unterstützt hat oder nicht, sondern daß der Besitz der Hohenzollern in Jahrhunderten zusammengeraubt wurde.

In der Novemberrevolution 1918/19 waren die Vermögen der deutschen Fürsten daher beschlagnahmt worden, und es stand die Frage, was damit geschehen sollte. Die Forderungen, welche die Fürstenhäuser insgesamt an die einzelnen Länder stellten, beliefen sich auf eine Summe von 2,6 Milliarden Mark. Deutsche Gerichte sprachen den Fürsten Schadensersatzforderungen zu. Dagegen gab es eine breite Volksbewegung, und es kam zu einem Volksentscheid. Im Unterschied zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland waren laut Weimarer Verfassung die Ergebnisse von Volksentscheiden verbindlich. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wollte den Kapitalismus überwinden. Sie unterstützte aber auch Aktionen, die nicht unmittelbar auf dieses Ziel gerichtet waren. Daher initiierte sie ein Volksbegehren für die

entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Am 25. November 1925 legte die KPD dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor. Dieser sprach sich gegen einen Interessenausgleich zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern aus und forderte eine entschädigungslose Enteignung. Die Ländereien sollten an Bauern und Pächter übergehen, Schlösser sollten zu Genesungsheimen umfunktioniert werden oder zur Linderung der Wohnungsnot dienen. Das Barvermögen sollte schließlich Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen der im Krieg Gefallenen zukommen. Der Gesetzentwurf scheiterte an der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages.

Am 2. Dezember 1925 wandte sich das Zentralkomitee der KPD an den Zentralvorstand der SPD, den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die Vorstände des Deutschen Beamten-Bundes (ABB) und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Angestelltenverbände (AfA), die Leitungen des Reichsbannes Schwarz-Rot-Gold und des Roten Frontkämpferbundes (RFB) mit dem Vorschlag, gemeinsam ein Volksbegehren zu organisieren. Zunächst reagierte die SPD ablehnend, schloß sich dann aber wie die anderen angesprochenen Verbände der Aktion an. Auch Mitglieder und Wähler der Deutschen Demokratischen Partei und einzelne Anhänger der Deutschen Zentrumspartei waren für diese Form der Enteignung. Interessenverbände der Wirtschaft, Großagrarier, Parteien und Verbände des politisch rechten Lagers, Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche

traten dagegen für die Fürsten ein. Mitte Dezember 1925 hatte sich für die Durchführung des Volksbegehrens, das dem Volksentscheid voranging, ein Ausschuß unter der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Robert René Kuczynski gebildet. Etwa 40 unterschiedliche pazifistische, linke und kommunistische Gruppierungen gehörten ihm an. Das Volksbegehren fand in der Zeit vom 4. bis zum 17. März 1926 statt. In die Listen zeichneten sich 12 523 939 Wahlberechtigte ein. Das reichte für den Volksentscheid, der dann am 20. Juni 1926 stattfand. Für entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gaben von den 39,7 Millionen Stimmberechtigten knapp 15,6 Millionen – das waren 39 Prozent – ihre Stimme ab. Mit „Ja“ votierten rund 14,5 Millionen, mit „Nein“ etwa 590 000, rund 560 000 Stimmen waren ungültig. In der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 hatten KPD und SPD zusammen nur 10,6 Millionen Stimmen. erhalten.

Der Volksentscheid scheiterte dennoch, denn inzwischen hatte die Reichsregierung, einem Verlangen des Reichspräsidenten Hindenburg folgend, das Gesetz für verfassungsändernd erklärt. Nicht die relative, sondern die absolute Mehrheit wäre für einen Erfolg des Volksentscheids nötig gewesen.

Trotz der Niederlage war der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein Beweis dafür, was erreicht werden kann, wenn KPD, SPD und andere fortschrittliche Kräfte in einer Einheitsfront zusammenstehen.

Dr. Kurt Laser

KPRF erinnert an 30. Jahrestag des Referendums

Am 17. März wurde von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) ein landesweites Forum anlässlich des 30. Jahrestages des „Referendum über die Erhaltung der UdSSR“ vom 17. März 1991 organisiert. An der Online-Veranstaltung nahmen die Führungsspitze dieser Partei, Vorsitzende und weitere hohe Funktionsträger kommunistischer Parteien der früheren Sowjetrepubliken, die Führung der Union der kommunistischen Parteien – KPdSU (CKP-KPSS) sowie Vertreter aus Abchasien, Südossetien, Donezk, Lugansk, des Komsomol, gesellschaftlicher Organisationen und der Medien teil. Es war das erste Mal seit drei Jahrzehnten, daß Abgesandte aller ehemaligen Sowjetrepubliken an einem derartigen Ereignis beteiligt waren. Außerdem waren 250 Städte mit der Online-Veranstaltung verbunden.

Am Referendum 1991 beteiligten sich von 185,6 Millionen stimmberechtigten Bürgern 148,5 Millionen (79,5 %). Davon votierten 113,5 Millionen (76,43 %) für den Erhalt der Sowjetunion.

Der Vorsitzende der KPRF Gennadi Andrejewitsch Sjuganow stellte in seiner Einführung fest, daß „alle Ergebnisse ... vor dem

Hintergrund des (von Gorbatschow, Jakowlew und Jelzin) forcierten Antisowjetismus und der Russophobie zu sehen (waren). ... Trotzdem haben die Bürger unseres Landes ihren Willen bestätigt, in einem einzigen Staat zu leben“. Der Redner erinnerte daran, daß die Kommunistische Partei sogar verboten wurde, daß es notwendig war, das Existenzrecht der Partei vor dem Verfassungsgericht zu verteidigen. Dank ihres Kampfes sei die KP heute „eine der einflußreichsten und maßgeblichsten politischen Kräfte“ im postsowjetischen Raum. Er betonte, Hauptziel der heutigen kommunistischen Parteien sei die Wiederbelebung einer einzigen brüderlichen Macht unter den neuen Bedingungen, die auf den Idealen des Sozialismus und der freundschaftlichen Beziehungen beruhen müsse.

Zustimmung fand auch die Stellungnahme des 2. Sekretärs des ZK der KP der Ukraine, Adam Ivanovich Martynyuk, der erklärte: „Das Zentralkomitee der KPdSU der Ukraine teilt die tiefe Unzufriedenheit der Massen mit der Entwicklung der Situation nach dem All-Union-Referendum vom 17. März 1991. Wir gehen von der Tatsache aus, daß die Abstimmung nicht nur ein historisches Ereignis ist,

sondern daß ihre Ergebnisse auch Rechtskraft besitzen und zum Verständnis der Entwicklungen des gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Lebens beitragen. Immer offensichtlicher wird, daß nur eine Gesellschaft, die auf der Grundlage von freier Arbeit, sozialer Gerechtigkeit, wahrer Demokratie, Patriotismus und proletarischer Solidarität aufgebaut ist, dem Wesen des bürgerlichen Systems widerstehen kann.“

Temur Iosifovich Pipia (Georgien) wies darauf hin, daß „die kommunistischen Parteien des Südkaukasus ... verpflichtet (sind), einen allgemeinen Ansatz zu entwickeln, der mit konkreten Inhalten zur Lösung interethnischer Probleme ausgestattet ist“. Dazu soll eine entsprechende abgestimmte Position vorgelegt werden. In gleichem Sinne sprachen auch der Vertreter der Jugendorganisation und die Vertreterin der Frauen-Union.

Die Teilnehmer des Forums stimmten Sjuganow zu, der die Notwendigkeit unterstrich, „sich zu konsolidieren, in eine Richtung zu bewegen und in ständigem Zusammenwirken gemeinsam die Themen des politischen Lebens zu erarbeiten und zu bewältigen.“

Prof. Dr. Anton Latzo

Die Studienkonferenz

Nach etwa einem halben Jahr sollte im 7. Jahreslehrgang an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ im Rahmen einer Studienkonferenz eine Zwischenbilanz gezogen werden. Da sich ein Sekretär des Zentralrates der FDJ, Konrad Naumann, angesagt hatte, wollten wir uns besonders gründlich vorbereiten: Ein Referat war vom stellvertretenden Schulleiter zu halten, vorgesehene Diskussionsbeiträge lagen schriftlich vor und waren allseitig abgestimmt. Das Referat begann wie üblich mit der Einschätzung der internationalen Lage und den Aufbauereignissen der DDR sowie der Erörterung der Aufgaben des Jugendverbandes. Schließlich kam der Referent zum eigentlichen Thema: „Studium, Inhalt, Methoden, Ergebnisse“ Plötzlich – für mich eine unangenehme Überraschung – hielt er zwei Studienhefter hoch. Der eine war vorbildlich, sauber und ordentlich, in schöner Handschrift, ergänzt durch Bilder und Zeitungsausschnitte, der andere in schlechter Handschrift mit Bleistift und Tinte überarbeitet – kaum zu entziffern. Das war mein Ordner. „Dies ist ein Beweis, daß noch nicht alle Studenten das Studium mit dem nötigen



Die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“

Eifer und erforderlicher Gründlichkeit betreiben“, so das vernichtende Urteil. Die dann vortragenen Diskussionsbeiträge waren dann – diese Einschätzung teilend – noch um eine Nuance schärfer. Man übte ausgiebig Kritik an meiner Schlampigkeit, der Verfasser des schö-

nen Ordners wurde gelobt. Nach einer Pause dann das Schlußwort von Konrad Naumann. Er hielt eine begeisternde Rede. Das konnte er. So führte er u. a. aus: Der Marxismus-Leninismus ist eine Wissenschaft und muß wie eine Wissenschaft in all seinen Bestandteilen,

Ökonomie, Philosophie und Wissenschaftlicher Kommunismus, studiert werden. Wesentlicher Bestandteil der marxistisch-leninistischen Philosophie sei der dialektische Materialismus, also auch die Lehre von der dialektischen Einheit von Inhalt und Form. Der Inhalt sei das Wesentliche, die Form nur die Erscheinung. Wer nur die Erscheinung, nicht das Wesen einer Sache, einer Entwicklung erkennt, werde sich insbesondere als Funktionär als unfähig erweisen. Er habe sich erkundigt und der Student mit der unordentlichen Mappe habe weitaus bessere Studienergebnisse als der mit der schönen Mappe. Das zeige, daß das Studium der Philosophie mangelhaft und oberflächlich organisiert sei. Natürlich seien Schlampelei und unleserliche Schrift dem Studium nicht förderlich, aber wesentlich seien die Ergebnisse.

Natürlich wurden noch in der Konferenz Schlußfolgerungen gezogen, im Kollektiv und von mir persönlich. Seither bemühe ich mich um eine gut lesbare Handschrift – mit wechselndem Erfolg.

Bernd Freygang,
Berlin

Erinnerung an den Historiker Alfred Meusel

Es war Alfred Meusels „vielseitiges Wirken auf die Herausarbeitung und Prägung eines neuen, fortschrittlichen Geschichtsbildes“ in der DDR, das seine Freunde, Kollegen und Schüler bewog, ein ansehnliches Jubiläumsbuch unter dem Titel „Beiträge zum neuen Geschichtsbild“ zu veröffentlichen. Der Band erschien zu dessen 60. Geburtstag im Jahr 1956. Meusel stand zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt seines Schaffens, war seit 1947 Professor an der Humboldt-Universität und anschließend seit 1952 Direktor des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin. Außerdem war er von 1949 bis 1960 Mitglied der Volkskammer der DDR im Rahmen der Fraktion des Kulturbundes.

Geboren wurde Alfred Meusel vor 125 Jahren am 19. Mai 1896 in Kiel. Als Freiwilliger nahm er ab 1914 am Weltkrieg teil, wurde aber im Dezember 1917 schwer verletzt. Er studierte danach in seiner Heimatstadt, wurde wissenschaftlicher Assistent, außerordentlicher und schließlich ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Aachen. Schon 1925 erschienen seine „Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx“. Wie Prof. Dr. Mario Kessler in einer biographischen Studie über Meusel erklärt, ist dies „eine überaus anregend und brillant geschriebene Analyse der Marxschen Gesellschaftstheorie“.

Der Wissenschaftler hatte sich in den 20er Jahren politisch nach links orientiert, so daß die Faschisten ihn 1933 aus seinem Amt entließen und zweimal in Haft nahmen. Über Dänemark emigrierte er und seine Frau Meta 1934 nach Großbritannien, wo Meusel 1937

in die KPD eintrat. Erst im Juni 1946 erhielt das Ehepaar von den britischen Behörden die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren. Sie kamen nach Berlin, wo beide der neu gegründeten SED beitraten. Alfred Meusel wurde Mitglied des Deutschen Volkskongresses (später Deutscher Volksrat) und Mitglied des Präsidialrates des Deutschen Kulturbundes. Beruflich war der Soziologe nun aber als Historiker tätig.

Meusel war in den Nachkriegsjahren ein Kämpfer für die Einheit Deutschlands, die natürlich anders hätte aussehen sollen, als die 1990 entstandene. „Wir deutschen Demokraten wollen die Einheit aller antifaschistischen Kräfte, weil wir davon überzeugt sind, daß die Einheit unseres Vaterlandes nur unter der Bedingung wiedergewonnen werden kann, daß es in allen Zonen und Ländern deutsche Männer und Frauen gibt, die das Streben nach der nationalen Einheit und der demokratischen Entwicklung Deutschlands als ihre ureigenste Angelegenheit betrachten, als den Beitrag, den gerade wir und niemand anders zur Sicherung des Friedens leisten können.“ Dies schrieb Meusel im Jahr 1947. Der Nazismus habe „unser Volk in erschreckend hohem Maße entpolitisiert, indem er es durch Terror einschüchterte, durch seine Propaganda verdummte und ihm gleichzeitig die Verantwortung für sein Tun und Lassen (scheinbar) abnahm, indem er diese den Organisationen der neuen Herrenkaste zuschob.“ Auch dem heute so oft gebräuchlichen Wort des „Totalitarismus“ widmete sich Meusel in diesem Zusammenhang. Auf der weltpolitischen Bühne diene der Begriff dem Ziel, „bei

den Westmächten Mißtrauen und Abneigung gegen die Sowjetunion zu erwecken“. In der deutschen Innenpolitik werde er dazu verwandt, „die Zusammenarbeit aller Antifaschisten im Kampf gegen Faschismus und Reaktion zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen“.

Vielleicht rückt Alfred Meusel wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, wenn es im Jahr 2025 gilt, an den 500. Jahrestag des Deutschen Bauernkrieges und des Todes Thomas Müntzers zu erinnern. Denn Meusel gehörte zu den marxistischen Wissenschaftlern, die ab 1952 eine Reihe neuer Arbeiten über den Theologen und Revolutionär Müntzer herausgaben und die Müntzer-Forschung voranbrachten. „Unter bewußtem Verzicht auf schwerfällige Gelehrsamkeit versucht er in glänzender und packender Darstellung den Platz Thomas Müntzers in der deutschen Geschichte zu bestimmen und den Ertrag seines Wirkens für unsere Zeit fruchtbar zu machen“, heißt es in dem eingangs genannten Jubiläumsband. Allerdings, auch das sei gesagt, enthält Meusels Müntzer-Buch einige geringfügige Fehler, die der Qualität und Bedeutung des Gesamtwerks aber keinen Abbruch tun. Am 10. September 1960 starb Alfred Meusel. Mario Kessler erklärt in seiner biographischen Studie: Meusel „gehörte zur zahlenmäßig kleinen, intellektuell aber wichtigen Gruppe remigrierter Intellektueller, die in beiden deutschen Staaten, besonders aber in der DDR, die Politik und Kultur lange mitprägten.“

Bernd Gerwanski,
Oldenburg



Zu Dr. Holger Michael: *Eine politische Dummheit*“, RF 267, S. 15

Die im Artikel geschilderte Untat des Abbaus des Denkmals des sowjetischen Befreiers Prags Iwan Stepanowitsch Konjew empört mich zutiefst. Offensichtlich eine Nachwirkung des Handelns rechter Kräfte im „Prager Frühling“, die auch nach 1989/90 in unserem Nachbarstaat die Oberhand gewannen.

Während des Studiums an der Akademie des Generalstabes der Sowjetarmee lernte ich u. a. auch tschechoslowakische Waffenbrüder näher kennen und schätzen. Wir durchlebten gemeinsam das für unser Brudervolk so dramatische Jahr 1968. Im Sommer 1969 war der Marschall der Sowjetunion I. S. Konjew der Vorsitzende der Staatlichen Prüfungskommission an unserer Akademie. Der Zufall wollte es, daß dieser verdienstvolle Heerführer des Großen Vaterländischen Krieges an der Verteidigung meiner Diplomarbeit teilnahm. Weil ich wohl doch etwas aufgeregt war, wirkte Konjew durch sein freundliches und mich aufmunterndes Verhalten beruhigend auf mich ein. Man spürte – dieser Mann, der im Krieg Millionen führte, konnte sich in jeden seiner Kämpfer hineinversetzen. Natürlich stellte er mir auch Fragen, zusätzlich zu den der acht weiteren prüfenden sowjetischen Generale aller Teilstreitkräfte.

Am Ende hielt Marschall Konjew eine Rede. Mit eindringlichen Worten legte er uns allen – den sowjetischen, ungarischen, mongolischen, polnischen, tschechoslowakischen und uns DDR-Absolventen – ans Herz, dem Frieden als kostbarstes Gut der Menschheit treu zu dienen. Er erinnerte an den Großen Vaterländischen Krieg, besonders an die abschließende Berliner Operation, an der die ihm unterstellten Truppen der 1. Ukrainischen Front teilnahmen. Er nannte dabei auch die Operation seines linken Flügels, die in der Planung noch keine Rolle gespielt hatte, aber aus Notwendigkeit stattfand, um Prag zu befreien und so Tausenden das Leben zu retten. Dann sprach Marschall Konjew, an unser Gewissen appellierend, darüber, stets die Waffenbrüderschaft wie unseren Augapfel zu hüten und uns niemals gegen andere Völker aufhetzen zu lassen. Es war ein weihvoller Augenblick für uns alle: Dieser unbeugsame Kämpfer, dem wir für unsere Befreiung zutiefst verpflichtet waren, hatte uns noch einmal das Ziel unseres sozialistischen Soldatseins vor Augen geführt. Wir haben das nie vergessen. Der Abriss des Denkmals in Prag ist eine Schande. Die Völker der Sowjetunion haben den größten Blutzoll im Kampf gegen den Hitlerfaschismus geleistet. Ihre Denkmäler und Friedhöfe sind uns dafür Mahnung.

Heinz Bilan, Leipzig

Im Neuen Deutschland war vor einigen Wochen ein Beitrag von Olga Romanowa mit dem Titel „Wir sahen den kleinen Putin“ zu lesen.

Es waren die „Nawalnyjünger“, die nach einem in Deutschland mit Geheimdienstunterstützung gedrehten Fake-Video (das angebliche Schloß Putins erwies sich als hohler Vogel), welches besonders für Minderjährige – Erwachsene sehen in Rußland kaum You Tube – über diesen Kanal ausgestrahlt wurde, einen „kleinen Putin“ und ein „Väterchen Bunker“ sehen sollten. Das in den USA ausgebildete und vom Westen finanziell unterstützte Schlitzohr Nawalny wollte den Aufruhr, um Putin aus dem Kreml zu jagen und sich selber auf den Thron zu setzen. Da sich aber kaum Erwachsene diesen farbrevolutionären Demonstrationen anschlossen (sie sahen die Auswirkungen nationalistischer außerparlamentarischer Bünde in der Ukraine und in Belarus), kam es nicht dazu. Was soll man von der Journalistin Olga Romanowa halten, wenn sie z. B. die rüden, verleumderischen und beleidigenden Ausbrüche Nawalyns vor Gericht gegenüber einem Kriegsveteranen als Ausdruck der Klugheit Nawalyns deutet; wenn sie nicht sehen will, daß N., der selber wegen Korruption verurteilt worden war, Milliarden Rubel anhäufte und Millionen Dollar aus der Kasse seiner Organisation entnahm sowie Immobilien in Deutschland und Rußland besitzt? Präsident Putin hat es „bei aller Kleinheit“ dennoch geschafft, unter dem Druck westlicher Sanktionen und bei relativ niedrigen Gas- und Ölpreisen, das Land zu stabilisieren, die Armee, den Staat und die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen, medizinische und andere Höchstleistungen zu vollbringen sowie Rücklagen zu bilden. Alles Fakten, die man der internationalen Presse entnehmen kann.

Rußland ist nicht im Selbstlauf der Weltmarktpreise (Romanowa), sondern durch eine kluge Politik Putin und in enger Zusammenarbeit mit China wieder zu einer den Frieden garantierenden Weltmacht geworden. Ob es gut für das ND war, allein Frau Olga Romanowa zu Wort kommen zu lassen?

Gerhard Giese, Strausberg

US-Präsident Joe Biden hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin einen „Schläger“ und einen „Killer“ genannt.

Bald nach der Amtsübernahme 2009 hatten Obama und Vizepräsident Biden die Schließung des CIA-Konzentrationslagers „Guantanamo Bay“ auf Kuba angekündigt. Ab sofort wollte man keine Gefangenen mehr machen, sondern die Führungskräfte des Widerstandes physisch eliminieren. Damit sollte die Schließung des Lagers befördert werden. Geschehen ist es nicht. In der Amtszeit von George W. Bush (2001–2009) gab es allein in Pakistan insgesamt fünfzig Drohneneinsätze. Bis 2016 stiegen sie unter Obama und Biden auf das Sechsfache. Bis zum Ende der Regierungszeit Obamas und Bidens 2017 waren sie um das Zehnfache angewachsen. Häufig wurden dabei Dutzende, bisweilen Hunderte Unbeteiligte ermordet. So sind 2015 bei Versuchen, den Chef von Al-Qaida Aiman al-Sawahiri zu töten, 76 Kinder und 29 Erwachsene getötet worden. Letztlich galt den US-Drohnen-Killern jeder Mensch männlichen Geschlechts als legitimes Ziel, wie der Drohnen-Pilot Brandon Bryant bei seiner Aussage vor dem NSA-Untersuchungsausschuß des Bundestages deutlich machte: Das ist nichts anderes als vorsätzliche Tötung und ein Kriegsverbrechen!

Das „Bureau of Investigative Journalism“ hat Informationen veröffentlicht, wonach allein in Pakistan von 2004 bis 2015 über 4000 Menschen durch Drohnen umgebracht worden sind. Darunter sind bis zu 1000 Zivilisten und Hunderte Kinder. In Afghanistan greift die US-Armee Familien, Hochzeiten und Trauerfeiern mit Drohnen an. Auf Verdacht, da sich unter den Teilnehmern möglicherweise Widerstandskämpfer befinden könnten. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, im September 2016 laut UNO-Bericht auf einen Schlag 15 Zivilisten in einem Privathaus – Frauen, Kinder, Alte und Junge – ums Leben gekommen. Für den Jemen wurden Mitte Juli 2016 zwischen 101 und 121 bestätigte Drohnenangriffe gemeldet. Um einen einzigen Mann, den die Obama/Biden-Administration als Terroristen eingestuft hatten, zu töten, wurden 18 Zivilisten getötet. Die Obama/Biden-Administration hat den IS in Syrien großgemacht. Rußlands hat ihn unter Putins Führung vertrieben. Nun stellt sich die Frage, wer ist eigentlich ein Killer?

Dr. Matin Baraki, Marburg

Heute sind die USA die noch uneingeschränkte Weltmacht auf ökonomischem, militärischen und damit auch auf politisch-rechtlichem Gebiet. Die wichtigsten Finanzinstitute der Welt haben ihren Sitz in den USA mit Black Rock an der Spitze, der in den entscheidenden Konzernen der Welt durch Geschäftsanteile die Entwicklung mitbestimmen kann. Der Dollar als Weltwährung sichert den USA umfangreiche Kredite aus allen Ländern, deren Bezahlung durch Ausgabe neuer Dollar beglichen werden kann. Deshalb sind Schulden in Höhe von zig Billionen kein Problem.

Die militärische Stärke der USA wird entscheidend durch den militärisch-industriellen Komplex bestimmt, der getragen wird von großen Konzernen der Rüstungsindustrie, von einem riesigen Bestand an Waffentechnik zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie von militärischen Einzelobjekten in über 100 Ländern und einem umfangreichen Raketenbestand für Atomwaffen. Heute wird viel vom Kampf gegen den Terrorismus geredet, womit die USA ihre Maßnahmen gegen andere Staaten begründen. Der größte Terrorismus ist jedoch der Staatsterrorismus, indem der Staat selbst mit seinem Machtapparat andere Staaten mit Krieg, Ausbeutung und Sanktionen beherrscht. Zur Zeit sind das die USA und Israel. Für den Putsch in der Ukraine wurden vom USA-Militärgeheimnis mehr als fünf Milliarden Dollar einschließlich eines Kampfбатаillons zur Konterrevolution in Kiew mit der Folge von mehr als 100 Toten bereitgestellt. Seitdem werden Rußland und besonders Putin von allen westlichen Regierungen und Parteien verteuelt. Ihm werden Aggressionsmaßnahmen und Verbrechen vorgeworfen, doch Putin und Rußland stehen für die friedliche Zusammenarbeit und Vereinbarungen zum gegenseitigen Nutzen.

Wolfgang Eife, Berlin

Wer den Lebenslauf des neugewählten USA Präsidenten Joe Biden kennt, wird über sein Verhalten nicht enttäuscht sein. Nur wenige Tage nach seiner Wahl drohte er einem anderen Staatsmann hohe Strafen an und bezeichnete ihn als Mörder. Einige nennen es rüpelhaft, andere frech und überheblich. Die angemessene Antwort durch den Staatspräsidenten der Russischen Föderation kam umgehend, freundlich aufklärend, realistisch und staatsmännisch überzeugend.

Einfach wohlthuend, dem Mann zuzuhören. Seine Sorgen um den Frieden in der Welt teilen immer mehr Bürger in Europa, und das ist gut so.

Unfrieden stiftend beginnt Biden seine Präsidentschaft. Prompt kündigte er für alle Firmen, die an der Fertigstellung von Nord Stream 2 beteiligt sind, Sanktionen an. Rußland gab er damit zu verstehen, daß es auf fast zehn Milliarden Investitionen sitzen bleiben wird.

Das bisherige Festhalten der BRD-Regierung an ihren Atomausstiegsplänen und damit auf längere Zeit Gas aus Rußland zu beziehen, ist für Biden gegenwärtig noch ein kleines Hindernis, das beseitigt werden muß. Auch wenn der deutsche Finanzminister den USA eine Milliarde Dollar übereignen will, um den Sanktionsunsinn zu stoppen, ändern das nichts an den strategischen Plänen der USA. Jetzt wird der polnische Umweltplan Mittel zum Zweck. Polen beabsichtigt, bis 2043 insgesamt sechs Atomkraftwerke an der Ostseeküste zu bauen. Das erste soll 2033 in Zarnowice in Betrieb genommen werden. Bei Verwirklichung dieser Vorhaben werden große Gefahren für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns entstehen. Wissenschaftler haben in diesem Zusammenhang gewarnt, daß bei einem Betriebsunfall in einem dieser zu errichtenden Werke Evakuierungen in der Region Rostock und Neubrandenburg unumgänglich wären.

Gerhard Perlick, Bützow

Zu Reiner Neubert: USA und NATO drängen nach Osten, RF 279, S. 12

Dem ist nur zuzustimmen, weil die Einbindung der ehemaligen Sowjetrepubliken in die EU und die NATO unabdingbar für die Ziele der „westlichen Wertegemeinschaft“ ist.

Seit Karl des Großen im 7./8. Jahrhundert, den Kreuzzügen im 11./14. Jahrhundert auch durch den Deutschen Orden, von der Schlacht auf den Peipussee (Alexander Newski) über die Niederlage bei Tannenberg (1410), den 1. Weltkrieg, den Interventionskriegen 1920 bis 1922 gegen Rußland, den 2. Weltkrieg, den Kalten Krieg und die Beseitigung des europäischen Sozialismus ist der Expansionsdrang des Westens ungebrochen. Und noch immer „steht der Feind im Osten“, was mit der Konferenz von Fulton/Missouri 1946 unter Führung der USA einmal mehr zementiert wurde. Winston Churchill senkte damals den „Eisernen Vorhang“ als symbolische Trennung zwischen West und Ost quer durch Europa und erklärte den Kalten Krieg, der immer noch andauert. Heute ist die Absicherung der Hegemonie der USA gegenüber der VR China und dem „Reich Putins“ im Kampf um die Weltmacht die wahre Absicht westlicher „Friedenspolitik“.

Deshalb stehen die Truppen der NATO an der ukrainischen Grenze und nicht die Russen an der Elbe.

Peter Pöschmann, E-Mail

Atomwaffen sind die schlimmsten Waffen, die je geschaffen wurden. Sie unterscheiden sich von allen anderen Waffen sowohl durch das Ausmaß der Zerstörung, als auch durch die langfristige Wirkung des sich ausbreitenden radioaktiven Niederschlags, der generationsübergreifend genetische Schäden verursacht. Das vorhandene Arsenal reicht aus, unsere Erde mehrfach zu zerstören.

US-Atomwaffen sind in Belgien, Italien, Niederlande, Türkei und auch in Deutschland stationiert. Die deutsche Bundesregierung hat sich der

atomaren Teilhabe der NATO angeschlossen, von der sie nicht abrücken will – ein enormes Sicherheitsrisiko!

Sicherheit gibt es nur, wenn es – so wie im Atomwaffenverbotsvertrag festgeschrieben – auf der Welt keine Atomwaffen mehr gibt und sie geächtet sind!

Da die BRD-Regierung nicht gewillt ist, diesen Vertrag zu unterschreiben, habe ich eine Petition ins Internet gestellt, mit der ich für ein „Atomwaffenfreies Deutschland und den Beitritt der BRD zum Atomwaffenverbotsvertrag“ werbe.

Unterschriften können per E-Mail mit einer Bestätigung des automatisch zugesandten Links bei openpetition.de (Rubrik Außenpolitik) geleistet werden.

Aus dem Portal kann man sich auch Listen ausdrucken lassen und selbst Unterschriften sammeln. Der Text meiner Petition kann bei openpetition.de/txwrj aufgerufen werden.

Josef Rehak, Berlin

Nach dem Auftritt von Susanne Hennig-Welsow in der Sendung bei Markus Lanz am 31. März habe ich mich als Wähler der Partei Die Linke geschämt, obwohl ich seit der von ihr mit vertretenden unsäglichen DDR-Verurteilung in der Präambel des Koalitionsvertrages der Thüringer Regierung aus dieser Partei ausgetreten bin.

Die Antworten von Hennig-Welsow auf die Fragen von Markus Lanz waren einfach eine Katastrophe:

1. Als Co-Vorsitzende der Partei zu den programmatischen Aussagen der Finanz- und Steuerpolitik ins Schwimmen zu geraten und keine Detailskenntnis zu haben, ist blamabel. Sich immer wieder auf die Verhandbarkeit zu berufen, macht eine indifferente Position zu den Aussagen des Wahlprogramms offenbar. Man will ja mitregieren und das bedeutet unter den derzeitigen Machtverhältnissen der Parteien Positionen der eigenen Partei aufzugeben.

2. Statt die friedenspolitischen Ziele des Erfurter Programms offensiv zu vertreten, verlor sie sich in das Klein-Klein des Wenn und Aber. Nicht sofort aus der NATO austreten? Das wird schwierig. Ebenso der sofortige Rückzug aus allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Auch das geht nicht gleich. Hier zeigt man sich schon ganz – in Regierungsverantwortung schwelgend – in Staatsräson zur NATO und den USA.

3. Biden ist für die Vorsitzende der Linkspartei ein Demokrat. Das ist doch wohl der Gipfel! Der Repräsentant eines Gesellschaftssystems, das auf Weltherrschaftsanspruch und Kriegen beruht, das durch völkerrechtswidrige Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten versucht, seine Macht zu erhalten, und durch Sanktionen nach seinem Gusto Völker und Staaten, die sich dem widersetzen, ins Elend treibt. Das ist demokratisch? Wie kann man sich als Vorsitzende in hoher Verantwortung zu einer derartigen verbalen Unterstützung des Klassengegners versteigen?

Wie tief kann man fallen, nur um Regierungsfähigkeit beweisen zu wollen?

4. Offenbar hat Hennig-Welsow ein gestörtes Verhältnis zu Rußland. Wladimir Putin ist für sie ein Despot. Hat sie vergessen, daß die Völker der Sowjetunion und unter ihnen vor allem die Sowjetmenschen mehr als 27 Millionen Tote im Großen Vaterländischen Krieg zu erleiden hatten, daß sich Rußland aus dieser Erfahrung heraus gegenüber der NATO und der US-Armee, die bis an die russischen Grenzen vorgerückt sind, verteidigen muß? Ist nicht klar, daß die demo-

kratische Entscheidung der Bürger der Krim, zurück in die Russische Föderation zu gelangen, einem strategischen Erfordernis entsprach? Der Präsident der Russischen Föderation steht in der Pflicht, sein Land und dessen Bevölkerung gegen Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten und der Gefahr eines Regime-Change zu schützen. Ist er deswegen ein Despot? Übrigens wurde Präsident Putin 2018 von 71,4 % der Bürger gewählt. Die Zustimmung beim Verfassungsreferendum 2020 lag bei fast 78 %. Im Verhältnis dazu erhielt der USA-Präsident Biden 51,3 % der Wählerstimmen.

Mit ihrer politischen Positionierung hat Susanne Hennig-Welsow ihrer Partei und deren Wählern einen Bärendienst erwiesen und so ganz nebenbei der Co-Vorsitzenden Janine Wissler gewaltig an das Schienbein getreten und das in einer Zeit, in der eine starke und geeinte linke Kraft benötigt wird. Zur Wahl zum Bundestag werde ich die Kandidaten der Partei Die Linke in meinem Wahlbezirk insbesondere hinsichtlich ihrer Position zur Friedenspolitik, zur Verhältnis gegenüber Rußland und der Volksrepublik China sowie zur Solidarität mit den sich dem Herrschaftsanspruch der USA entgegenstellenden Staaten fragen und dann meine Entscheidung personenbezogen treffen.

Jürgen Stenker, Halle

Corona bringt es an den Tag, möchte man meinen: Betrug, Korruption, Vorteilsnahme, Bestechung, kriminelles Verhalten, wohin wir hören. Neu ist das alles nicht. Seit den Zeiten Kanzler Kohls, Schäuble als Kronprinz und diverser Politiker in Folge, gab es immer wieder mal ein kurzes Aufwallen geheuchelter Empörung mit scheinbarer Ahnungslosigkeit.

Es häuft sich gerade in der Krise. Privat vor Staat läßt offenbar dazu bereitwillig ein. Wie ist es noch zu trennen, privat und Staat, wo Staat am kräftigsten für privat, Konzerne und Banken eifertig einsteht. Mit Masken, Tests, Impfstoffen und einigem mehr lassen sich Milliardengeschäfte machen. Erst das Geschäft, dann die Gesundheit der Bevölkerung. Sind Pleiten, Pech und Pannen anders erklärbar? Ironie fast perfekt, wenn das Privat vor Staat bei Aldi und Co das Test-Angebot auf den Markt gelangt. Warum nicht gleich das Impfen gegen Entgelt mit an der Kasse? Auch im besten Gesundheitswesen der Welt muß es sich freilich jeder leisten können. Was an Versprechen und Ankündigungen wirklich in den nächsten Wochen Umsetzung erfährt, wollen wir doch lieber mal verhalten abwarten.

Bleibt die Frage, sind Bereicherung und Umverteilung nur harmlose Geschäftstätigkeit oder schon Unrechtsstaat, vielleicht Kapital-Diktatur oder kriminelles Regime?

Woran wird gemessen?

Roland Winkler, Aue

Armin Laschet forderte: „Kein Weiter so!“ und präsentiert sich als Kanzlerkandidat. Was soll das Lippenbekenntnis und das Hickhack auf Regierungsbänken? Nun war von Orientierungslosigkeit die Rede. Doch was wir brauchen, ist Klartext. Die Corona-Politik ist auf die Interessen des Kapitals ausgerichtet. Da ist es selbstverständlich, daß DAX-Konzerne Geld vom Staat kassieren und an Aktionäre ausschütten. Lobbyisten und Bundestagsabgeordnete kassieren Nebeneinkünfte in Millionenhöhe. Vertreter von CDU und CSU sind in der Masken-Affäre verwickelt.

Ein „Weiter so“ darf es in der Tat nicht geben. Das sind wir unseren Kindern und der Umwelt schuldig. Schluß mit der Langzeitlüge von einer sozialen Marktwirtschaft! Endlich ein Recht auf Wohnraum mit bezahlbaren Mieten! Schluß mit Spekulanten, die Bodenpreise ungebremst in die Höhe treiben! Eine Bodenreform muß her und wir müssen uns von einer gewinnorientierten Gesundheitswirtschaft befreien. Die Corona-Erfahrung fordert, den Schutz der Gesundheit ins Grundgesetz aufnehmen. Doch darüber spricht der Kanzlerkandidat nicht.

Ernst Jager, Panketal

Nun haben sich Abgeordnete erwischen lassen und es wird viel Entrüstung gezeigt.

Die alten Volksweisheiten „Gelegenheit macht Diebe“ oder „Hehler ist nicht besser als Stehler“ sind wieder mal eindrucksvoll bestätigt. Nachdem es jahrelang große Widerstände z.B. gegen ein Lobbyistenregister gab, ist man nun mit Blick auf bevorstehende Wahlen aufgeschreckt. Dabei droht die Frage nach den Geldgebern solch exorbitanter Schmiergeldsummen völlig aus dem Blick zu geraten. Wird hier vorrangig eigenes Klientel, oft verniedlichend auch „scheues Reh“ bezeichnet, aus der Schußlinie genommen? In der derzeit besonders sensiblen Seuchensituation gehören Roß und Reiter klar benannt, damit das vielbeschworene Vertrauen in die regierungsseitigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung nicht weiter erodiert.

Es ist leider traurige Realität, daß mit steigendem Profit Hemmschwellen sinken, aber ist es nicht Aufgabe und Pflicht dieser „Ordnungsmacht“, solche Praktiken, die man bislang in „Bananenrepubliken“ vermutete, aufzudecken und zu sanktionieren.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Das Urteil – Bewährung für KSK-Soldaten – spiegelt das zur Schau gestellte Unvermögen oder auch eine bewußte Ignoranz der Richter gegenüber einer sich offensichtlich verfestigenden rechtsextremen Gesinnung in einem Teil der bundesdeutschen Gesellschaft wider. In Sonntagsreden, beginnend beim Bundespräsidenten, werden Bürgerinnen und Bürger zu Widerstand und Zivilcourage gegen das Erstarken von Rechtsextremismus und Rassismus aufgerufen, aber die Gerichte verhängen bei unstrittigen schweren Straftaten, wenn überhaupt, milde Urteile. Hier bricht sich ein Denken Bahn, das einen Teil seines Ursprungs in der unbewältigten Entnazifizierung in der Bundesrepublik hat.

Ein Soldat einer „Elitetruppe“, die für den „Schutz der Demokratie“ verantwortlich zeichnen soll, hortet Waffen, Sprengstoff und ist im Besitz rechtsnationaler Schriften. Er wird nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Nachgerade eine versteckte Ermutigung für faschistische und rechtskonservative Kräfte im Lande, ihre Macht- und Gewaltphantasien zu materialisieren. Es ist aber auch ein fatales Signal in die „Sicherheitskräfte“, wie Bundeswehr, Polizei und Justiz sowie Verwaltungen hinein, wenn derartige Überzeugungen und die darauf fußenden Verstöße gegen die Gesellschaft so nachsichtig bestraft werden.

Raimon Brete, Chemnitz

Das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2019 verdoppelte sich gegenüber 1991. Trotzdem ging die Schere zwischen Arm und Reich von Jahr zu Jahr weiter auseinander. Verantwortlich dafür

ist die Agenda 2010 mit den gesenkten Lohnnebenkosten, mit liberalisierter Zeitarbeit, den Minijobs, den Privatrenten und dem Herzstück der „Reform“ – Hartz IV. Doch die Schuldigen an der Misere sind nicht ihre Verursacher, sondern ihre Opfer, die Hartz-IV-Empfänger und die Flüchtlinge. Damit kann man gut ablenken, und die Betrogenen bekunden ihren Unmut, wählen die AfD und machen sie zur zweitstärksten Partei im Osten oder resignieren und gehen nicht zu Wahl.

Es gibt deshalb berechnete Befürchtungen, daß sich die Geschichte von 1933 wiederholt. Prof. Volkhard Knigge schrieb zum 100. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung, daß die rechtskonservative Elite dachte, man könnte diesen „Hitler“ zum Aufräumen benutzen gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung, was bekanntlich in die Katastrophe führte.

Stanislav Sedlacik, Weimar

Den „RotFuchs“ kenne ich leider erst seit wenigen Jahren. Ich finde ihn prima. Was er zur Geschichte, der Entwicklung der DDR, zu den wirklichen Tatsachen zu sagen hat, ist gut und richtig. Auch die Artikel zu den Geschehnissen in der Welt entsprechen meinen Erfahrungen und Grundgedanken.

Mein Leben war darauf gerichtet, meinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens, zur Entwicklung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft zu leisten, in der es nicht um Profit, sondern um den Menschen geht. Leider haben wir zunächst den Kampf verloren, aber er geht weiter, muß weitergehen, will die Menschheit eine Zukunft haben.

Wer hat denn das Recht, von wem bekommen, diese gemeinsame Erde mit all ihren Reichtümern zu privatisieren und sie auszubeuten? Die Bodenschätze und Naturvorkommen gehören doch allen. Wenn es so weitergeht, sind die materiellen Güter wie Erdöl, Erdgas Kohle usw. bald verbraucht, und was machen die Menschen in 100 Jahren? Denken wir allein an das Abholzen des Amazonas. Das ist ein Verbrechen an der gesamten Menschheit, und scheinbar niemand vermag es zu stoppen. Wissen denn die 200 Regierungen mit ihren ca. 4000 Ministern oder die mehr als 150 000 von ihren Völkern gewählten Abgeordneten wirklich nicht, was auf dem Spiel steht und was sie für die Gewährleistung einer sicheren Zukunft zu tun haben?

Die Corona-Pandemie, an der auch ich mit 86 Jahren ernsthaft erkrankt war, zeigt überdeutlich, was passiert, wenn privates vor Gemeinschaftsinteresse geht. Banken, Konzerne, die Reichen verdienen an ihr. Und wer zahlt den Schuldenberg zurück?

Gerhard Korb, Berlin

Hunger und Elend rasen durch die Völker, aber die elitäre Bande aus Wirtschaft und Politik blasen immer weiter das Horn für ökonomische Zuwachsraten und für noch mehr Aufrüstung. Die Parteien sind Instrument der Wirtschaft, die auf maximalen Profit ausgerichtet ist, während die Parteimitglieder befürchten, daß ihnen irgendwann selber einmal der Kuckuck auf den Hosenboden geklebt wird. Es gibt Arbeitslosigkeit und Hartz IV, Leiharbeit usw., andererseits ist Geld für den Bau neuer Straßen, bzw. für deren Ausbau vorhanden. Die Anzahl der zugelassenen Autos ist jedoch kein Synonym für soziale Gerechtigkeit und Wohlstand eines Volkes. Die globale Schieflage nimmt seinen Lauf. Man sehe sich

die Parteien und Fraktionen im Bundes- und Landtag an: Modisch aufgedonnert reden diese „Volksvertreter“ (die weiblichen eingeschlossen) von „westlichen Werten“, von „Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit“. Sie faseln von Glauben, nationalem Empfinden, während sie im selben Augenblick für Obdachlosigkeit, Suizide und Kinderarmut mitverantwortlich sind.

Dabei nutzt ihnen besonders der Verwirrung stiftende Mißbrauch von Begriffen wie „demokratischer Rechtsstaat“ oder „Freiheit der Medien“.

Peter Dornbruch, Schwerin

Am 9. März 2021 verstarb in Bad Pyrmont einer der letzten Zeitzeugen der DDR-Sportmedizin, Professor Jochen Scheibe. Als Hochschullehrer an der Jenaer Universität war er durch Forschung und Lehre eng mit der Sportmedizin als Wissenschaft verbunden. Heute noch sprechen Diplom-Sportlehrer, Medizin-Studenten, Übungsleiter und Trainer mit Hochachtung von ihm. Scheibe war nie SED-Mitglied, seine Tochter studierte Theologie, und er hatte auch keinen Anteil an dem Staatsplanthema 14.25. Der Rennschlittensport, in dem er als Verbandsarzt wirkte, brachte kein Doping für die Leistung. Das alles hinderte die „Aufarbeitungsindustrie“ jedoch nicht, beweislose Beschuldigungen zu verbreiten.

Programmatisch war Scheibes Kurzvortrag im Landtag von Mecklenburg/Vorpommern am 10. September 2015: „Der Kampf gegen das Doping darf sich nicht auf einen Kampf gegen den Sport in der ehemaligen DDR beschränken ... Doping in der Vergangenheit war maßgeblich begründet durch die Ost-West-Konkurrenz der beiden deutschen Staaten. Dabei standen die betreuenden Ärzte im Leistungssport oft unter dem Zwiespalt zwischen Sicherung der Chancengleichheit der betreuten Sportler und ethischen Verpflichtungen des Berufes. Eine korrekte Aufarbeitung dieser Zeit sollte sich deshalb nicht in gegenseitigen Anklagen erschöpfen, sondern möglichst in gemeinsamen Kommissionen ... erfolgen.“ Er war der Ansicht, daß die gesellschaftliche und juristische Aufarbeitung einseitig, verzerrt und in weiten Teilen erlogen war. Es ging diesen Leuten gar nicht um Doping. Der DDR-Sport insgesamt sollte diffamiert werden. Es ist eine Mär, daß die DDR das Doping-Land Nr.1 und die BRD unschuldig war.

Noch in den letzten Lebenswochen beschäftigte sich Professor Scheibe mit der Sportmedizin der DDR und ihrem Schicksal im nun „vereinten“ Deutschland. Praktisch als Credo seines Lebens nach 1990 schickte er mir seine Gedanken zu dem Thema „Was ist von der Sportmedizin der DDR noch übrig?“

MR Doz. Dr.sc.med. Gerd Machalett, Siedenbollentin

Der warmherzige Beitrag von Harry Schröder zum Tod von Prof. Erich Buchholz im RF 278 hat mich sehr berührt. Ich kann sein Empfinden und seine Einschätzung zu ihm nur teilen. Auch für mich wurde Erich vom Lehrer späterhin zum Kollegen und lieben Freund. Besonders als ich in Prozessen gegen ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR in Berlin, Potsdam, Erfurt und Mühlhausen verteidigte, war er mir eine wertvolle Unterstützung. Unser gemeinsames Buch über die politische Justiz in der Ära Adenauer wurde zu seinem Vermächtnis, da es das letzte einer langen Reihe von ihm verfaßter Schriften ist.

RA Ralph Dobrawa, Gotha



Graphik: HAP Grieshaber

RF-Veranstaltungen im Monat Mai 2021

■ „RotFuchs“-Gruppe Oranienburg

Am 11. Mai um 13 Uhr spricht Oberst a. D. Karl Rehbaum zum Thema: **Warum sind Rußland und China im Fadenkreuz der USA und der NATO?**

Ort: Geschäftsstelle der Volkssolidarität, Bernauer Straße 18 A, 16515 Oranienburg

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 18. Mai um 18.30 Uhr – Thema: **Zu dialektischen Widersprüchen in der Gesellschaft. Vom Mangel zur eigenen Kritikfähigkeit. Mit Joachim Pilarski und Horst Nörenberg**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 26. Mai um 13 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Treten USA und NATO sowie Rußland und China gleichermaßen für eine friedenssichernde globale militärstrategische Balance ein?**

Ort: Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Vereinszimmer), Puschkinplatz 3, OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

RF-Veranstaltungen im Monat Juni 2021

■ Regionalgruppe Rostock

Am 5. Juni um 10 Uhr – Podiumsdiskussion mit Dr. Holger Michael (Historiker und Buchautor) zum Thema: **Die Vorgeschichte des Überfalls auf die Sowjetunion. Wie wurde der Kampf um die Verhinderung des Krieges verloren?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

Veranstaltungen finden unter Vorbehalt statt.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEVXXX